

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3 Mark 50 Pf. monatlich 1.10 Mk. wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Hochabonnement: 1.10 Mark pro Quartal. Einzelnummern in die Post-Verwaltung: Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Quartal. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Spaltenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Belegungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgesetzte Wort 20 Pf. tägliche 2 festgesetzte Worte, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 3. Juli 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Verfolgungskämpfe an Weichsel und Bug.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 2. Juli 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein nächtlicher Angriff auf unsere Stellungen westlich von Souchez wurde abgewiesen.

Im Westteil der Argonnen hatten Teile der Armee seiner Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen einen schönen Erfolg. Die feindlichen Gräben und Stützpunkte nordwestlich von Four de Paris wurden in einer Breite von 3 Kilometer und einer Tiefe von 200 bis 300 Meter von württembergischen und reichsländischen Truppen erstürmt. Die Beute beträgt: 25 Offiziere, 1710 Mann gefangen, 18 Maschinengewehre, 40 Minenwerfer, eine Revolverkanone erbeutet. Die Verluste der Franzosen sind beträchtlich.

In den Vogesen nahmen wir auf dem Hilsenfirst zwei Berge. Rückeroberungsversuche des Gegners wurden abgewiesen. An Gefangenen fielen 3 Offiziere, 149 Mann in unsere Hand.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich von Kalwarja wurde dem Feinde nach heftigem Kampfe eine Höhenstellung entzogen, dabei machten wir 600 Russen zu Gefangenen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nach Erstürmung auch der Höhen südöstlich von Kurostowice (nördlich von Halicz) sind die Russen auf der ganzen Front in Gegend Marjam-pol bis nördlich von Firlejew zum Rückzuge gezwungen worden. General v. Linfingen folgt dem geschlagenen Gegner. Die Beute erhöhte sich bis gestern Abend auf 7765 Gefangene (darunter 11 Offiziere) und 18 Maschinengewehre.

Die Armeen des Generalfeldmarschalls v. Radenski haben den Gegner westlich von Zamosc unter andauernden Kämpfen über den Lubanka- und Bor-Abchnitt zurückgedrängt und diesen bereits mit Teilen überschritten. Weiter westlich ist die feindliche Stellung in Linie Turobin-Krasnik-Jozesow (an der Weichsel) erreicht. Vorstellungen bei Strozja und Krasnik und diese Orte selbst wurden noch gestern Abend genommen.

Westlich der Weichsel hatten die Russen unter dem Druck des Angriffs die Brückenkopfstellung bei Tarlow räumen müssen. Das südliche Kamienna-Flur ist vom Feinde gefäubert.

Die Truppen des Generaloberst v. Wörtsch haben in erfolgreichen Kämpfen die Russen aus ihren Stellungen südöstlich von Sienna und bei Jiza geworfen und dabei etwa 700 Gefangene vom Grenadierkorps gemacht.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 2. Juli. (W. L. B.) Amlich wird veröffentlicht: 2. Juli 1915, mittags.

Russischer Kriegsschauplatz.

In mehrtägigen erbitterten Kämpfen haben die verbündeten Truppen der Armee Linfingen die Russen aus der sehr starken Gnail-Liva-Stellung abwärts Firlejew geworfen. Der Feind, der in östlicher Richtung zurückgeht, und auf der ganzen Front der Armee verfolgt wird, erleidet abermals schwere Verluste: 7765 Mann wurden in diesen Kämpfen gefangen, 18 Maschinengewehre erbeutet. Nördlich anschließend dauern die Kämpfe noch an.

Am Dnjestr hat sich nichts Wesentliches ereignet. In russisch-Polen kämpfen die verbündeten Truppen zwischen Weichsel und Bug mit starken russischen Kräften am Bor-Bach und an der Wyznica. Unsere Armeen greifen überall an.

Westlich der Weichsel griffen unsere Truppen die feindlichen Stellungen bei Tarlow an. Um 5 Uhr nachmittags wurde ein Stützpunkt nördlich des Ortes erstürmt. In den Abendstunden arbeitete sich die übrige Angriffsfront bis auf Sturmbistanz heran und brach nachts in die russische Stellung ein. Der Feind ging fluchtartig zurück. In der Verfolgung wurde Jozesow an der Weichsel genommen, auch aus den Stellungen südöstlich Sienna wurden die Russen zurückgeworfen, 700 Mann hierbei gefangen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Western wiederholte sich der italienische Angriff auf das Plateau Daberda. Nach mehrstündiger Vorbereitung durch schwere Geschützfeuer setzten nachmittags und abends mehrere Infanterievorstöße zwischen Sdrausina und Vermigliano ein, alle wurden wieder unter großen Verlusten des Feindes abgeschlagen.

Vorhergegangene schwächere Angriffe auf einen Teil des Görzer Brückenkopfes und im Kragebiete waren gleichfalls zurückgewiesen. Unsere braven Truppen behaupten nach wie vor die bewährten ursprünglichen Stellungen.

Die Geschützkämpfe dauern an allen Fronten fort.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 2. Juli. (W. L. B.) Der Generalstab des Generalissimus meldet: Die Offensive des Feindes zwischen dem Bepz und dem Bug dauerte an. Hier fanden am 29. Juni überaus zähe Nachhüttkämpfe auf der Straße Larnaszow-Zarewstie und auf den nach Sotal führenden Wegen statt. In Galizien unternahm der Feind im Laufe des 29. Juni und in der ersten Hälfte des 30. Juni in verschiedenen Abschnitten der Front zwischen Kamionka und Halicz hartnäckige Angriffe. Alle Angriffe wurden zurückgeschlagen. Wir fügten dem Feinde große Verluste zu und machten tausend Gefangene. Dem Feind gelang es lediglich in einigen Abschnitten, sich in einer Entfernung von mehreren hundert Schritten vor unseren Gräben zu halten. — Auf den übrigen Fronten vollständige Ruhe.

Der italienische Generalstabsbericht.

Rom, 2. Juli. (W. L. B.) Generalstabsbericht vom Donnerstag. Im Tonalegebiet eröffnete unsere Artillerie das Feuer gegen die Stellungen bei Monticello und Saccarano, wobei sie feindliche Abteilungen zerstörte, die mit Organisationsarbeiten für die Verteidigung beschäftigt war. Im Padoatale beobachteten Offizierspatrouillen, die wagemutig am Sestofel vordrangen, daß der Feind Schanzarbeiten mit Unterständen vorbereitete. Unsere Ar-

tillerie bestrich diese Arbeiten wirksam. In Kärnten unternahm der Feind kräftige Nachtangriffe gegen unsere Stellungen vom Monte Gronce-Paz und vom Kleinen Pal, wobei er Leuchtrateten und Scheinwerfer zur Anwendung brachte und Bomben mit erstickenden Gasen schleuberte. Er wurde an beiden Stellen zurückgeworfen. Wir zerstörten durch unser Artilleriefeuer die Feinde, die sich auf der Nordseite des Freitofel, des großen Pal und auf dem Sattel des Bombaschtales einrichteten. Wir nahmen mit guten Ergebnissen das Feuer gegen das Henselfort wieder auf. Am Ende des Resiatales wurde die wichtige Stellung von Vanisla Siednai, welche die Plegzonienerung beherrscht, fest von uns besetzt. Im Tsonzoabschnitt wird der Vormarsch unserer Truppen, der nur unterbrochen war, sehr langsam fortgesetzt, denn es ist notwendig, dem Gegner das Gelände Schritt für Schritt zu entreißen und sich gegen seine Gegenangriffe zu organisieren. Andauernde Regenfälle erhöhen die Schwierigkeiten unseres Vormarsches; sie verwandeln die Schützengräben in Schlammröhren. Vergangene Nacht versuchte der Gegner gleichfalls durch wiederholte aber vergebliche Angriffe, uns einige Stellungen zu entreißen, die wir erobert hatten. Die Unternehmungen feindlicher Flieger dauern an und fordern auch Opfer unter der Bevölkerung. Unsere Flieger bombardierten wirksam eine Truppenkolonne und Transporte bei Dppachjafella und am Bahnhof San Daniello.

gez.: Cadorna.

Die Nahrungsmittelversorgung im neuen Erntejahr.

Die Regierung hat eingehende Vorschriften in bezug auf die Bewirtschaftung des Getreides aus der neuen Ernte erlassen. Das Getreide wird beschlagnahmt und für die Versorgung mit einigen Änderungen die Organisation beibehalten, die seit Februar besteht. An der Spitze steht die „Reichsgetreidestelle“, die aus einer Verwaltungsabteilung und einer Geschäftsabteilung besteht. Die erstere besteht aus Vertretern der Bundesstaaten und Vertretern des Landwirtschaftsrates, des Städtetages, des Handelstages, der Landwirtschaft, der Verbraucher und von Handel und Industrie. Diese Vertreter ernannt der Reichskanzler. Die „Geschäftsabteilung“ ist die bisherige Kriegsgetreidegesellschaft, nur wird der Aufsichtsrat erweitert: sieben Vertreter des Reiches und der Bundesstaaten, sieben der Landwirtschaft, sieben der Städte und drei der großgewerblichen Unternehmungen. Die Verwaltungsabteilung regelt die allgemeine Versorgung, die Geschäftsstelle besorgt den Ankauf und Verkauf. Die Beschlagnahme erfolgt zugunsten der Kommunalverbände, aber diese haben die Verpflichtung, das Getreide der Geschäftsstelle zur Verfügung zu stellen und beziehen von ihr das Mehl. Dabei kann aber der Kommunalverband das ihm gemäß der Bevölkerungszahl zuzulassende Getreide selbst betreiben, d. h. für seine Rechnung kaufen, ausmahlen und das Mehl an die Bäcker und sonstigen Verbraucher verkaufen, oder aber er überläßt das der „Geschäftsstelle“ und bezieht von ihr das Mehl.

Der Apparat ist recht schwerfällig und hat den Nachteil, daß schließlich alles von der „Verwaltungsstelle“ reglementiert wird, die nicht, wie es einem konstitutionellen Staate entsprechen würde, unter genauer Kontrolle der Volksvertretung steht. Indessen hat der Reichstag sich ja freiwillig ausschalten lassen und die Regierung hat nach den Vollmachten gehandelt, die ihr erteilt worden sind. Es kommt jetzt alles darauf an, wie die Kommunalverbände wirtschaften werden, die inzwischen einige Erfahrungen gesammelt haben und auf die die Gemeindevertreter einzuwirken in der Lage sind.

Ob die Versorgung mit Brotgetreide reichlich oder larm ausfallen wird, das hängt selbstverständlich durchaus von dem Ernteergebnis ab. Die Aussichten auf die kommende Ernte sind infolge der Dürre nicht gerade glänzend. Da aber diesmal jeder Vergeudung von Brotkorn durch Verfütterung an das Vieh vorgebeugt ist, so ist zu erwarten, daß wenigstens die bisherigen Brotmengen zur Verteilung kommen, auch wenn der Krieg wirklich bis zur neuen Ernte dauern sollte, was wir nicht hoffen wollen. Durch die Presse geht eine Notiz, in der behauptet wird, die Kriegsgetreidegesellschaft würde Mitte August über 600 000 Doppelzentner Getreide verfügen, womit wir bis Ende Oktober reichen und erst dann die neue Ernte in Angriff zu nehmen brauchen. Hier liegt offenbar ein Irrtum vor. Von Mitte August bis Ende Oktober sind es 75 Tage; es kämen also von jenem Vorrat 8000 Doppelzentner auf einen Tag und das sind bei einer Zivilbevölkerung von annähernd 60 Millionen Köpfen 13 1/2 Gramm Getreide pro Tag und Kopf. Die Behauptung in dieser Form ist also ganz unsinnig und es zeugt nicht gerade von Verständnis für die großen Aufgaben, wenn derartige Notizen kritiklos von der Presse übernommen werden. Daß ein gewisser Bestand an Getreide auf das neue Erntejahr übernommen wird, dürfte stimmen, aber es wird schon sehr günstig sein, wenn er für 4 bis 6 Wochen reicht, nicht bis Ende Oktober. Ausländische Bezugsquellen bleiben unsicher, höchstens können die im Osten okkupierten Gebiete etwas Getreide liefern, wenn die Ernte dort so günstig ausfällt, daß ein Ueberschuß über den Bedarf der einheimischen Bevölkerung bleibt. Es heißt also den Dingen klar entgegenzusehen und damit rechnen, daß in dem schlimmsten Fall, wenn wirklich der Krieg noch ein volles Jahr dauern sollte, selbst bei rationellster Bewirtschaftung der Vorräte, die Versorgung zwar möglich ist, aber auf keinen Fall sehr reichlich sein kann.

Nun fragt sich, zu welchem Preise Brot zu haben sein wird. In der Veröffentlichung des Bundesrats heißt es: „Der Erwerber hat für die überlassenen Vorräte einen angemessenen Preis zu zahlen.“ und es wird auf die Höchstpreise hingewiesen. Daraus ist nun nicht zu entnehmen, ob die zurzeit geltenden Höchstpreise für Getreide und Mehl in Kraft bleiben sollen auch für das kommende Erntejahr. Das ist wohl kaum anzunehmen, denn diese Preise waren bekanntlich gestaffelt, sie stiegen automatisch von Monat zu Monat seit Januar. Da jetzt bereits auf dem Salin beschlagnahmt wird, so ist diese Staffelnung unhaltbar, und es ist wohl zu erwarten, daß eine neue Festsetzung der Preise erfolgt, wenn

das Endergebnis bekannt ist. Da die gesamte Regelung nach kapitalistischen Grundsätzen erfolgt, so wäre es rational, den Preis eben auch nach streng kapitalistischen Grundsätzen zu berechnen, wofür nur die Produktionskosten einen Anhalt bieten. Mehr zu verlangen hoben die Produzenten jedenfalls kein Recht. Aber auch so berechnet, wird der Preis angesichts der abnormalen Verhältnisse der Produktion nicht gerade niedrig ausfallen. Befordert muß aber werden, daß das schreiende Mißverhältnis zwischen Getreide-, Mehl- und Brotpreis, wie es jetzt besteht, beseitigt wird. Ist die Versorgung einigermaßen sichergestellt, dann besteht sicher keine Notwendigkeit, daß die jedenfalls nicht übermäßig reichlichen Brotrationen von der Bevölkerung übermäßig teuer bezahlt werden müssen.

Besteht nun die Möglichkeit, die Bevölkerung mit Brot zu erschwinglichen Preisen zu versorgen — und wir wollen hoffen, daß es auf der Grundlage, die durch die neue Verordnung geschaffen ist, gelingt —, so ist damit doch erst ein Teil, und zwar der einfachere Teil der Aufgabe gelöst. Von diesen Brotationen allein kann die Bevölkerung nicht leben, es ist notwendig, daß auch in bezug auf andere Nahrungsmittel nicht alles dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen bleibt. Die Brotversorgung ist insofern am leichtesten zu regeln, als die Beschlagnahme sich hier am einfachsten durchführen läßt. Schon bei dem nicht minder wichtigen Nahrungsmittel, den Kartoffeln, hat sich die Regelung schwieriger erwiesen und die Fehler, die gemacht wurden, dürfen sich nicht wiederholen. Noch schwieriger ist die Aufgabe der Versorgung mit Milch und Fleisch. Vorkäuflich ist durch die Beschlagnahme auch von Gerste und Hafer und durch die Bestimmung, daß Kraftfuttermittel nur durch die Bezugsvereinigung der Landwirte in den Handel gebracht werden dürfen, eine weitgehende Einwirkung auf die Viehwirtschaft geschaffen. Es ist aber notwendig, auch in bezug auf die Kartoffeln, soweit sie nach Deduktion des Bedarfs menschlicher Nahrung als Viehfutter dienen, eine Regelung vorzunehmen. Sind doch die Kartoffeln das unter den gegebenen Verhältnissen wichtigste Futtermittel, und die Dinge liegen so, daß die Kleinbauern zum größten Teil Mangel daran haben, während die Großgrundbesitzer, die verhältnismäßig wenig Vieh halten, Ueberschuß haben. Wird die Verteilung der verfügbaren Futtervorräte geregelt, dann kann auch dazu geschritten werden, die Viehbestände rationell zu bewirtschaften, d. h. die Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Fleisch durchzuführen.

Es ist also zu erwarten, daß auf die Regelung der Brotversorgung weitere Schritte in bezug auf die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung folgen.

Richtigstellung.

In unserem gestrigen Leitartikel hat sich ein bedauerlicher fälschlicher Druckfehler eingeschlichen. Es heißt da am Ende des zweiten Absatzes: „Es ist nicht möglich, daß unter der Bucht der mittellose Versorgung durch Madajens siegreiche Truppen das russische Heer einer langsamen Auflösung von innen verfällt.“ In Wirklichkeit soll es heißen: „Es ist nicht unmöglich, daß usw.“

Der Fortgang der Kämpfe in Galizien.

Aus dem Großen Hauptquartier erhalten wir über die Weiterentwicklung der Kämpfe in Galizien das folgende Telegramm:

1. Die Armee Madajens hatte sich bis zum 27. Mai abends auf dem östlichen Samuser einen großen Brückenkopf geschaffen der sich in einer Ausdehnung von etwa 70 Kilometer von Radko über Kalmkow—Japatom—Radowa bis zur Lubaczowka-Mündung erstreckte. Während der auf dem anderen Samuser verbliebene rechte Armeezugel sich kämpfend näher an die Nordfront der Festung Przemysl heranschob, versuchten die Russen die Brückenkopfstellung von Norden her zu durchbrechen. In der Zeit vom 27. Mai bis 3. Juni führte der Feind alle nur irgendwie verfügbaren Reserven zu nachfolgenden Angriffen gegen die deutschen Truppen vor. Obwohl er im Laufe von 8 Tagen etwa 15, allerdings teilweise schon stark geschwächte Divisionen in fortwährenden Nachtangriffen gegen die Linien von drei deutschen Divisionen zum Stürme ansetzte, hatte er kein Glück. Es gelang ihm an keiner einzigen Stelle, gegen die deutschen Linien auch nur den geringsten Erfolg zu erzielen. Dagegen waren seine blutigen Verluste außerordentlich schwer und die Truppe nach dem Nihilieren der ersten Angriffe nur noch schwer vorwärts zu bringen. Die russischen Offiziere blieben insofern hinter der Front zurück und suchten durch Drohungen mit der Waffe die zögernd Vorgehenden in den Kampf zu treiben. Eine Offensive bei Tage mochte man aus Furcht vor der deutschen Artillerie überhaupt nicht mehr. Nur noch vom Nachtsgefecht versprach man sich Erfolg, weil bei dieser Kampfweise allein die zahlenmäßige Ueberlegenheit zum Ausdruck kommen konnte. Die ungeschulten, nur wenige Wochen ausgebildeten Ersatzmannschaften vertragen aber bei den nächsten Kämpfen in dem waldbigen Gelände. Die Zahl der Ueberläufer mehrte sich von Nacht zu Nacht. Dazu fehlte es russischerseits an Offizieren, um die schwierige Führung der Truppe im Nachtsgefecht zu ermöglichen. Aus solchen Gründen mußte der in der Nacht vom 2. zum 3. Juni geplante Generalangriff unterbleiben. So mißlang das Unternehmen. Ganze Divisionen mußten in den letzten Tagen zurückgenommen werden, weil ihre Zuverlässigkeit stark erschüttert war. Die Verluste waren so schwer gewesen, daß die Geschützstärke einzelner Divisionen nicht viel mehr als 3000 Bajonette betrug, statt einer normalen Kriegsstärke von 16 000 Mann. Am 12. Juni war der Augenblick gekommen, in dem die deutsche Offensive, nachdem inzwischen die Festung Przemysl gefallen war, weiter geführt wurde.

Der Feind hatte sich vor der deutschen Armee und vor den beiden, an diese anschließenden österreichischen Armeen in starken Stellungen eingebaut, die durchbrochen werden mußten, bevor die Offensive der Verbündeten in Richtung Lemberg vorwärtsgetragen werden konnte. Am 12. Juni schritten unter dem Befehl des Armees und der daran anschließende rechte Flügel der Armee des Generalobersten v. Madajens der linke Flügel der deutschen Erzherzog Josef Ferdinand zum Angriff über Lubaczowka und San hinweg in Richtung auf Siemiatwa und die Höhe östlich davon. Der Feind hatte sich jenseits der Lubaczowka auf gewohnte Weise in mehreren Schützengrabenreihen eingerichtet. Um 8 Uhr vormittags nahm die deutsche Infanterie den Lubaczowka ab, vertrieb den Feind aus seiner ersten, bald darauf auch aus seiner zweiten Stellung und ging dann gegen den Kolowatwald vor, während links davon deutsche und österreichische Truppen die Höhen von Siemiatwa in Besitz nahmen. Aus dem Kolowatwald mit großer Uebermacht

herausbrechend schritten die Russen zum abendlichen Gegenangriff. Obwohl sie diesen durch heftiges Artillerie- und Minenwerferfeuer unterstützten und von drei Seiten zu gleicher Zeit anstürmten, wurden ihre sämtlichen Angriffe abgelenkt und in den Wald zurückgeworfen, wohin ab dann die Deutschen folgten. In dem ausgedehnten Forste kam es in den nächsten Tagen zu schwierigen Waldkämpfen. Den vordringenden Kompagnien traten überall kleine russische Truppen entgegen, die sich im Walde geschickt eingemischt hatten. Auf Bäumen und hinter Astenbauten saßen russische Schützen; auch Maschinengewehre waren verschiedentlich im Walde aufgestellt. Mitten im Forste hatte der Feind Schanzen angelegt, die von Drahtstacheln umgeben und durch Schützengräben untereinander verbunden waren. Der Angriff gegen diese Stellungen war mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Im engsten Anschluß an österreichisch-ungarische Truppen, die gleichfalls in den Wald eingedrungen waren, gelang es, den Angriff vorwärts zu tragen. Nachdem die feindliche Waldstellung durch Artillerie- und Minenwerferfeuer an einer Stelle erschüttert und sturmreif gemacht war, wurde sie durchbrochen und nach Ost und Nord ausgerollt. Der Feind trat nunmehr den Rückzug aus dem Walde an. Dies war am 18. Juni. Inzwischen waren die übrigen Teile der Armee des Generalobersten Madajens nicht müde gelieben.

2. Nachdem der linke Flügel der deutschen Armee am 12. Juni die Offensive eröffnete, traten rechter Flügel und Mitte am 18. Juni zum Angriff an. Es handelte sich durchweg um einen Angriff gegen stark besetzte russische Stellungen. Dieser begann nach entsprechender Artillerievorbereitung um 5 Uhr morgens. Auf dem rechten Flügel leisteten die Russen in den an der Wihnia gelegenen Ortschaften einen Widerstand, der durch den deutschen Angriff gebrochen wurde. Auch die österreichisch-ungarischen Truppen des Generals v. Arz schritten durch die östlich anschließende Waldzone vor. Preussische Garde-Regimenter fanden in dem Häusergewirre südlich des Szko in der Umgebung von Wihny anfänglich heftige Gegenwehr. Als aber der Feind von hier vertrieben und auch Tucha im Verein mit Nachbartruppen genommen war, drangen Gardegruppen in einem Zuge bis auf die Höhen westlich von Biellie Dazy vor. Die nördlich davon stehenden Truppen durchbrachen gleichfalls die vorderen feindlichen Linien. Das Ergebnis des Tages war, daß die sehr starken feindlichen Stellungen auf einer Breite von 50 Kilometern durchbrochen wurden und daß ein Raumgewinn von 3 bis 9 Kilometern nach Osten erzielt war. Aber schon standen die Truppen vor einer weiteren wahllosgebauten russischen Stellung, in der der Feind am nächsten Tage erneuten Widerstand leistete. Auch diese Stellung, in der die Russen mit nicht weniger als 19 Divisionen unserer Vordringen aufzuhalten suchten, wurde am 14. Juni durchbrochen, worauf der Feind in der Nacht vom 14. zum 15. Juni den Rückzug in die sogenannte Grabellstellung antrat.

Nur in der Gegend von Mieszko leistete der Gegner noch nachhaltigen Widerstand. Diese Stadt wurde am 15. Juni von den Truppen des Generals von Emmich erobert.

In den Tagen vom 12. bis 15. Juni hatte die deutsche Armee 84 000 Gefangene gemacht und 70 Maschinengewehre erbeutet. Gefangenenangaben und erbeutete Papiere ergaben interessante Einblicke in den Zustand des russischen Heeres. Es herrschte großer Mangel an Artillerie- und Infanteriemunition; auch die Knappheit an Gewehren war wieder sehr groß geworden. Bei dem Mangel an Munition und Waffen macht sich die demoralisierende Wirkung der deutschen schweren Artillerie ganz besonders bemerkbar. Ein russischer Offizier schreibt: „Uns gegenüber liegen achtmal soviel Deutsche als wir und haben sehr viel schwere Munition. Ein derartiges Höllenfeuer habe ich während der ganzen neun Monate nicht mitgemacht. Wie geht es Wolodia? Ich wünsche ihm nicht das selbe durchzumachen. Besser tot als derartige Qualen.“

Unter dem Eindruck der großen Verluste wächst die Unlust der russischen Truppen, in den Kampf zu gehen. Auch der Offiziermangel wird immer fühlbarer. Vielfach führen fähige Bataillone. Die Disziplin der Truppen ist im Sinken. Die Kosaken werden zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf die ganze Front verteilt und haben den Auftrag, die Truppen am Ueberlaufen zu verhindern und auf Zurückweichende zu schießen. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann ist sehr schlecht geworden. Vielfach werden Fälle bekannt, daß Offiziere von ihren eigenen Leuten erschossen wurden. Die sinkende Zuversicht der Truppen sucht man durch religiöse Einwirkung und phantastische Nachrichten zu heben. Als solche gab man bekannt, daß Przemysl zurückerobert sei und daß dortselbst 45 000 Deutsche kapituliert, und daß die Italiener große Fortschritte gemacht hätten. Fünf japanische Stützkräfte seien unterwegs.

Um die Truppen am Ueberlaufen zu verhindern und vor Gefangennahme zu warnen, werden angebliche Greuelthaten deutscher Soldaten bekanntgegeben. Ein derartiger Befehl hat folgenden Wortlaut:

Der Infanterist... des 180rkischen Regiments wurde mit anderen Soldaten gefangen genommen. Er gab an, daß sie zu einem deutschen Offizier geführt worden seien, der eigenhändig fünf von ihnen mit dem Revolver niedergeschossen hätte. Der Infanterist habe sich ins Gebüsch geflüchtet und sei dank der Dunkelheit entkommen. Er fügte hinzu, daß die Deutschen die russischen Verwundeten in den San werfen. Unterzeichnet: Stogom, Ordonanzoffizier des Generalstabes des 21. Armeekorps.

Zufuß des Stabskommandanten: „Das Gesagte liegt der Korpskommandant allen Mannschaften bekanntgeben.“ (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 2. Juli. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Im Gebiet nördlich Arras bis in die Champagne war die Nacht ruhig. Der gestern gemeldete deutsche Angriff in den Argonnen war besonders heftig. Die eingesetzten Kräfte können auf zwei Divisionen geschätzt werden. Dieser Angriff wurde angehalten. Drei neue Versuche auf unsere Schützengräben östlich der Straße nach Binarville wurden zurückgeschlagen, ein anderer heftiger Angriff, welchen der Feind im Gebiet von Megeral unternahm, wurde vollständig angehalten. Die Deutschen erlitten bedeutende Verluste.

Paris, 2. Juli. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend:

Im Norden war der Tag verhältnismäßig ruhig, jedoch war nördlich von Arras die Kanonade sehr heftig. Vor Dompierre zerstörte eine unserer Minen ein Stück der feindlichen Organisation.

Auf der Aisnefront anhaltende Kanonade. Es wird bestätigt, daß die Deutschen am 30. Juni zwischen der

Straße Binarville—Jour de Paris mit äußerster Kraft und mit der Absicht angriffen, unsere Verteidigungslinien zu durchbrechen. Unsere ersten Schützengräben konnten nur infolge der durch großkalibrige Geschosse angerichteten Verheerungen und infolge der Anwendung erstickender Granaten erreicht werden. Der Feind wurde dank der Festigkeit unserer Organisation in der zweiten Linie angehalten und alsbald durch Gegenangriffe unserer Infanterie zurückgeworfen, welche sich auf einer ungefähr 200 Meter von den zerstörten Stücken unserer ersten Linie entfernt liegenden Front festsetzte. Das feindliche Bombardement dauerte heute an. Es wurden zwei neue Angriffe durch unsere Artillerie sofort angehalten. Im Gebiete des Aisnewaldes, Fiers und im Priesterwald Artilleriekampf. In den Vogesen wurden nach Beschließung unserer Front am Langenseldeskopf und am Hilsensturz zwei feindliche Angriffe gegen uns vorgeworfen, sie wurden vollkommen zurückgeschlagen.

Artilleriekämpfe in Nordflandern.

Le Havre, 2. Juli. (W. L. B.) Das belgische Commando besagt: Am 30. Juni beschloß die feindliche Artillerie mit Unterbrechungen die Umgebung von Wulpen, Ramskapelle, Beeuwe, Schewege, Gaerleke, das Gelände südlich von Digmuiden und ebenso den südlichen Teil von Saint Jacquescapelle, die Umgebung von Knodofort, Kenighe des Fährmannhauses. Die belgische Artillerie erwiderte den feindlichen Batterien lebhaft und gestreute Gruppen feindlicher Arbeiter. Der am Zusammenfluß der Yser und der Perle gelegene Ort Knode ist keineswegs stark besetzt, wie man glauben machen möchte.

Die englischen Verluste.

London, 2. Juli. (W. L. B.) Die letzte Verlustliste enthält die Namen von 33 Offizieren und 940 Mann.

Ankunft deutscher Austauschgefangener.

Köln, 2. Juli. (W. L. B.) Gestern nachmittag gegen 2 Uhr trafen aus England kommend, 187 Austauschgefangene mit dem Lazarettzuge der Städte Yserlohn, Altena und Essen auf dem vom Roten Kreuz Köln herrlich geschmückten Bahnhof Köln-West ein. Zur Begrüßung waren anwesend die Spitzen der Militär- und Zivilbehörden, zahlreiche Offiziere, die Geistlichkeit und der Vorstand des Roten Kreuzes in Köln. Tief ergreifend war die Begrüßung der aus englischer Gefangenschaft Zurückkehrenden, insbesondere der Schwerverwundeten und Invaliden.

Der türkische Krieg.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 2. Juli. (W. L. B.) Das Hauptquartier teilte gestern mit: An der Dardanellenfront hat der Feind bei Ari Burnu, wo er am 28. Juni trotz wiederholter Angriffe gegen unseren linken Flügel keinen Erfolg erzielte und von neuem in seine alten Stellungen zurückgeworfen wurde, auf dem von uns übersehbaren Geländestrich 750 Tote zurückgelassen und außerdem eine erhebliche Anzahl von Gefangenen, darunter einen Offizier, verloren. Bei Sedd ul Bahr erneuert der Feind von Zeit zu Zeit seine vergeblichen Angriffe gegen unseren rechten Flügel, wobei er große Verluste erleidet.

Von den anderen Fronten nichts Wesentliches.

Konstantinopel, 2. Juli. (W. L. B.) Bericht des Hauptquartiers: An der Kaukasusfront nehmen die Kämpfe in der Gebirgsgegend an der Grenze einen für uns günstigen Verlauf. Der Feind hat in den letzten Kämpfen, die sich am rechten Flügel entwickelten, mehr als sechshundert Tote, darunter sieben Offiziere, auf dem Schlachtfeld gelassen. Wir machten dort außerdem zwei Offiziere, darunter einen Bataillonschef, und eine Anzahl russischer Soldaten zu Gefangenen.

An der Dardanellenfront fand am 29. Juni an der Nordgruppe von Ari Burnu bloß gegenseitige Beschließung statt. An der Südgruppe bei Sedd ul Bahr dauerte der Kampf den ganzen Tag. Der Feind wollte unseren rechten Flügel umzingeln und unternahm unter dem Schutze unausgesehener Artilleriefeuer einen Angriff. Wir brachten die feindliche Absicht durch unsere Gegenangriffe zum Scheitern. In der Nacht zum 1. Juli schlugen wir an der Nordgruppe von Ari Burnu feindliche Angriffsversuche gegen unsere Verschanzungen im Zentrum blutig ab. Unser rechter Flügel ging zum Gegenangriff über und entriß dem Feinde zwei hintereinander liegende Reihen Schützengräben. In derselben Nacht unternahm an der Südgruppe Sedd ul Bahr unsere Truppen einen Gegenangriff gegen den linken Flügel des Feindes. Die Schlacht dauerte die ganze Nacht an. Unsere Truppen drangen in mehrere feindliche Grabenstücke ein und setzten den Angriff in hartnäckigen Kämpfen fort. Die Schlacht endete erst bei Sonnenaufgang. Am 30. Juni dauerte der Kampf an unserem rechten und linken Flügel der Südgruppe Sedd ul Bahr von 7 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags an. Diese Schlacht, die an jedem der beiden Flügel mit Angriffen unserer Truppen begonnen hatte, verlief sehr günstig für uns. Unsere anatolischen Küstenbatterien nahmen erfolgreich an den Kämpfen der Südgruppe teil und beschossen mit sichtsicherer Wirkung das Lager und die Artilleriestellungen des Feindes. Eines unserer Flugzeuge überflog Sedd ul Bahr und warf Bomben ab. An den anderen Fronten nichts von Bedeutung.

Die englischen Dardanellen-Verluste.

London, 1. Juli. (W. L. B.) Meldung des Neuterischen Bureaus. Im Unterhause erklärte Asquith, daß die Verluste der britischen Streitkräfte bei den Dardanellen zur See und zu Lande bis zum 31. Mai betragen haben: An Offizieren tot 496, verwundet 1134, vermisst 92 und an Mannschaften tot 6927, verwundet 23 542 und vermisst 6445.

Ein ungeschminkter Bericht über den Dardanellenkampf.

London, 2. Juli. (W. L. B.) „Daily Telegraph“ veröffentlicht einen Brief von Granville Fortescue aus Konstantinopel von Anfang Juni. Der Verfasser sagt, er müsse die enttäuschen, die eine baldige Forcierung der Meerengen erwarteten. Die ganze Küste vom Fort Kagara bis in die Nähe von Kumfale ist eine einzige große Festung. Seit dem 18. März wurde jede geeignete Stellung in eine Batterie verwandelt. Die Türken drückten seit dem ersten Angriff mit einer Gewissenhaftigkeit, die nur von Ritzeners

Armee übertraffen wird. Jedes Fort entlang der Meerengen wird stündlich eine größere Bedrohung der Schiffe. Die Forts sind, obwohl die Türkei keine Munition großer Kalibers herstellen kann, reichlich mit Munition versorgt. Die Gewässer vor den Geschützen sind dicht mit Minen besetzt. Die Minenfelder können sich nicht weit von Hellespont hinauszuziehen, weil sie sonst unter das Feuer der Maschinengewehre kämen. Die Minenfelder werden ferner durch verborgene Batterien geschützt und sind so geschickt versteckt, daß eine Aufklärung durch Flugzeuge erfolglos ist. Anscheinend besteht auch eine Station für Landtorpedos. Schließlich gibt es neuerrichtete Batterien und Redoubts auf dem asiatischen Ufer in günstigen Stellungen. Die Halbinsel Gallipoli änderte sich in den letzten Monaten wesentlich. Jede Schlucht ist ein Hindernis, jeder Abhang ein Fort. Im März wäre eine Landung möglich gewesen. Die Türken sind numerisch wie zwei zu eins überlegen. Die Alliierten operieren von der schwierigsten Basis. Die türkischen Soldaten sind ausgezeichnet und kennen das Gelände völlig, während es für die Verbündeten meist Terra incognita ist. Eine weitere Schwierigkeit für die Verbündeten ist der Wassermangel, der wegen der langen Regenzeit noch nicht fühlbar wurde, sich aber im Juli und August bemerkbar machen wird, wenn der Kampf so lange dauert. Dazu kommen die großen Schwierigkeiten der Seetransporte und der Landung. Der Verfasser findet es erstaunlich, etwas Besonderes in dem Verhältnis zu den Verlusten des Feindes und dem Verbrauch von Munition seitens der Verbündeten zu finden. Die Ursache ist, daß die Schiffsgehohe meist nur in zehn Stücke springen und daher verhältnismäßig wenig Schaden anrichten, wenn sie nicht direkt in den Laufgräben explodieren. Das Bombardement erweckt den Anschein der Vernichtung alles Lebens in der beschossenen Zone, aber wenn die Beschädigung aufhört und die Soldaten angreifend vorgehen, begeben sie einem mörderischen Feuer aus dem soeben am dichtesten beschossenen Gelände. Dazu kommt die U-Bootgefahr. Die Mannschaft des U-Boots, das „Triumph“ und „Majestic“ zerstörte, feiert jetzt ihren Sieg in Konstantinopel, was das Blut der internierten Engländer in Siedehitze bringt. Der Verfasser erklärt, er sei trotzdem nicht pessimistisch, aber die Verbündeten müßten sich auf enorme Opfer gefaßt machen. Das Schicksal Konstantinopels werde von der Klasse der verfügbaren Geschosse und des Pulvers abhängen.

Der Seekrieg.

Eine russische Falschmeldung.

Kopenhagen, 2. Juli. (B. L. B.) „Verstärkte Tidende“ erfährt aus Petersburg über Paris, daß ein russisches Unterseeboot einen feindlichen Kreuzer in der Ostsee in den Grund gebohrt hat, der damit beschäftigt war, Minen an der russischen Küste auszuliegen.

Dierzu erfahren wir von unterrichteter Seite, daß diese Nachricht auf freier Erfindung beruht.

Zur Versenkung des „Armenian“.

London, 2. Juli. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der belgische Fischdampfer „President Sievens“, der sich in der Nachbarschaft befand, als die „Armenian“ torpediert wurde, nahm fünf Boote voll Seeleute auf. Der Kapitän der „Armenian“ erklärte: Das U-Boot gab uns das Zeichen anzuhalten dadurch, daß es eine Anzahl Schüsse über unseren Bug abfeuerte. Ich war 4 Meilen voraus und dampfte weiter. Wir wurden jedoch fortwährend beschossen. Die Granaten töteten mehrere Mann, andere wurden über Bord geschleudert. Es war eine wahnsinnige Jagd, aber wir wollten uns nicht ohne Kampf ergeben. Die Steuerung wurde von einer Granate weggerissen, ein anderes Projektil fiel in den Maschinenraum, ein drittes schlug die Funkenstation weg, ein anderes den Schornstein und verfinsterte den Zeitraum, so daß ich keinen Dampf mehr zu bekommen vermochte. Das Schiff stand an drei Stellen in Brand. Ich beschloß die Uebergabe. Wir hatten uns eine Stunde lang gewehrt. Zwölf oder dreizehn Mann lagen tot auf Deck, die meisten ums Leben gekommen waren Amerikaner. (Ann. des B. L. B.: Warum Reuter geflissentlich der Amerikaner Erwähnung tut, liegt auf der Hand.)

Berlin, 2. Juli. (B. L. B.) Wie schon kurz mitgeteilt, ist am Montag der englische Passagierdampfer „Armenia“ von einem deutschen U-Boot an der Küste von Cornwall versenkt worden. Weitere Meldungen besagen, daß sich unter der Besatzung von 50 Mann auch 11, vielleicht sogar 15 Amerikaner befanden hätten, von denen mehrere umgekommen sein sollen. Reuter weiß infolgedessen zu melden, daß in amtlichen Kreisen Washingtons Erregung herrsche. Sollte diese Nachricht zutreffen, so sei demgegenüber festgestellt, daß, soweit sie jetzt zu übersehen ist, keinerlei Grund zu solcher Erregung vorliegt. — „Nieuwe Rotterdamse Courant“ stellt nämlich in einer Londoner Meldung den Hergang der Versenkung auf Grund eines Berichts des Schiffskapitäns wie folgt dar: Der Dampfer sei von dem U-Boot durch zwei vor dem Bug gefeuerte Kanonenschüsse zum Stoppen aufgefordert worden. Dieser Aufforderung sei er nicht nachgekommen. Das U-Boot habe dann auf den Dampfer gefeuert und habe ihn auch getroffen, trotzdem habe dieser noch nicht gestoppt. „Es war eine wilde Jagd, aber wir wollten uns nicht ohne Wehr ergeben.“ Im ganzen habe er eine Stunde lang der Beschädigung getrotzt, und habe erst aufgehört, nachdem 12 bis 13 Mann der Besatzung tot auf Deck gelogen hätten. — Ist dieser Bericht des Kapitäns richtig, so genügt es, demgegenüber den Generalbericht des Redaktionsausschusses der Londoner Seekriegsrechtskonferenz anzuführen: „Ein kriegsführender Kreuzer trifft ein Kaufschiff an und fordert es irgendwo Vornahme der Durchsuchung zum Halten auf. Das aufgeforderter Schiff hält nicht an und versucht, sich der Durchsuchung durch die Flucht zu entziehen. Der Kreuzer kann Gewalt anwenden, um es zum Halten zu bringen, und das Kaufschiff hat, wenn es beschädigt oder in den Grund gebohrt wird, keinen Anlaß zur Beschwerde, da es einer ihm nach Völkerrecht obliegenden Verpflichtung zuwider gehandelt hat.“ Das U-Boot hat hiernach in Uebereinstimmung mit den geltenden Regeln des Völkerrechts gehandelt. — Sollten tatsächlich amerikanische Bürger ums Leben gekommen sein, so trifft die Schuld hieran allein den englischen Kapitän und die englische Regierung, die ein detartiges, dem Völkerrecht widersprechendes Verhalten nicht nur gutheißt, sondern die Besatzungen solcher Schiffe obendrein noch belohnt, wie der Fall „Soerres“ gezeigt hat.

Dom U-Bootkrieg.

London, 2. Juli. (B. L. B.) Die Reuter aus Westhampstead meldet, ist der britische Dampfer „W. L. B.“ 3591-Tonnen, mit Zuladung von Ruba nach Queenstown unterwegs, von einem Unterseeboot an der irischen Küste versenkt worden. Die Besatzung ist gerettet.

Die „Lloyd“ aus Lizard meldet, sind die britischen Dampfer „Caucasian“ 4656-Tonnen und „Inglemoor“ 4331-Tonnen gestern früh von einem Unterseeboot versenkt worden. Ihre Besatzungen wurden in Falmouth gelandet.

Nach einer weiteren Meldung von „Lloyd“ aus Crowhead ist der britische Schoner „Lover“ von Barrborough nach Newport unterwegs, torpediert worden. Neun Mann der Besatzung wurden von einem Fischdampfer aufgenommen und gestern nach Crookhaven gebracht.

Keine Aenderung der Art des U-Bootkrieges

Berlin, 2. Juli. (B. L. B.) Nach Meldungen aus Kopenhagen behaupten alle letzten Depeschen aus London über den Unterseebootkrieg, dieser habe seinen Charakter gänzlich verändert. Die deutschen U-Boote tauchten jetzt stets zum Anhalten der Schiffe auf und versenkten sie erst nach gründlicher Untersuchung. — Wie wir von zuständiger Stelle hören, ist diese Nachricht unzutreffend. Sie bedeutet nichts weiter, als einen recht durchsichtigen Versuch, die allmählich recht gedrückt gewordene Stimmung im englischen Publikum zu heben und dadurch seine Reizung zur Zeichnung der neuen Kriegsleihe zu fördern.

Englische Sorge wegen Warschau.

London, 2. Juli. (B. L. B.) Spenser Wilkinson schreibt in „Westminster Gazette“: Wenn es den Deutschen gelingt, Warschau oder die großen Bahnhöfe, die Warschau versorgen, zu nehmen, ernsten sie den vollen Vorteil ihrer zentralen Stellung in Europa. Wenn eine starke Offensiv im Westen noch nicht möglich ist, so ist doch mit der Möglichkeit eines entscheidenden deutschen Sieges im Osten zu rechnen. In diesem Falle müssen die Alliierten auf deutsche Angriffe im Westen gefaßt sein. — denn wenn die Russen in der Gegend von Warschau überwältigt werden, können sie ihre Linien kaum vor dem Zug neu formieren und die Deutschen werden auf Monate von der Gefahr einer neuen russischen Offensiv befreit sein.

Kriegsfragen im englischen Unterhaus.

London, 30. Juni. (B. L. B.) Unterhaus. Keil (Unionist) fragte, ob die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs des Innern auf die Tätigkeit des Stop the War-Ausschusses gelenkt worden sei und ob er Schritte tun würde, um vorzusehen, daß diese Personen nicht in einem Ausbruch öffentlicher Entrüstung gelockt würden. Simon erwiderte, die Tätigkeit des Komitees sei unter Beobachtung gestellt. Gewalttätigkeiten würden die strengste Unterdrückung finden. Mac Kinnon Wood bejahte auf eine Frage hin, daß die Observatorien besondere Instruktionen erhielten, wegen der Richtveröffentlichung aller Wettervorhersagen und Wetterberichte. Dalziel sprach den Wunsch aus, daß die Regierung häufiger Nachrichten über die Kämpfe an den Dardanellen ausgabe. Marham fragte, ob es Politik der Regierung wäre, dem Lande Nachrichten vorzuenthalten, die dem Feinde wohlbekannt wären und die die Engländer eine Woche später in amerikanischen Blättern lesen könnten. Ein Mann, der Nachrichten anhielte, sei Ritchener. Die Zeitungskorrespondenten dürften nur Berichte über das Wetter senden. Ritchener dürfe die Engländer nicht wie Derwische oder Fellachen behandeln. Sir John Simon antwortete, die Zensur sei notwendig. Er führte einen Fall an, wo eine scheinbar harmlose Nachricht von den Deutschen militärisch benutzt worden sei. Die amtlichen deutschen Funknachrichten würden zensuriert, da sie regelmäßig vollständig unbegründete Nachrichten über England, über die Haltung des Landes zum Kriege usw. enthielten, um sie, wenn sie in der englischen Presse abgedruckt würden, als Meinung englischer Zeitungen in neutralen Ländern zu verbreiten. Simon forderte das Haus auf, den militärischen Führern zu vertrauen. Wenn die Nation das nicht täte, so sei sie unfähig, den Krieg zu führen. Ein neuer Bericht über die Dardanellen werde bald folgen.

„Burgfrieden“ bei den Baumwollarbeitern.

London, 2. Juli. (B. L. B.) Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß er eine Resolution der Baumwollarbeiter empfangen habe, die tatsächlich einer Garantie gleichkomme, daß während des Krieges kein Streik und keine Betriebsstörungen vorkommen sollten.

Das Unterhaus hat den Gesetzentwurf auf Errichtung eines Munitionsministeriums einstimmig angenommen.

Vorstellungen an Serbien.

Zürich, 2. Juli. (B. L. B.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ vernimmt, daß eine gemeinsame Note des Biederbundes an Serbien und Montenegro wegen der Aktion in Albanien bevorstehe.

Montenegrinische Beruhigungen.

London, 2. Juli. (B. L. B.) Die „Morningpost“ meldet, ist der frühere montenegrinische Premierminister Radowich in London eingetroffen, um Lebensmittel, Waffen, Munition und andere Vorräte für Montenegro zu erhalten. Radowich hat der britischen Regierung bestimmte Zusicherungen gegeben, daß die montenegrinischen Truppen Teile albanischen Gebietes nur aus strategischen Gründen besetzt hätten, namentlich um den Bezug von Vorräten zu sichern. Montenegro plane nicht, Skutari zu behalten; es werde betrefens des albanischen Gebietes die Entscheidung der Mächte abwarten, es sei jedoch durch die Angriffe der Albanesen genötigt gewesen, beide Ufer des Vojanassusses zu besetzen.

Zur Besetzung Skutaris.

Bern, 2. Juli. (B. L. B.) Die Besetzung von Skutari macht in römischen politischen Kreisen tiefen Eindruck. Die italienische Presse ist über die Vorzüge der Serben und Montenegriner in Albanien nicht sonderlich erbaut. Sie betont, daß sie vom

italienischen Gesichtspunkte aus nicht als eine strategische Aktion betrachtet werden könnten. Die Angriffe der offiziellen Organe auf Serbien und Montenegro werden immer härter. „Giornale d'Italia“ beschuldigt Griechenland, der Anführer dieser rechtswidrigen Besetzungen zu sein, weil es nicht mit der italienischen Besetzung der Zwölf-Insel-Gruppe einverstanden sei. Die übrige nationale Presse wiederholt, Italien werde keine derartige Vorgehensweise anerkennen und die Schaffung eines sogenannten fait accompli nicht zulassen.

Griechischer Einfall gegen Berat.

Rom, 2. Juli. (B. L. B.) „Tribuna“ meldet aus Antivari: Zwei starke griechische Verbände marschieren gegen Berat vor, nachdem sie alle Dörfer auf ihrem Wege besetzt haben.

Acht sozialistische Dumaabgeordnete verhaftet.

Der „Nationalzeitung“ wird aus Wien gemeldet: Das „Achtuhrblatt“ meldet über Kopenhagen: Hier verhaftet aus Petersburg, daß acht weitere sozialistische Dumaabgeordnete verhaftet wurden.

Australische Kriegsleihe.

London, 2. Juli. (B. L. B.) Im australischen Repräsentantenhaus kündigte Premierminister Fisher an, daß Australien wahrscheinlich eine Anleihe für den Krieg und für andere Zwecke aufnehmen werde. In einer stark besuchten patriotischen Versammlung nannte der Gouverneur des Staates Victoria Großbritannien einen schlafenden Riesen, der zu erwachen beginne. Der Oberichter protestierte dagegen, daß 50 Prozent derjenigen, die sich anwerben ließen, zurückgewiesen wurden. Es wurde ein Antrag angenommen, in dem es als wünschenswert bezeichnet wird, daß die Ansprüche für die Tauglichkeit herabgesetzt werden.

Die Niederlage der französischen Zensur.

Dem „Basler Vorwärts“ wird von seinem französischen Korrespondenten geschrieben:

Vier Tage hat die Schlacht gewährt. Viermal nahm Dame Zensur ihren Posten und stieß unarmherzig dem Citoyen Hervé seine mit Spiritus geschriebenen Artikel. Viermal machten die Polizei und die Gendarmerie Jagd auf das Herwische Blatt.

Am fünften Tage kapituliert die Zensur auf allen Linien, obwohl Hervé den am vierten Tage getriebenen Artikel nochmals abdrucken ließ. Wir haben diesen Ausgang des Kampfes vorausgesehen. Wenn Hervé einmal bodbeinig wird, gibt er nicht mehr nach. Als er sich noch in den Antipatriotismus verrannt hatte, konnten ihn elf Jahre Gefängnis, die Ausstoßung aus der Advolatenzunft und aus dem Lehrkörper auch nicht mürbe bekommen.

Bisher ließ die französische Presse die Ueberschiffe der Zensur geduldig über sich ergehen, deshalb erschien (die Zensur) allmählich. Sie konnte ungelesene Blätter, wie den „Somme libre“ (jeht „Somme enchaîné“) Clemenceaus und die „Libre Parole“ Drumonts suspendieren. So wie sie sich jedoch an der gelesten Presse vergreift, hat sie es auch mit dem Publikum zu tun, wenn sich die Presse widersetzt. Das hat nun Hervé getan und deshalb mußte die Zensur schließlich kapitulieren. Der oberste Richter in Frankreich ist die Öffentlichkeit.

Die Kriegsgefangenenpost.

Die durch die Schweiz vermittelte Kriegsgefangenenpost hat in jüngster Zeit wieder an Umfang ganz bedeutend zugenommen. Wie der „Verner Bund“ mittelt, laufen jetzt an manchen Tagen rund 300.000 Briefpostsendungen — darunter bis 15.000 uneingelieferte Pakete — und rund 60.000 größere eingelieferte Pakete ein. Für die Beförderung dieser gewaltigen Menge von Poststücken müssen hin und wieder ganze Sonderpostzüge von bis zu 40 Güterwagen, vollgepackt mit Briefpoststücken und Paketen, zwischen Gené und Basel verkehren. Mit Ausnahme der deutsch-englischen, der deutsch-russischen und der österreichisch-russischen Post vollzieht sich jetzt der gesamte Brief- und Paketverkehr der Kriegsgefangenen durch die Schweiz. Letztlich kamen an einem Tage 182 große Poststücke an.

Dieser Tage traf zum erstenmal auch die Post für die in der Türkei gefangenen englischen Matrosen, von der Asquith Letchin im Unterhaus erklärt hat, daß sie nun auch durch die schweizerische Postverwaltung vermittelt werde, in Bern ein. Es war ein besonderer Postfach, der über Wien nach Konstantinopel weitergeleitet wurde.

Kriegsbekanntmachungen.

Warnung vor der Auslieferung von Feldpostbriefen.

Das stellvertretende Generalkommando des VII. Armekorps gibt folgendes bekannt:

„Es hat sich die Tatsache herausgestellt, daß Beauftragte feindlicher Staaten zu dem Zweck sich im Lande unheimlichen, Angehörige von Kriegsteilnehmern zur Auslieferung von Feldpostbriefen oder Abschriften von solchen zu veranlassen. Unter dem Vorwande, es handle sich um vaterländische Werke, in denen die Briefe zum Abdruck gelangen sollen, oder durch andere Vorspiegelungen, auch Geldanerbieten, suchen sie ihren verätherischen Zweck zu erreichen. Die Briefe werden besonders von ihnen dazu benutzt, um die Standorte der einzelnen, zu bestimmten Korps gehörenden Regimenter festzustellen sowie die Höhe der Einzelverluste, Truppenverschiebungen und dergleichen daraus zu berechnen. Die Bevölkerung wird demnach aufs dringendste davor gewarnt, Feldpostbriefe an dritte Personen auszuliefern oder Aufzeichnungen aus solchen zu gestatten. Von verdächtigen Einträgen solcher Art ist der nächsten Militär- oder Polizeibehörde schleunigst Kenntnis zu geben.“

Letzte Nachrichten.

Gepante Massenversammlung der englischen Kohlenarbeiter.

London, 2. Juli. (T. U.) Eine große Versammlung der englischen Kohlenarbeiter, an der sich etwa 30.000 Arbeiter beteiligen werden, wird am 7. Juli in London stattfinden. Es soll beraten werden, Mittel zur Verfügung zu stellen, um für die Kohlenausbeute mehr Arbeitskräfte zu gewinnen. Die Versammlung wird unter Vorsitz von John Simon abgehalten werden. Verschiedene Redner, u. a. auch Lloyd George, haben sich bereit erklärt, Äußerungen kundzugeben.

Errichtung eines holländischen Munitionsamtes.

Amsterdam, 2. Juli. (T. U.) Als Ergebnis einer Besprechung, welche im Haag zwischen dem Kriegsminister und einer Anzahl von Fabrikanten stattfand, wurde, hiesigen Blättern zufolge, die Errichtung eines Munitionsamtes beschlossen. Diese Stelle hat Vorbereitungen zur Erzeugung von Munition durch die niederländische Industrie zu treffen für den Fall, daß die Niederlande unverhofft in den Krieg verwickelt werden sollten. Die Leitung des Amtes, das seinen Sitz im Haag nehmen soll, ist dem Professor an der Technischen Hochschule in Delft, L. A. van Rogen, übertragen worden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Kungelstraße 30.

Nach dem Arbeitsvertrage für das Berliner Holzgewerbe vom 16. Februar 1913 treten mit dem 1. Juli 1915 folgende Bestimmungen in Kraft:

I. Die **Arbeitszeit** beträgt für alle dem Vertrage unterstehenden Branchen 50 Stunden die Woche.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt in den ersten fünf Tagen der Woche je 8 1/2 Stunden und Sonnabends 7 1/2 Stunden, mit der Maßgabe, daß nach Position 5 des Vertrages an den ersten fünf Tagen der Woche spätestens um 5 1/2 Uhr und Sonnabends um 4 1/2 Uhr Arbeitsluß ist.

Gegen eine anderweitige Regelung, die Arbeitszeit so festzusetzen, daß der Arbeitsluß an den ersten fünf Tagen der Woche um 5 Uhr und Sonnabends um 4 Uhr eintritt, ist nichts einzusetzen.

Zu den Betrieben, wo bisher eine kürzere Arbeitszeit bestanden, oder die Pausen so geregelt waren, daß dadurch ein früherer Arbeitsluß erfolgte, behalten diese Vereinbarungen Gültigkeit.

II. Als **Lohnausgleich** für die Arbeitszeitverkürzung tritt 1 Pfennig Lohnhöhung für Lohnarbeiter und 1 1/2 Prozent Zuschlag für Akkordarbeiter ein.

III. Für die **Ladeneinrichtungs- und Kontormöbel-Branche** neben der Verkürzung der Arbeitszeit nach Position 1 des Neben-Vertrages eine Erhöhung des Einstellungslohnes von 59 auf 60 Pf., nach Position 2 von 64 auf 65 Pf.

IV. Nach § 1 des Tarifvertrages der **Treppengeländer-Branche** erhöht sich der Mindestlohn ab 1. Juli von 60 auf 65 Pf., für die im Absatz 2 § 1 benannten Arbeiter von 69 auf 70 Pf. die Stunde.

V. Für die **Modelltischler** regelt sich die Arbeitszeit, wie im Arbeitsvertrag für die Modellfabriken in Position 2 Absatz 3 vorgesehen. Der Mindestlohn wird nach Position 4 von 79 auf 80 Pf. pro Stunde erhöht. Ebenso tritt nach Position 5 für die bestehenden Löhne eine Erhöhung von 1 Pf. die Stunde ein.

VI. Für die **Bautischler** gelten die im Tarif festgesetzten Preise.

Alle etwa entstehenden Differenzen sind der Schlichtungskommission zu melden.

85/2



Wasch-Anzüge

- Blusen-Anzüge hochgeschlossen, in vielen Streifen, nur Größe 1 und 2 1.95
- Blusen-Anzüge gestreifter Washstoff, mit schöner Garnierung Gr. 1-6 2.65
- Blusen-Anzüge gestreifter Washstoff, mit Ueberkragen Gr. 1-6 4.10
- Prinz-Heinrich-Anzüge derber Washstoff, mit Ueberkragen Gr. 1-6 5.50 5.—
- Schlupfer-Anzüge gestreifte Washstoffe, mit Ueberkragen Gr. 3-6 5.50 5.—

Ganz besonders zu beachten!

Imitierte Bastanzüge		Prinz Heinrich, Schlupferform mit festem Ueberkragen und Manschetten	
Größe 3 u. 4 6.—	Größe 5 u. 6 7.—	Größe 7, 8, 9 8.—	Größe 10, 11, 12 9.—
mit abknöpfbarem Ueberkragen und Manschetten			
Größe 3 u. 4 7.—	Größe 5 u. 6 8.—	Größe 7, 8, 9 9.—	Größe 10, 11, 12 10.—
Kieler Form mit festem Ueberkragen und Manschetten		mit abknöpfbarem Kragen und Manschetten	
Größe 3 u. 4 6.50	Größe 5 u. 6 7.50	Größe 7, 8, 9 8.50	Größe 10, 11, 12 9.50
Größe 3 u. 4 7.50	Größe 5 u. 6 8.50	Größe 7, 8, 9 9.50	Größe 10, 11, 12 10.50

- Waschblusen 3.00 2.25 1.95 1.45 95 Pf.
- Sport-Hosen blau Satin Gr. 1-6 2.25 . . . Gr. 7-12 2.50
- Waschhosen mit Leibchen 1.50 1.10 65 Pf.
- Sport-Hemden, Mützen, Hüte, Gürtel sowie Ausrüstungen für Jugendwehr und Pfadfinder

BAER SOHN

Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schönebg., Hauptst. 10

Mechaniker-Kittel - Schlosser-Anzüge

kaufen Sie am besten und billigsten in dem größten Spezialgeschäft von
Kohnen & Jöring, Arbeits- und Berufs-Kleidung
Alexanderstraße 12. Rosenthaler Straße 53. Landsberger Allee 148. Neukölln, Bergstr. 66.

Allgemein-Vertriebes Trottel Cigarettenfabrik.

MANOLI
ZIGARETTEN
Deutschlands führende Marke

BOSNIA
CIGARETTEN
Etwas ganz Besonderes

MAL-KAH
Company
Berlin N. 20 Pankstr. 63.
Fordert nur **KADDA-Cigaretten**

Kressin
Raucht herbste Cigaretten

Franz Abraham
Brau. Messina u. Römerbrunn-Keil.
C 25 Barisier Str. 5a, Fernsp. Keil 13708

Bade-Anfallen
Arkona-Bad, Anklam-Str. 34.
Bad Alt-Moabit 104 Krank.-Kass.

Bad
Bad Borse, Dirksenstr. 40.

Central-Bad
Neukölln
Anzengruberstr. 25.
Koppenstr. 93
sämtliche Bäder.

Bad Ostend
National-Bad, Brunnenstr. 2.
Bochum-Str. 17
Lief. all. Klassen

Passage-Bad
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Schiller-Bad, Müllerstr. 153 a.

Silesia, Bad
Schlesische Str. 31.

Bäcker- u. Konditoreien
Assmus, Wilh., Uckerstr. 11.
F. Breithopf, Exerzierstr. 19a.
Waldemar Bross, Drienerstr. 3
Hermann Bub, Grünauerstr. 12.
Fritz Eichler, Bastianstr. 18.
Emanuel Flügel, Mirbachstr. 25.
Br. Friedrich, Eisenbahnstr. 31.
O. Götz, Wisnerstr. 31, Br. u. gr. 3b.
E. Großberndt, Wittstockerstr. 7.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Treptow
Gegründet 1892.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Phänomen
MONA LISA
Die neue 33
Qualitäts-
Cigarette

Bäcker- u. Konditoreien

- A. Grobkinsky, Boxhagenerstr. 27.
- Gust. Heintschel, Barbierestr. 26
- Otto Hoff, Chorinerstr. 15.
- F. Kleewetter, Schivelbuserstr. 14.
- R. Klink, Weißens., Lehderstr. 120.
- R. Kleinert, Schulstr. 102
- Felix Kynast, Dänenstr. 5.
- Carl Lindenberg, Lyckstr. 43.
- P. Müller, Wilhelm-Alexanderstr. 41.
- G. Münch, Reichenstr. 111
- Gustav Nielsen, Lindowerstr. 9
- J. B. Popp, Amsterdamerstr. 9
- F. Pribyl, Osabrückerstr. 26.
- Osw. Raubert, Gürtelstr. 27
- Gust. Raubert, Metzgerstr. 11
- Fritz Richter Jr., Liebenwalderstr. 13
- H. Saunus, Altonsteiner Str. 26
- Zachas, Gr.-Lichterf., Chausseest. 85a
- Paul Zastrow, Stromstr. 23.

Butter, Eier, Käse

Concordia-Butterhandl.
des Ostens
Bruno Freche
15 Detail-
geschäfte

Gebr. Gause.
25 eigene Filialen.

Wilhelm Göbel
43 eigene Filialen.

August Holz
15 Detail-
Geschäfte

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Kosmalla, E., 4 Detail-
Geschäfte

„Nordstern“
„Mercur“

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43

Gebr. Siegert
Wiener Str. 65, Butter, Eier, Käse.

Uhly & Wolfram
Cigarrenhandlungen
Fanny Baumert, Lindowerstr. 23
C. Kuhlmann, Turmstr. 47
O. Kunze, Reinickendorfer Str. 14

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Bierbrauerei, Bierhdg.

Brauerei Bötzw
empfehl.
Qualitätsbiere
ersten Ranges.

W. Adelung & A. Hoffmann
Akt.-Brau. Potsdam, Eg. Niede.
Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15
Brandenburg, H. Wilhelmstr. 110
Spez. Potsd. Stangenbier

Berliner
Bock-Brauerei
empfehl.
anerkannt vorzügl. Bier

Osw. Berliner
Ur-Berliner, hell und dunkel
Hempel, E., Müllerstr. 129 d.
Luisenbrauerei Weißensee.

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel

Weißbier - Caramelbier
Brauerei E. Willner
Pankow.

Löwen-Brauerei
vortreffliche Fass- und
Flaschen-Biere.

Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg

Brauerei Pfefferberg.
Trinkt Wanninger Bier!

Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Spandauerberg-Brauerei
Weißbier, C. Breithaupt,
Pallasdenstr. 97 Tel. Egl. 2921, 2922

Cacao, Schokolad., Confitur.

SAROTTI
Kakao und Schokolade
beliebt in jedem Haushalt.

Seiffert, E., und Vororten

Cylix, G., Filialen in all
Stadtteilen.

Bandagen, Gummiwaren
R. Bauke, Stralauer Str. 66.
J. Kachel, Rosenthalerstr. 26.
E. Kraus, Kommandantenstr. 55.
A. E. Lange, Brunnenstr. 166
H. Neusch, Breitest. 24, Spandau.
M. Sprangor, Reinickend. Str. 11.

Beleuchtungsgegenstände

Böttner, A., Danzigerstr. 96.

Drogen und Farben
W. Kleemann, Berg-Druckerei, Burgstr. 27
Werder-Druckerei, Britz, Kolowratstr. 24

Cigarrenfabriken

JUHL
250 GESCHÄFTE

G. Kaphun
Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen.

J. Neumann
200 Niederlagen.

Richter & Franke
Filialen in all. Stadtteilen

**Eisen, Stahlwaren, Waffon,
Werkzeuge**

Herm. Braun, Landabg. Allee 149.
Otto Belg, Grüner Weg 49
Wrangelstr. 59.

G. Brucklacher, Oranien
str. 129

Carl Jung, Stromstr. 31.
Otto Lehmann, Nauk., Friedelstr. 9.
Rühlmann, P., Mühlent. 46b, E. Beer

Fleisch u. Wurstwaren

W. Beck
Inh.: Herm. Gorbach
Charlottenburg, Berlinstr. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik

C. Billerbeck, Charlottb., Krauss 31/19
Franz Borusnik, Lübeckstr. 26
Fr. Brauer, Neukölln, Waltherstr. 56
Willy Dorfmann, Wienerstr. 62
Bruno Dbr., Mantenerstr. 39
Dresden, Fleisch-Centr., Dresdenerstr. 17.
**Gontardstr. 2 Ein-
gang vom Flur.**
Otto Eigner
A. Fahl, Nklln., Libberdstr. 35
P. Fongler, CSp., Flemmingstr. 33
Flischer, Fr. Frankfurter Allee 150
Willy Gercke, Petersburgerstr. 31
M. Grünwald, Kopenhagenerstr. 63.
H. Heusch, Breitest. 24, Spandau.
H. Holzthier, Putbusserstr. 46
Hubrich, Ramlersstr. 23.
Wilh. Kark, Wrangelstr. 83
H. Leibnik, Nklln., Schönstedtstr. 16
August Lücke, Alte Jacobstr. 25
Rostockerstraße 42.
Luehke, Joh., Fleisch u. Wurstfabr.
Paul Matschke, Thaerstr. 17

G. A. Müller
Neu-Isenburg - Frankfurt a. M.
Spezialität: Frankfurter Würstchen

A. Möbes Nchf.
Fleischwaren u. Wurstfabrik
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4

G. Pelly, Andreasstr. 77b.
Jos. Ritzke, Stralauer Allee 31a
H. Rose, Irselstr. 11, Barkhalsch.
P. Schmatzhausen, Löffler Str. 11
**Hobesfried-
bergerstr. 1.**

Paul Spenn, Kopenhagenerstr. 35
E. Thara, Reinickend., Schanzewerstr. 34
F. Wendt, Simon Dachstr. 27.
Paul Zwarz, Landsberg Allee 136.

Eisigfabriken

Timmer-Essig
überall erhältlich!

Fische, Conserven
Otto Kamah, Bäckerstr., Gr. Frankf. Str. 113
P. Staehr, Fischhdg., Räucherwar.
Weidenweg 19 Pl. Frankfurt, Allee 151/52

Herrn- u. Knabengard.

J. Baer Badstr. 26, Ecke
Prinzen-Allee.

Fabrich & Co., Eokhaus Linienstr.
Leske & Sluppeck, Schick-Allee 70c

Hüte, Mützen, Pelzwar.

Haut beim Hutmacher!
Gebr. Selsso
Müllerstraße 155.

Schoer, Herm., Wilmersd. 84. 64.
Kottbusser-
str. 119

Vester, E., Danm 18/19

Kaffee-Rösterei

A. Zuntz sel. Wwe.
Filialen und Niederlagen
in allen Stadtteilen
Nur reelle Qualitäten

**Amerikan. verfeinerte Kaffeepulver,
Kaffee, Tee, Kakao
und Schokolade etc.**
Hamburger Kaffee-Importgeschäft
Emil Tengelmann

Kaufhäuser
Paul Falkenstein Hootstr. 1
Rabattmarkt.

Kolonialwaren
Fritz Hübner, Schlemmerstr. 11.
O. Pöschel, Schwedenerstr. 18.
Franz Richter, Malplaquetstr. 35/28
Runge, Otto, Mühlb. Hermannstr. 55.
A. Silkinat, Mühlb. Reichenstr. 11/105
Erich Thiel, Weißens., Langhausstr. 139.
Kurz, Weid., Wolf., Trikotag.
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Hermann Meyer, Schivelbuserstr. 31.

Mehlhandlungen

Bethke, Georg, Naukas-
straße 44-
Neukölln, Kiebitzstr. 23, Kaiser-Friedr.
Str. 64, Weeserstr. 129, Friedelstr. 23
Treptow, Grün-Str. 44.

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

(Haus- u. Küchengeräte)
G. Geiger, Schiefelstr., Müllerstr. 7
Frz. Kamerowsky Reinickend. St. d.
Bill. Bezugsqu.

Molkereien

Wilhelm Freier, Bochestr. 50.
H. Friedrich, Straßburgerstr. 42a
F. Galle, Metzgerstr. 28.
Rud. Kiesel, Mirbachstr. 66.
A. Siebert, Weidenburgerstr. 52.

„Schweizerhof“
Meierei und Molkereianstalt.
Emdener Str. 44. u. Tel. II 2566.

Wodrich, Putbusserstr. 35.

Mostrichfabrik
Yamborini Mostrich überall!

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 26
Littauer Nähmasch., Spandau
5 Jahre Garantie, Teilzahlung
Nähm.-Spz.-Gesch., Potsdamerstr. 19.

Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Optiker, Mechaniker
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Nklln. Bergstr. 14

Photogr. Apparate
M. Albrecht 80, Kottbusserstr. 3
auch Gelegenheitsakt.
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.

Photograph. Ateliers
R. Maerz, Badstrasse 65.
Rud. Obigt, N. Reinickendorferstr. 2

Plinco
Kottbusserstr. 5
Kauf, Miete, Teilzahlg.

Rohschichtkerlen
E. Weidlich, Steglitz, Lindenstr. 41.

Schreibwaren
O. Prochnow, Nklln. Hermannstr. 49

Schuh-, Schuhmach.
K. Lück, Charl., Tsurigauerstr. 45.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 155.

Seifen

**Schneewittchen-
Bleichseifenpulver**
Alleinfabrik: Grubitz, Potsdam

Vericherungen

„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-
Sterbekassenversicherung.
straße 3

Wirtschaftl. Etablissemts

L. Gothe, Schulstr., Ecke Maxstr.
A. Groll, Henningsdorferstr. 10
Schöneberg
Hackepeter Hauptstr. 139.

**Die erste selbstbet. Doppelgelgige
Patzenhofer**
J. Guggenberger, Rosenthalerstr. 54.
O. Rohloff, Fernl., Brockenbühlstr.

Original-Schultheiß-Ausschank
Alexanderpl., Rich. Schloßhofs.

Meierei

C. Bolle
A.-G.
Berlin N. W. 21 Alt Moabit
98/103
Ältester und grösster
Milchwirtschaftlicher
Grosbetrieb

Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40

Weine, Liköre, Fruchtäfte

E. Ballin & Co.
Cognak, Likörfabrik
Dampf-Likörfabrik
Nur Qualitätsliköre.

Kugo Beling
60 Filialen in allen Stadtteilen.

P. Kirchner & Co.
Cognak, Likörfabrik
Kirschner Araber,
Frankfurter
Otto Albert Schulz A. P. 156
Groß- Destillation, Ausschank

Herm. Meyer & Co. Act. Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Underberg
Bioschapp
SEMPER IDEM
amerikan bester Bi. fertl. für

Sprit- und Likörfabrik
Ringfrei
m. & W. Müller
Buckowerstr. 78.

Zahnteller
W. Best, Stallstr. 42 E. Wrangelstr.
M. Dresler, Grünstr. 70f, Treptow.

Stz
St. Sorowka, Bakerei, Rudowerstr. 34

Federador!
Carl Tebel, Brot- u. Feinbäckerei
Königs-Waarenhaus
G. Hübscher, Br. u. gr. 3b, Fabrikstr. 29

Nauthaus Emil Bergmann

Mahldorf
Frau A. Pagel, Kolonialwaren.

Marlendorf
H. Wagner, Köpenick, Flieck- u. Wersib

Gegen Parteizerrüttung!

In Parteikreisen wird ein Flugblatt verbreitet, in dem die Partei aufgefordert wird, die von ihr seit dem Beginne des Krieges eingenommene Haltung von Grund aus zu ändern, den Burgfrieden aufzulösen und in schärfster Form den Kampf gegen die Regierung aufzunehmen. Das Machtwort strotzt von den schwersten Vorwürfen gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion und die Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie. Es ist an dieser Stelle unmöglich, den ganzen Wust von Entstellungen und Verdrehungen zu entwirren, der in dieser Kundgebung einer Gruppe der Parteiopposition angehäuft ist. Es muß genügen, das Wesentlichste herauszugreifen.

Die Verfasser behaupten, die Partei treibe seit dem 4. August „im Kielwasser der imperialistischen Eroberungspolitik“. Sie erklären wörtlich:

„Die Reichstagsfraktion, in der auch die meisten Mitglieder des Parteivorstandes sitzen, hat den Widerstand gegen die imperialistische Eroberungspolitik aufgegeben. Und nicht aus bloßer Schwäche und Burgfriedensfreundlichkeit, sondern weil ein erheblicher Teil der Reichstagsfraktion — ebenso wie der preussischen Landtagsfraktion und wie andere einflussreiche Genossen — in konsequenter Fortbildung der Politik des Durchhaltens, d. h. der hemmungslosen Völkerzerfleischung, auch dieser Eroberungspolitik mit vollem Bewußtsein anhängt.“

Diese Sätze stehen mit der Wahrheit in schroffem Widerspruch. In Wirklichkeit haben Fraktion und Parteileitung von Beginn des Krieges an bis auf den heutigen Tag keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie Gegner einer imperialistischen Eroberungspolitik sind. In der Erklärung der Reichstagsfraktion vom 4. August wird gesagt:

„Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Betrübens herbeigeführt wurde und die Gegensätze unter den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu; wir lehnen sie ab!“

Es wird weiter in der Erklärung der Reichstagsfraktion gesagt, daß wir „jeden Eroberungskrieg“ verurteilen, und es wird hinzugefügt:

„Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.“

Genau den gleichen Standpunkt hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei allen folgenden Reichstagsverhandlungen vertreten. Zuletzt ist dies noch geschehen durch die Rede des Genossen Ebert vom 29. Mai. In der sozialdemokratischen Partei gibt es keinen Parteigenossen, der jemals eine Politik des „Durchhaltens“ im Sinne einer „hemmungslosen Völkerzerfleischung“ vertreten hat.

Wir haben also wiederholt und vor aller Welt bekundet, daß wir die entschiedensten Gegner aller Eroberungspläne sind. Auch außerhalb des Parlaments haben wir, soweit sich dazu die Möglichkeit bot, in dem gleichen Sinne gewirkt. Die Verfasser des Flugblattes wissen das. Trotzdem haben sie jene unwahren Behauptungen in die Welt gesetzt. Das Urteil über ein solches Verfahren überlassen wir den Parteigenossen.

Die Verfasser des Flugblattes wagen weiter zu behaupten, die Reichstagsfraktion im Mai habe die „Vollendung des Zusammenbruchs“ der Politik der Fraktionsmehrheit gebracht. Sie bezeichnen das vom Genossen Ebert abgegebene Bekenntnis zur Politik vom 4. August als ein erneutes Bekenntnis „zur Willfährigkeit gegenüber der Regierung und den herrschenden Klassen“.

Wie stand die Sache des deutschen Volkes in jenen Monaten? Zu den drei gegen uns kämpfenden europäischen Großmächten war die vierte hinzugekommen. Italien war in den Krieg eingetreten. Die zahlenmäßige Uebermacht unserer Gegner hatte eine neue gewaltige Verstärkung erfahren. Die Absperrung der Zentralmächte vom Weltverkehr war damit nahezu vollendet worden. Die ganze militärische und politische Lage hatte sich für Deutschland wieder wesentlich verschärft. Angesichts dieser, durch die Eroberungspolitik Italiens heraufbeschworenen neuen Bedrohung war es einfach unsere Pflicht, erneut zu bekunden, daß wir entschlossen zu unserem Volke stehen und gemeinsam mit ihm alle Kraft einsetzen, um dieser neuen Gefahr Herr zu werden. Das mußten wir tun. Im Interesse unseres Landes und seiner Arbeiterklasse — und nicht den herrschenden Klassen zuliebe, wie jenes Flugblatt behauptet.

Das Flugblatt wirft den leitenden Körperschaften der Partei „Hintertreppchenpolitik“ vor. Was soll dieser giftige Anwurf? Ist es „Hintertreppchenpolitik“, ist es gar „Hintertreppchenpolitik nach dem Muster kapitalistischer Klüngele“, wenn die Vertreter der Partei und der Gewerkschaften das ihnen anvertraute Mandat pflichtmäßig benutzen, um Beschwerden aller Art, die ihnen fortgesetzt aus Parteikreisen zugehen, direkt zur Kenntnis der Behörden zu bringen und sie dort in nachdrücklichster Weise zu vertreten. Sollten sie nicht die Durchführung wirksamer wirtschaftlicher und sozialpolitischer Maßnahmen fordern und vertreten? Gätten sie es ablehnen sollen, einzutreten für die Freigabe unterdrückter Zeitungen, die Entlassung zu Unrecht verhafteter Genossen? Lediglich zu dem Zwecke, Arbeiterinteressen zu vertreten, sind Mitglieder der Partei- und Fraktionsleitung mit Reichsämtern in Verbindung getreten.

Wer etwas anderes behauptet, spricht die Unwahrheit.

Durch eine solche Kampfweise dient man gewiß nicht der sachlichen Verständigung, dadurch untergräbt man lediglich das gegenseitige Vertrauen, vergiftet das gesamte Parteileben.

Besonders höhnt das Flugblatt wegen der Reichstagsrede des Genossen Scheidemann über die Zensur, weil dieser „untertänige Hoffnungen“ auf eine Milderung der Zensur von einer Fürsprache beim Kaiser erwartet habe. Hierzu sei festgestellt, daß in einem Kommandobezirk der die Zensur ausübende General, indem er Vergleichs mit der Handhabung der Zensur in anderen Korpsbezirken zurückwies, erklärte, daß ihm nur der Kaiser etwas zu sagen hätte. Unter ausdrücklicher Berufung darauf hat Scheidemann in seiner Rede am 29. Mai nach dem amtlichen Stenogramm ausgeführt:

„Die Zensurgenerale berufen sich darauf, daß über ihnen niemand als der Kaiser stehe. Wie nun die Dinge einmal liegen, ist das leider richtig. Die Zivilbehörden haben zu unserem Bedauern sich die Macht aus der Hand nehmen lassen. Sie hätten von vornherein viel größeren Widerstand gegen die Behängung des Belagerungszustandes das ganze Reich entgegenzusetzen sollen. Unter den obwaltenden Umständen können wir nun gar nicht anders, als den Wunsch aussprechen, daß sich die Zivilbehörden an den Kaiser wenden mögen, damit er — der einzige Mann, der es nach der Lage der Dinge kann! — den kommandierenden Generalen sagt, daß sie sich nicht gar zu viele — ich will jagen: böse Geschichten von ihren Beratern einbroden lassen.“

Der Reichstagsfraktion wirft das Flugblatt vor, daß sie es abgelehnt habe, gegen den im Vergeltungsprinzip liegenden „Wettlauf der Grausamkeit“ zu protestieren, der die Zivilbevölkerung immer tiefer in die Schrecknisse des Krieges reißt. Ueber die Stellung der Sozialdemokratie zu dem im Wesen des Krieges liegenden Grausamkeiten kann kein Zweifel sein: sie verwirft sie, wie den Krieg selbst. Angesichts der Gefahren, von denen Deutschland umgeben ist, einseitig der deutschen Kriegführung Vorwürfe zu machen, wäre im höchsten Maße ungerath und das deutsche Volk würde für eine solche Art der Kritik kein Verständnis haben. Wenn besonders der Seekrieg grausame Härten gezeigt hat, so bedauern wir das sehr. Der Seekrieg wird leider nach den Grundsätzen geführt, die der englische Seelord Fisher in die Worte gefaßt hat: „Während des Krieges ist Mäßigung Blödsinn“.

Es ist eine Irreführung, wenn das Flugblatt der Opposition behauptet, die von der Sozialdemokratie seit dem 4. August betriebene Politik bedeute „das Kreuz auf dem Grabe des Klassenkampfes“. Denn die Verfasser des Flugblattes wissen sehr gut, daß Reichstagsfraktion und Parteileitung auch während der Dauer des Krieges, soweit das überhaupt möglich ist unter dem durch den Kriegszustand auferlegten Burgfrieden, alles, was in ihren Kräften stand, getan haben, um die wirtschaftlichen und politischen Interessen der deutschen Arbeiterklasse zu sichern. Keine Gelegenheit ist versäumt worden, wenn es galt, in der Frage der Lebensmittelsteuerung, in der Frage der sozialen Fürsorge und in allen mit dem Belagerungszustand im Zusammenhang stehenden Fragen mit aller Energie die wirtschaftlichen und politischen Interessen der breiten Massen des werktätigen Volkes zu vertreten. Daß die Klassengegensätze auch während des Krieges fortbestehen und der Kampf gegen die Klassenherrschaft nach dem Kriege wieder ausleben wird, ist selbstverständlich. Nur Böswillige können behaupten, die Sozialdemokratie habe den Klassenkampf abgeschworen. Die über die notwendigen Grenzen hinausgehende Handhabung des Burgfriedens ist von uns stets entschieden bekämpft worden.

Die Vorbedingung für die erfolgreiche künftige Führung des Klassenkampfes ist aber die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit unseres Landes. Dieser Sicherung zu dienen ist deshalb die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie.

Auf eine Drohung mit der Parteispaltung läuft es letzten Endes hinaus, wenn die Verfasser des Flugblattes am Schlusse erklären, „die Verantwortung für alles, was sonst kommt“, solle den leitenden Instanzen der Partei zu, wenn diese nicht unverzüglich mit der Politik des 4. August brächen.

Jede Drohung, die auf eine Parteispaltung hinführt, ist ein Verbrechen an der Partei, ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterbewegung.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Parteigenossen allerorts deshalb die Gefahr erkennen, die in derartigen Treibereien liegt, und daß sie den Organisationschädlingen ein gebieterisches: „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegenrufen werden.

Nach dem Abschluß des Krieges werden besonders auch in der inneren Politik so wichtige Aufgaben zu lösen sein, wie das seit der Gründung des Deutschen Reiches noch niemals der Fall war. Wir denken an die Verteilung der Lasten, die dieser Weltkrieg dauernd dem Volke auferlegt wird, an die Schwierigkeiten bei der Fortführung der Sozialpolitik, an die großen wirtschaftlichen Kämpfe, an die Reformen, die es auf dem Gebiete des Verfassungswesens durchzuführen gilt. In der kommenden Zeit wird der deutschen Arbeiterklasse eine starke einig Sozialdemokratie nötiger sein denn je.

Berlin, den 28. Juni 1915.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Politische Uebersicht.

Die Notwendigkeit der Wahlreform in Preußen.

Sämtliche bürgerlichen Parteien haben bei der letzten Landtagsstagung eine Erörterung der brennenden Wahlrechtsfrage abgelehnt. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Böhm erhebt nun im „Deutschen Kurier“ von neuem Vorwürfe gegen die Regierung, daß sie nicht die Initiative in dieser Frage ergriffen habe. Böhm erinnert an seinen früheren Artikel, in dem er der Regierung diesen Weg nahegelegt hatte:

„Die Regierung mußte die Führung übernehmen, aus dem Streite der Parteien war natürlich kein positives Ergebnis zu erwarten. Es war hier ferner die Ueberzeugung ausgesprochen worden, daß es der Staatsregierung unendlich leichter werden würde, in dem gegenwärtigen Zeitpunkt bei erstem Willen und unter Anwendung aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel eine Reform zu erzwingen, als in der Zeit erneuter Parteikämpfe nach Friedensschluß, in einer Zeit völliger Freiheit der Presse. Die Macht, die jetzt in den Händen des Staates liegt, wäre ohne Frage für ihn eine gewaltige Hilfe auch auf diesem Gebiete gewesen.“

Die Regierung hat den günstigen Augenblick nicht benutzt und wird nach Beendigung des Krieges vor einer Aufgabe stehen, die deshalb, weil dann Autorität und Machtmittel unendlich geringer sind, zu ungleich größeren Schwierigkeiten für sie führen dürfte.“

Dr. Böhm hält die Reform für dringlich, um „den bisher abseits stehenden größten Teil der Arbeiterschaft als mitarbeitenden, aber auch mitbestimmenden Faktor“ in unser öffentliches Leben einzufügen, um dadurch spätere ernstere Konflikte zu vermeiden. Dr. Böhm glaubt offenbar an eine Fortsetzung des „Burgfriedens“ auch über den Krieg hinaus, wenn man nur jetzt gewisse Konzessionen an die Arbeiterschaft mache:

„Ist es denkbar, daß diese Masse, die so praktisch an dem bestehenden Staat mitarbeitet, daß ihr Zentralorgan Tag für Tag laum die Anzeigen lassen kann, die dort Zeugnis legen von der Hülfe der Opfer, die auch diese Schicht bringen muß, nunmehr, sobald die Friedensglöden läuten, die unendlich leichtere Friedensarbeit ablehnt, weil dann auf einmal wieder der ehrene Grundfay erscheint, daß dieser Staat und diese Gesellschaft erst zugrunde gehen müssen, bevor sie eines Umbaus gewürdigt werden? Das sind Theorien, die heute schon praktisch tot sind, die mit dem Augenblick auch verflammen, in dem im Innern die Millionen mitreden, die heute in den Schützengräben leben.“

Aber selbst die Hoffnung auf innerliche Wandlung der sozialdemokratischen Massen hat bekanntlich die bürgerlichen Parteien im Landtage nicht abgehalten, die Einräumung der politischen Gleichberechtigung nach wie vor zu verweigern.

„Kampf ohne Gnade“.

Uns wird von einem Philologen geschrieben: Im Aufruf des Parteivorstandes vom 26. Juni findet sich u. a. ein Hinweis auf eine Äußerung Vivianis, die als „Proklamation des Kampfes bis zum Weißbluten“ bezeichnet wird. Viviani soll danach am 22. Dezember 1914 in der französischen Deputiertenkammer gesagt haben:

„In der jetzigen Stunde ist nur eine Politik möglich: Kampf ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen Frieden gesicherten Befreiung Europas.“

Im Anschluß daran wird der sozialistischen Kammerfraktion und dem sozialdemokratischen Parteivorstand der Vorwurf gemacht, daß sie gegen diese Losung des Kampfes ohne Gnade kein Wort des Widerspruches erhoben hätten.

In Wirklichkeit handelt es sich hier um ein einfaches Mißverständnis, welches auf einer ungenauen Uebersetzung beruht, die seinerzeit sämtliche deutsche Leser über den Tatbestand irreführt hat. Viviani gebrauchte den Ausdruck „combat sans merci“, der höchstens „erbitterter Kampf“ bedeutet (siehe Vb. XI, S. 57 des großen Wörterbuches von Pierre Larousse). Sollte die Viviani in den Mund gelegte Losung des „Kampfes ohne Gnade“ stimmen, so hätte er den Ausdruck „grace, pitié, pardon oder clémence“ gebrauchen müssen.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat die Korrektur „erbitterter Kampf“ nachträglich in indirekter Form gebracht. Jetzt, wo von dieser Erklärung Vivianis nochmals Gebrauch gemacht wurde, ist es notwendig, daß das dargelegte Mißverständnis ausdrücklich festgestellt wird.

„Befürchtung“.

Auf eine Beschwerde ist der nachfolgende Bescheid erteilt worden:

Königl. Landrat.
J. - Nr. 4626 L. Bittenberg, den 18. Juni 1915.

Auf die hier zu Protokoll gegebene Beschwerde vom 12. d. R. eröffne ich Ihnen ergebenst, daß ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage bin, die von Ihnen erbetene Erlaubnis zur Abhaltung einer Mitgliederversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes zu erteilen.

Nach den angestellten Ermittlungen ist zu befürchten, daß die beabsichtigte Versammlung nicht nur der Befriedigung der auf den ... Berken und den dort entstehenden ... Berken herrschenden Arbeiter- und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie in Ihrer Erklärung angegeben, dienen, sondern auch dazu verwendet werden wird, für den von Ihnen vertretenen Verband Mitglieder zu werben sowie Unzufriedenheit mit den bestehenden staatlichen und sozialen Verhältnissen unter den Arbeitern zu verbreiten. Es muß daher bei dem Ihnen von dem Herrn Amtsvorsteher in Klein-Bittenberg erteilten Bescheid sein Bewenden behalten.

An den
Gewerkschaftssekretär
Herrn Wilhelm Briedenau
in Biebertzig.

b. Trotha.

Sandfuchungen.

In den Redaktionsräumen der „Vergiftigen Arbeiterstimme“ in Solingen und in den Privatwohnungen der Redakteure Dittmann und Merkel wurde am Montag von der Polizei nach dem bekanteten an Parteivorstand und Reichstagsfraktion adressierten Flugblatt gehausucht. Gefunden wurde nichts.

Dienstag, den 29. Juni, früh, wurden in Düsseldorf bei sechs Genossen und einer Genossin durch Beamte der politischen Polizei Hausdurchsuchungen vorgenommen, ebenso bei einigen Genossen im Landkreise. Gesucht wurde nach Flugblättern und Broschüren, u. a. auch nach dem Friedensaufruf des Parteivorstandes, der nach Angabe eines der Beamten auch als Flugblatt herausgegeben worden sei. Am Dienstag nahm die Polizei in den Privatwohnungen aller Vorstandsmitglieder des Sozialdemokratischen Vereins, im Parteibureau, im Arbeitersekretariat, im Metallarbeiterbureau und in der Arbeiterzeitung in Remscheid Hausdurchsuchungen vor. Gesucht wurde nach dem bereits mehrmals erwähnten Flugblatt vom 9. Juni, das an die Adresse des deutschen Parteivorstandes gerichtet ist. Gefunden wurde ein Privatexemplar eines Genossen. Das war die dritte Hausdurchsuchung in der Zeit von 14 Tagen.

In Düsseldorf wurden am Dienstag die Hausdurchsuchungen fortgesetzt, so besonders im Parteigeschäft. Diesmal galt die Durchsuchung ausschließlich dem angeblich vom Parteivorstand herausgegebenen Flugblatt „Sozialdemokratie und Frieden“. Gefunden wurde, wie am Tage zuvor, wieder nichts. Von der Polizei wurde noch ausdrücklich erklärt, daß das Flugblatt weder gedruckt noch verbreitet werden dürfe.

Hausdurchsuchungen mit demselben ergebnislosen Erfolg fanden in Arefeld statt.

Kriegsgegner in England.

Neben den britischen Sozialisten der Unabhängigen Arbeiterpartei, wirkt im Sinne des Friedens in England die Union für demokratische Kontrolle, der auch einflussreiche bürgerliche Kreise angehören. Von der Propaganda der englischen Friedensfreunde hat man in Deutschland keine rechte Vorstellung, zumal wenn man die englischen Zensurverhältnisse denen auf dem Festlande gleichsetzt. In Wirklichkeit herrscht in England freie Diskussion über Kriegs- und Friedensziele. Auch für die direkte Agitation gegen den Krieg bestehen daher dort alle Möglichkeiten. Eine sehr wertvolle Sammlung solcher englischen Antikriegs-Schriften gibt der Verlag Virk u. Co., München, unter dem Titel „Kriegsgegner in England“ (68 Seiten, Preis 50 Pf.) heraus. Es enthält die Uebersetzung von 20 Aufrufen der kriegsgegnerischen Organisationen und Artikeln aus englischen Zeitungen. Das Wortwort erhofft nicht ohne Grund, daß die Artikel ihren Eindruck auf den deutschen Leser nicht verfehlen werden, weil die Sachlichkeit und Menschlichkeit, welche sie auszeichnen, an dieselben Eigenschaften bei ihm appellieren.

Die dritte deutsche Kriegsanleihe.

Durch die „Nordd. Allg. Ztg.“ und durch Wolffs Telegraphenbureau ist ausführlich über eine Unterredung berichtet worden, die Staatssekretär des Reichsschatzamt Dr. Helfferich mit einem Journalisten über die englische Kriegsanleihe gehabt hat. Offenbar hat es sich hierbei aber lediglich um die Ankündigung der dritten deutschen Kriegsanleihe gehandelt. Helfferich sagte u. a.: Wir haben bisher mit unsern beiden Kriegsanleihen rund 13 500 Millionen Mark = 660 Millionen Pfund Sterling aufgebracht gegenüber einem bisherigen Anleihergebnis von 331 Millionen Pfund Sterling bei den Engländern. Unsern weiteren Bedarf werden wir auf demselben geraden und einfachen Wege der Begebung fünfprozentiger Kriegsanleihen decken. Wir brauchen keine künstlichen Reizmittel. Vielleicht können wir den Ausgabekurs der dritten Kriegsanleihe wieder etwas höher setzen. — Die „Berl. Neuest. Nachr.“ können nun versichern, daß die Neuierungen des Staatssekretärs Helfferich in Bank- und Börsenkreisen recht guten Eindruck gemacht haben. Daß eine dritte deutsche Kriegsanleihe — vielleicht zum Herbst — nötig wird, sei bekannt. Recht erfreulich sei aber, daß der Kurs für die dritte Anleihe abermals eine Erhöhung erfahren dürfte.

Familienunterstützung.

In Erläuterung der Ziffer 1 des Runderlasses vom 28. April d. J. betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst getretener Mannschaften (N. B. Bl. S. 269) wird bemerkt, daß vom 1. Mai d. J. ab auch die erwerbsunfähigen Eltern und Großeltern derjenigen aktiven Mannschaften zu unterstützen sind, die in Friedenszeiten als deren einzige Ernährer gemäß § 32, 2a der Wehrordnung zurückgestellt worden wären, die aber wegen des Krieges und mit Rücksicht auf § 99, 1 a. a. D. nicht reklamiert worden sind. Diese Voraussetzung für die Unterstützungsbewilligung muß in jedem Einzelfall vom dem Zivilvorstand der zuständigen Erfassungskommission anerkannt sein und die betreffenden Mannschaften müssen ihren erwerbsunfähigen Eltern und Großeltern tatsächlich Unterstützung gewährt haben. — Vorstehender Erlaß des Ministers des Innern wird vom Kriegsministerium zur Kenntnis der Armee gebracht. Ausweise in Familienunterstützungsangelegenheiten sind künftig allen aktiv dienenden Mannschaften — für die rückliegende Zeit nur auf Antrag — auszuhandigen. Die ursprünglich vorgeschriebene Aufführung aller unterstützungsberechtigten Familienangehörigen auf der Rückseite der Ausweise fällt fort.

Beschlagnahme von Luftweiß.

Der Reichskanzler hat auf Grund des Patentgesetzes vom 7. April 1891 alle durch Patente geschützten oder noch zu schützenden Verfahren zur Herstellung von Eiweiß mit Hilfe der Gase (aus der Luft), beschlagnahmt. Damit soll die Sicherherstellung der Massenerzeugung von Eiweiß für Nahrungs- und Futtermittelzwecke für die Zukunft gewährleistet werden.

Das Lob der Armen.

In hohen Tönen preisen französische Blätter die Taten und Leistungen der armen Proletarier in der Armee. So schreibt der „Gaulois“:

„Unter denen, die sich schlagen, verdienen noch die meiste Bewunderung die Armen, denn sie sind die einzigen, die nichts zu verteidigen haben — als das Vaterland.“

Im „Echo de Paris“ begeistert sich der Mademiter Maurice Barrès für die Jüglinge der „öffentlichen Unterstützung“:

„Die Kinder der öffentlichen Unterstützung zeigen, daß sie dieser Fürsorge wert sind. Denn die Tabelle . . . weist für das Seine-Departement 619 Namen von Freiwilligen auf. 383 sind auf dem Felde der Ehre gefallen, 694 wurden verwundet, einer ist Ritter der Ehrenlegion, acht haben die Militärmedaille erhalten, acht wurden zu Offizieren ernannt . . . Ihre Wiege stand in einem Verwaltungsbureau. Das verteidigen sie.“

Im „Intransigent“ schwärmt ein Poet:

„Wenn meine Leiter aus grünem Holze klängvollere Saiten hätte, würde ich die armen Kamenlosen besingen, die um so heldenhafter waren, als sie wußten, daß man sie nicht kannte. Diese Jungen von der Scholle, von der See und aus der Fabrik, die ein Ideal einen einzigen Augenblick lang mit seiner sonnigen Klarheit erleuchtete, und die gefordert sind wie sie gelebt haben: im Dunkel des Unbekanntseins.“

Zu diesen Preisgeängigen bemerkt die „Bataille Syndicaliste“:

„Niemand sind die Armen mit so viel Lobsprüchen bedacht worden als in diesen Kriegsjahren. Niemand hat man bei ihnen so viel Tugenden entdekt. Sie konnten im Laufe ihres elenden und düsteren Paradiesens hundertmal mehr Heroismus entwickeln, als sie auf dem Schlachtfelde gezeigt haben: niemand hat es bemerkt, niemand ist ihnen zu Hilfe gekommen, niemand hat ihren Ruhm verstanden.“

Da kommt der Krieg, und alles ändert sich. Der niedrige Arbeiter erscheint plötzlich der Bewunderung wert, und die Zeitungen singen sein Lob.

Nicht wahr, das ist ein Gegenstand zum Nachdenken für die Arbeiter.“

Die Gemeindevahlen in Holland.

Aus Amsterdam schreibt man uns: In der ersten Juliwoche erneuern die holländischen Gemeindevvertretungen ein Drittel ihrer Mitglieder. Bis zum 29. Juni müßten die Kandidaten nominiert sein. Die Wahlbewegung ist diesmal, ohne gerade leidenschaftlich zu sein, recht lebhaft. Der Burgfrieden, für den bei manchen bürgerlichen Parteien Stimmung vorhanden war, ist nicht bewahrt worden, vor allem infolge des Entschlusses der Arbeiterpartei, im Hinblick auf die wichtigen Probleme, die den Gemeinden in der nächsten Zukunft gestellt sein werden, ihren Einfluß in den kommunalen Körperschaften möglichst zu vergrößern. Ramentlich ist es in Amsterdam, wo unsere Genossen, die den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen, auf Erfolge rechnen. Die sozialistische Fraktion besaß bisher ein Drittel der Sitze, nämlich 15. Die Genossen hoffen auf einen Gewinn von zwei, vielleicht auch mehr Mandaten. Die bürgerlichen Parteien gehen in den Amsterdamer Bezirken, wie auch sonst im Lande, mit einer nach den lokalen Verhältnissen wechselnden Taktik vor, teils mit Wahrung des bisherigen Bestandes, teils in mehr oder minder weit reichenden Koalitionen, teils auch mit selbständigem Wettbewerb.

Vom Ergebnis der Wahlen hängt besonders auch die Art der Dedung der den Gemeinden durch den Krieg entstandenen finanziellen Lasten ab. Die bürgerlichen Parteien sind im ganzen und großen für Steuerzuschläge, die Arbeiterpartei fordert eine von den Befragenden zu tragende einmalige Abgabe.

Die Opposition in Frankreich.

Der „Berliner Tagwacht“ wird aus Paris geschrieben:

Der Bericht der Parteiföderation Haute Vienne wird allem Anschein nach zum Wendepunkt in der Geschichte der französischen sozialistischen Bewegung seit dem Ausbruch des Krieges werden. Nun erst beginnt sich die Opposition als bedeutende Kraft im Organismus der Partei zu konstituieren. Bis jetzt haben wir nur mit schwachen Regungen des oppositionellen Geistes zu tun gehabt, ausgenommen die syndikalistischen Kreise, denen in der Person des Genossen Ronatte das französische Proletariat zur Rettung seiner Ehre zur Zeit des größten Notstandes verpflichtet ist. Ricod, der als erster gegen den Nationalismus der Parteizentren auftrat, konnte sich nur auf eine schwache provinzielle Gruppe (die Föderation des Departements Ain) stützen, deren Blatt nach der „Verbannung“ des Genossen Ricod in die Kaserne seinen Kampfscharakter wieder verlor. Auf der Februar-Konferenz der Departementssekretäre der Parteiföderationen, die vor der Londoner Konferenz der „Tripelente-Sozialisten“ stattfand, trat neben Ricod noch der Abgeordnete des Departements Isère (Hauptstadt Grenoble) Raffin-Dujance als Vertreter der Opposition auf. Er vertrat schon eine sehr starke quieszente Parteiorganisation, konnte aber zu dieser Zeit noch auf keine klare Position der Letzteren sich stützen; sie folgte, durch die allgemeine Mobilisation blutlos geworden, wie die übrigen Parteiorganisationen, passiv den Spigen der Partei.

Die Politik des Burgfriedens, des Friedens zwischen den Parteien, die in der Teilnahme am Ministerium der „nationalen Verteidigung“ ihren Ausdruck fand, mußte in den Arbeitermassen, schon unabhängig von den Erfahrungen des Krieges selbst, eine Reaktion hervorrufen.

Die französischen Sozialisten waren gezwungen, von einer wirklichen, nicht nur platonischen Verteidigung der Interessen des Proletariats und der bürgerlichen Freiheiten Abstand zu nehmen, obwohl diese von der republikanischen Regierung fortwährend mit Füssen getreten wurden. Die Teilnahme an der parlamentarischen Kontrolle, die Ausübung des Interpellationsrechts wurden zu einer Fiktion, und die Partei, die sich eingebildet hat, daß die bürgerliche Gesellschaft sie nun endlich als politischen Faktor gleichen Rechtes anerkannt habe, sah sich kraftlos, ihre Presse vor der reaktionären Zensur, ihre Mitglieder vor den Verfolgungen der Polizei und der Militärgewalt zu verteidigen, sowie die Arbeiter von der schamlosesten Behandlung seitens der Bourgeoisie in allen den Fällen zu schützen, wo es die vom Kriege verlangten Opfer zu verteidigen galt.

Es ist ganz natürlich, daß die ersten Proteste aus den Parteikreisen, die noch von der Ideologie des Sozialpatriotismus hypnotisiert sind, sich nicht gegen die Teilnahme des Sozialismus am Kriege selbst auflehnten, sondern gegen die mit dieser Teilnahme verbundene Entzweiung von einer oppositionellen Taktik in der inneren Politik.

Als die parlamentarische Fraktion die Verfassung Albert Thomas zum Staatssekretär im Kriegsministerium erörterte — die Verfassung, die, Notabene gelagt, nur das eine Ziel verfolgte, die Sozialisten in bezug auf ihre sehr unangenehm gewordene Kritik des Kriegsministeriums zu binden, des Ministeriums, das als Hort der Militaristen und der Reaktionäre angesehen werden muß und das besonders hinsichtlich der skandalösen Kriegslieferungsbedingungen kompromittiert worden war —, als also die Fraktion die genannte Verfassung erörterte, trat gegen diese eine ganze Reihe von Abgeordneten auf, und ihre Annahme wurde nur auf das energische Drängen Guesdes und Sembats mit 41 gegen 18 Stimmen beschlossen. Unter denen, die dagegen gestimmt haben, waren sogar solche vom Anbeginn des Krieges dem Nationalismus mit Haut und Haar ergebene Führer wie Compère Morel.

In der Parteipresse hat das Blatt von Limoges, der „Populaire du Centre“, den Fraktionsbeschluss offen kritisiert, indem er erklärte, daß man zu Anfang des Krieges noch mit bestem Gewissen Illusionen über die Bedeutung der Teilnahme am Ministerium haben konnte, daß aber jetzt die Erfahrungen mit Guesde und Sembat die Partei zu einer strikten Ablehnung des Ministerialismus zwingen.

Dieses Auftreten war die Fortsetzung einer vorsichtigen oppositionellen Kritik, die in dem Blatt von Limoges schon seit einigen Monaten von einem namhaften Guesdisten, Paul Fort, geführt wird. Seiner eifrigen Propaganda ist auch die Kundgebung zu verdanken, die von der Föderation Haute Vienne veranstaltet wurde und die auf die Parteispigen den Eindruck einer unerwartet geplatzten Granate machte. Dieser Eindruck war um so stärker, da

die Föderation Haute Vienne eine der größten in der Partei ist. Nach Paris und Lille-Noubaig besitzt Limoges die stärkste Parteiorganisation. Von den sechs Abgeordneten des Departements Haute Vienne sind vier Sozialisten. Dabei ist Limoges, ähnlich wie Lille, ein Hort des Guesdismus und seine „Erhebung“ ist um so symptomatischer, als Jules Guesde und die Spigen der französischen Marxisten zu den tätigen Propagandisten der Versöhnung des Proletariats mit dem Kriege geworden waren.

In der Sitzung der permanenten Verwaltungskommission der Partei, in der der Bericht der Föderation Haute Vienne zur Sprache kam, wurde der „Aufruf“ der Sozialisten von Limoges vom alten Führer der französischen Marxisten, Jules Guesde, sowie auch von E. Vaillant in der schärfsten Weise beurteilt. Es wurde beschlossen, eine Antwort auf die im genannten Bericht enthaltene Kritik der Partei auszuarbeiten und an die Organisation zu versenden.

Im lokalen Pariser Föderationskomitee verurteilte E. Vaillant, der Versendung des Berichtes, der von der französischen Parteipresse noch nicht veröffentlicht ist, an die Sektionen der Pariser Rapous entgegenzutreten. Im Laufe der Debatte erklärte ein altes Mitglied des Komitees: Wenn beschlossen wird, den Bericht nicht zu versenden, so werden die Pariser Arbeiter die russische Sprache erlernen müssen, um zu erfahren, was sich in der französischen sozialistischen Partei ereignet. Der Bericht der Haute Vienne, den weder die „Humanité“ noch die „Guerre Sociale“ auch nur mit einem Worte erwähnten, wurde ja nur in dem russischen sozialdemokratischen Blatt „Rasche Slowo“ veröffentlicht. Allein die Tatsache, daß ein oppositionelles Parteidokument eben auf diesem Wege in die Öffentlichkeit gelangte, hat die Führer fürchterlich blüht. Ihre Verlegenheit und Enttäuschung wurden noch größer als bekannt wurde, daß der Bericht in der „Berliner Tagwacht“ erschienen ist.

Das Pariser Föderationskomitee hat aber doch beschlossen, den Bericht an die Sektionen zu versenden, wo seine Erörterung schon begonnen hat. Diese Erörterung hat gezeigt, daß es überall nicht an Elementen mangelt, die nur auf das Zeichen warten, um ihre tiefe Enttäuschung über die offizielle Politik der Partei zu bezeugen und zu formulieren.

In der Provinz hat diese Enttäuschung, wie es scheint, noch breitere Kreise erfaßt, und so weit uns bekannt, wird eine Reihe von Organisationen den Lösungen von Limoges sich anschließen. Das hat die Föderation Aube (Hauptstadt Troyes) schon beschlossen. Diese Föderation wird ebenfalls zu den quieszenten gezählt. Was aber besonders charakteristisch ist, das ist die Tatsache, daß das Departement Aube im Gebiet der Kriegsoperationen gelegen und eines seiner Teile sogar von der deutschen Armee besetzt ist.

Die chauvinistische Presse läuft schon Sturm. Das „Echo de Paris“ und „Bonnet Rouge“ haben Artikel über die „Ränke der Pazifisten“ gebracht, die eine Kampagne zugunsten des Friedens organisieren wollen.

Um die begonnene Bewegung zum Stehen zu bringen, gedenken die Parteizentren im Juli den Nationalrat der Partei einzuberufen, damit er mit seiner Mehrheit ihre Politik des verflochtenen Jahres sanktioniere. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß sie sich verrechnen werden. Der Nationalrat wird zu einer Arena werden, auf welcher sehr wohl eine geschlossene Minderheit sich schließlich formieren und vereinigen könnte.

In den syndikalistischen Kreisen schreitet die Bewegung immer weiter und wird immer stärker. Nachdem der Verband der Lyoner Syndikate — Lyon ist nach Paris das erste syndikalistische Zentrum — eine Reihe von Versammlungen einberufen hat, in welchen dem eingeladenen Referenten Rerheim das Vertrauen ausgesprochen und die Solidarität der Versammelten mit seiner Tätigkeit im Allgemeinen Arbeitsverband (Confédération générale du travail) bezeugt wurde, hat nun auch der Verband der Syndikate eines anderen großen industriellen Zentrums, St. Etienne, einstimmig beschlossen, demselben Rerheim sein Vertrauen auszusprechen und ihm von neuem das Mandat für die Vertretung dieses Verbandes im Komitee der Konföderation anzuvertrauen.

Alles spricht dafür, daß in einer nicht ferneren Zukunft das von der bürgerlichen Presse so schön gefärbte Joub des französischen Burgfriedens durch die ersten bedeutenden Symptome der Verschärfung des Klassenkampfes geföhrt sein wird . . .

Zu dem gleichen Thema wird dem „Völkler „Vorwärts“ unter dem Titel „Sozialistische Stimmung in Frankreich“ aus Paris geschrieben:

Man darf aus den Kundgebungen einzelner Führer nicht auf die Stimmung der Masse der Parteimitglieder schließen. Wir erinnern zunächst daran, daß die sozialistische Partei Frankreichs und die Partei Belgiens erst recht durch den Krieg völlig desorganisiert worden sind. Alle entscheidenden Beschlüsse sind von der Parteifraktion und dem Exekutivauschuß geföhrt worden, ohne daß die Parteimitglieder dazu Stellung nehmen konnten. Es ist möglich, es ist sogar höchstwahrscheinlich, daß die Parteimehrheit diese Beschlüsse der höchsten Parteikörperchaften gebilligt haben würde. Denn der Eintritt von Sembat und Guesde gilt nicht als eine politische Teilnahme an der Regierung, sondern nur als der ekkatanteste Beweis, daß die Sozialisten entschlossen sind, ihre Pflicht bei der Verteidigung des angegriffenen Vaterlandes zu tun. Daß sie sich damit solidarisch mit der Regierung erklärten und ihre eigene Aktion an die Regierung banden, das zu erkennen, dazu fehlte es damals, als die Deutschen vor Paris standen, an der nötigen geistigen Ruhe.

Seitdem hat sich ein immer breiter werdender Spalt zwischen der Masse der Parteianhänger und ihrer Führer aufgetan. Zunächst hatte man geglaubt, daß der Krieg nur von kurzer Dauer sein werde. Das Lösungswort war: „Für die Freiheit und Unabhängigkeit aller Nationen, auch der deutschen; Krieg dem Kriege.“

Die Rückschläge der Reaktion, die Kriegshereien, die die Regierung gewähren ließ, brachten die erste Verstimmung. Die Haltung Anlands gegenüber den nationalen Widerheiten und den Sozialisten stieß gleichfalls viele vor den Kopf, die Nebendarten von dem Frieden, der nicht eher als in Berlin ditiert werden dürfte, machten erst recht bedenklich. Je mehr sich der Krieg hinzog, desto häufiger stellte man sich die Frage: „Was kann der Sozialismus, was kann das französische Volk dabei gewinnen?“ Das Mißtrauen in die offiziellen Verkündigungen, daß man nur einen Verteidigungskrieg führe, trah sich ein . . .

Wen täuscht man? Das ist der Grundton der Kommentare, die in den Parteiversammlungen immer häufiger zu hören waren. Die Ablehnung der Parteileitung, mit der Internationale eine gemeinsame Friedensaktion zu unternehmen, bestimmte vollends. Die Verurteilungen auf einen baldigen siegreichen Frieden jogten immer weniger. Gegenwärtig wird in allen französischen Parteiorganisationen ein Antrag der Organisation des Departements Haute-Vienne, einer der stärksten Organisationen Frankreichs, beraten, der verlangt, die französische Partei solle ihren ablehnenden Standpunkt zur Rekonstitution der Internationale aufgeben.

Es ist möglich, sogar sehr wahrscheinlich, daß die Mehrheit der Partei sich für den Antrag erklärt. Es erscheint jedoch noch sehr zweifelhaft, ob trotzdem der Nationalrat — eine direkte Vertretung der Departementsverbände — in diesem Sinne entscheiden wird. Einem solchen Entschluß stehen verschiedene moralisch schwerwiegende Hindernisse im Weg . . .

Aber selbst wenn das Mißtrauen in der deutschen Sozialdemokratie weggeräumt werden könnte, bliebe immer noch die große Schwierigkeit, daß die französische Sozialdemokratie offiziell in der französischen Regierung vertreten ist, was der ersten vorläufigen Teilnahme an einer internationalen Aktion so gut wie unmöglich macht. Diese Schwierigkeit könnte nicht gelöst, sondern nur umgangen oder gewaltsam durchbrochen werden . . .

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Teillaffordlöbne für Militärschneiderarbeiten.

Waffenrod (neue Art).

Einrichten	30 Pf.
Steppen:	
Taschen machen	40
Zusammensetzen, Rücken machen, Schößtaschen und Biese an der vorderen Kante annähen	50
Futter machen mit Verbandtaschen	30
Kermel machen mit Lige	35
Untertragen absteppen	10
Obertragen Biese annähen und steppen	10
Kanten steppen	10
Kragen aufnähen und durchsteppen	5
Kermel einnähen	5

Handarbeit:

Teile Passon schneiden	25
Kanten umheften und Futter einheften	55
Seiten- und Taillenhaken aufnähen und einlegen	60
Taschenriegel	10
Kermel Futter unterziehen und Riegel	25
Obertragen und Untertragen Passon schneiden	12
Obertragen umheften und aufsetzen	25
2 Paar Haken und Dosen an den Kragen annähen	20
Kermel zurechtschneiden und einheften	15
Ausfertigen, Kragen- und Kermelfutter staffieren, Futter staffieren, Riegel am Futter und Knopflöcher	70
Knöpfe annähen, auch auf Achseln, an den Kragen, Taschen, Kermel- und Kragenlige annähen	25
Knopflöcher	24

Bügeln:

Vorbügeln aller Räfte, Teile einbügeln, Kragen und Kermel abbügeln	45
Abbügeln	35
Für die untere Kante umheften sind extra zu bezahlen	15

Inf. Mantel für

Mantel für

Verittene

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

Arbeitszeitverkürzung für 124 Personen von 197 Stunden die Woche und für 1166 Personen eine Lohnerhöhung von 2175 M. die Woche. 8 Tarifverträge wurden neu abgeschlossen.

Auch während der Kriegszeit hat der Verband seine Tätigkeit zur Abwehr von Verschlechterungen und Erreichung von Verbesserungen energisch und erfolgreich fortgesetzt. Besonders viel Arbeit verursachten die Differenzen mit Besitzern von Privatgärten, die sich vielfach auf alle erdenkliche Weise ihren Verpflichtungen den Familien der Einberufenen gegenüber, die fast ausschließlich freie Wohnung beim Arbeitgeber haben, entziehen wollten. In mehreren Fällen mußte das Gericht in Anspruch genommen werden.

Besonderes Augenmerk richtet die Verbandsleitung auf die Aufrechterhaltung der Verbindungen mit den Militärkollegen. An 1800 Mitglieder wird regelmäßig die Verbandzeitung geschickt, wodurch eine rege und feste Verbindung geschaffen ist. Dadurch wird der Wiederaufbau des Verbandes bei Kriegsende bedeutend gefördert.

Hat der Krieg die Reiben des Verbandes auch bedeutend geschwächt, so hat er die Existenz der Organisation doch nicht in Frage gestellt; die ist gesichert. Wenn etwas die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation bewiesen hat, so die jetzige Kriegszeit. Vielmehr wie zu Friedenszeiten ist jetzt die Gewerkschaft die Hüterin der Interessen der Arbeiter. Das hat auch einer unserer kleinsten Zentralverbände, wozu der Verband der Gärtner zählt, bewiesen.

Doppelte Buchführung.

Am 20. Juni 1914 brachte unser Rattowitzer Parteiblatt, die „Freie Presse“, einen Artikel, dessen Inhalt auf den Angaben von zwei Abrechnungen des Zentralverbandes der polnischen Gewerkschaften beruhte, nämlich der öffentlichen Jahresabrechnung und einer streng vertraulichen Abrechnung, die nur ganz wenigen Personen zugesandt worden war.

In der für die breite Öffentlichkeit bestimmten Abrechnung wurde das Vermögen auf 743 486,42 M. angegeben, während es nach dem Geheimbericht nur 90 305,43 M. betragen sollte. Es ergab sich also eine Vermögensdifferenz von 653 182 M. An diese sonderbaren Abrechnungen knüpfte die „Freie Presse“ einige Kommentare; dadurch kühlte sich der Zentralvorstand der polnischen Berufsvereinigungen und drei Herren vom Vorstand erhoben Privatklage. Nachdem schon wiederholt Verhandlungen vor dem Schöffengericht in Rattowitz stattgefunden hatten, kam jetzt endlich die Sache zum Abschluß.

Ein vom Gericht herangezogener Sachverständiger und vereidigter Revisor kam in seinem ausführlichen Gutachten zu dem Schluß, daß, wenn er beide Abrechnungen bekommen hätte, er zu derselben Auffassung gekommen wäre, wie der angeklagte Redakteur, nämlich, daß sie nicht übereinstimmen, sondern differieren und das wirkliche Vermögen nur 90 305 M. betrage.

Das Gericht kam nach eingehender Beratung zum Freispruch. Es hob in seiner Urteilsbegründung hervor: Das Gutachten des Sachverständigen sei überzeugend und unparteiisch. Der Angeklagte sei berechtigt gewesen zu fragen, wo ist die Differenz, die zwischen beiden Abrechnungen besteht. Daß er den Geheimbericht für besonders wahr gehalten und das in seinem Artikel hervorgehoben habe, entspreche der allgemeinen Auffassung über Mitteilungen, die nur vertrauten Personen gemacht würden. Der Geheimbericht sei tatsächlich an nur wenige Vertrauenspersonen des Zentralverbandes geschickt worden. Besonders in Betracht zu ziehen sei, daß die Kläger bis heute noch nichts unternommen hätten, um die Widersprüche, die zwischen beiden Abrechnungen beständen, aufzuklären. Dazu seien sie zum mindesten verpflichtet gewesen, denn sie ständen einer großen Vereinigung vor und müßten sich auch die öffentliche Kontrolle gefallen lassen.

Von den Werkvereinen.

Das erste Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“, das soeben erschienen ist, bringt auch eine Zusammenstellung über die Werkvereine. Als bemerkenswertestes Ergebnis des Jahres 1913 wird die Absonderung der „Berliner Richtung“ bezeichnet, die durch die verschiedenartige Stellung auf sozialpolitischem Gebiete hervorgerufen worden sei. Insgesamt waren Ende 1913 in den verschiedenen wirtschaftsfriedlichen Verbänden 1130 Vereine mit 273 725 ordentlichen Mitgliedern vereinigt gegen 895 Vereine mit 219 480 Mitgliedern im Jahre 1912. Von diesen Mitgliedern gehörten 57 Proz. Vereinen mit über 1000 Mitgliedern an, was darauf zurückzuführen ist, daß im allgemeinen die Form der Betriebsorganisation vorherrschend ist.

Die Tatsache, daß die Werkvereine zum großen Teil mit Unternehmern hochgehalten werden, geht drastisch aus den Einnahmen hervor. So betrug z. B. die Einnahme der dem Hauptauschusse nationaler Arbeiter- und Berufsverbände angeschlossenen Vereinigungen 1 456 819 M., wovon nur 861 017 M. Pflichtbeiträge von ordentlichen Mitgliedern sich befinden, während 625 802 M. aus „anderen Quellen“ stammen.

Die Gesamtausgaben obiger Vereine beliefen sich auf 1 213 016 M. Es ergibt sich somit, daß, wenn die Unternehmer ihre gebende Hand einmal fortziehen würden, die Werkvereine ihre Beiträge um mindestens 50 Proz. steigern müßten, wollten sie auch nur das Unterstufungsweien in der heutigen Form beibehalten.

Die Gesamteinnahme aller wirtschaftsfriedlichen Vereine betrug 2 717 544 M., die Gesamtausgabe 2 137 050 M., der Vermögensbestand 2 714 098 M.

Ausland.

Arbeitslosigkeit im schweizerischen Buchdruckgewerbe.

Der Schweizerische Typographenbund hat im 1. Vierteljahr 1915 nicht weniger als 75 868 Fr. im ganzen ersten Halbjahr 1914. Und dabei verschärft sich die ungünstige Geschäftslage im schweizerischen Buchdruckgewerbe noch immer mehr.

Der Typographenbund hat mit den beiden Organisationen der Buchdrucker ein neuerliche Vereinbarung über die Reduktion der Arbeitszeit und Entlohnung bei ungenügender Beschäftigung getroffen, wonach die Handwerker u. v. m. mindestens 89, die Maschinen-setzer mindestens 88 Stunden wöchentlich beschäftigt werden sollen. Leider enthält die Vereinbarung keine Bestimmung darüber, daß wegen Mangels an genügender Beschäftigung keine Arbeiterentlassungen vorgenommen, sondern eben die Arbeitszeit für alle verkürzt werden soll.

Der romanische Typographenbund hat seinen Eintritt in den Schweiz. Gewerkschaftsbund beschlossen. Die darüber noch vorzunehmende Urabstimmung dürfte die Zustimmung ergeben.

Aus der Partei.

Gewerkschaftsfunktionäre und Generalkommission.

Der „Stamer Bürger-Zeitung“ wird von mehreren Gewerkschaftsbeamten aus Berlin geschrieben:

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat, weil zahlreiche Befohlene und ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre den inzwischen behördlich verbotenen Aufruf an den Parteivorstand vom 9. Juni unterschrieben haben, gegen diese ihre Mißbilligung zum Ausdruck gebracht. Die Generalkommission spricht „von einer phantastischen Begabung des Verfassers“ jenes Aufrufes. Sie nahm an, daß kein ernst zu nehmender Gewerkschaftsfunktionär ihn unterschreiben wird“ und war der Meinung, daß „die Zielsucht der Unterzeichner einem Mißblatt dankbaren Stoff“ bietet. In dieser mit solchem schändlichen Scheiß versehenen amtlichen Kundgebung der Gewerkschaften heißt es:

„Jedenfalls müssen wir uns aber mit aller Entschiedenheit gegen diejenigen wenden, denen das Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Organisation fehlt und die es für geraten halten, den Parteistreit in die Gewerkschaftsorganisationen zu tragen. Wenn man schon die Wirkung des politischen Kampfes durch

Desorganisierung der Partei herabmindern will, so möge man wenigstens die Gewerkschaften mit diesem Treiben verschonen.“

Die Generalkommission der Gewerkschaften scheint der Meinung zu sein, daß das, was ihr erlaubt ist, den nachgeordneten Gewerkschaftsfunktionären und -mitgliedern zum Verbrechen angerechnet werden muß. Erinnert sie sich nicht mehr daran, daß der „Grundstein“, die Zeitschrift des Bauarbeiterverbandes, am 21. November 1914 geschrieben hat:

„Im übrigen ist die Stellungnahme der sozialdemokratischen Abgeordneten zum Krieg durchaus keine Sache, die nur die Partei angeht, sondern eine Angelegenheit der gesamten modernen organisierten Arbeiterschaft. Oder glaubt der „Vorwärts“ etwa, daß die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsblätter zwar gut genug sind, unter den Arbeitern sozialistische Aufklärung zu verbreiten und bei Wahlen den sozialistischen Kandidaten zum Sieg zu verhelfen, daß sie aber im übrigen zu jeder Dummheit, die einer der Exkoren zum Schanden der Arbeiter macht, das Maul zu halten haben? Dann ist er schief gewickelt! Wir wenigstens lehnen es ab, eine solche Rolle zu spielen. Es ist nun einmal so, daß man in weiten Kreisen des Bürgertums die freien Gewerkschaften und die Partei für eine Einheit hält und die Gewerkschaften für die Haltung der Partei und ihrer Vertreter mit verantwortlich macht. Weil das so ist, halten wir uns auch für berechtigt, Handlungen zu kritisieren, von denen wir überzeugt sind, daß sie die ganze Arbeiterbewegung aufs schwerste schädigen. Im vorliegenden Falle kommt hinzu, daß Liebknecht bei vielen ausländischen Sozialisten nicht nur als ein Vertreter, sondern geradezu als der Vertreter, als der eigentliche Wortführer der deutschen Arbeiter gilt. Um so mehr hielten wir es für unsere Pflicht, uns von den Anschauungen Liebknechts aufs allerentschiedenste loszusagen.“

Mit dieser Begründung haben der „Grundstein“ und eine ganze Reihe von Gewerkschaftsblättern in den Meinungsdivergenzen der Partei zugunsten der Reichstagsfraktionsmehrheit eingegriffen. Dieser Hinweis dürfte genügen, um zu zeigen, was es mit der Behauptung der Generalkommission auf sich hat, die Unterzeichner des Aufrufes vom 9. Juni hielten es für geraten, den Parteistreit in die Gewerkschaftsorganisationen zu tragen.“

Nun zu der Aitelucht der Unterzeichner des Aufrufes! Die Berliner Gewerkschaftskommission hat am 27. Januar 1915 eine Versammlung mit der Tagesordnung abgehalten: „Warum müssen sich die Gewerkschaftsfunktionäre mehr an inneren Parteieliten beteiligen?“ Das Protokoll dieser Versammlung ist im Verlage der genannten Gewerkschaftskommission in Broschürenform erschienen und beginnt mit den Worten:

Reichstagsabgeordneter Gewerkschaftssekretär Kürten eröffnet die Sitzung kurz nach 8 Uhr und erteilt das Wort dem Reichstagsabgeordneten und Vorsitzenden der Generalkommission Legien.“

Die Vorstände verschiedener Gewerkschaften haben diese Broschüre auf Kosten ihrer Gewerkschaftskasse angeschafft und an die Juchstellen geschickt. Gegen diese Handlungen hat die Generalkommission in keiner Weise Stellung genommen, sie offenbar für gut befunden. Da nun aber zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre ihre ablehnende Meinung in einem offenen Brief an den Parteivorstand zum Ausdruck bringen, weshalb sie über einen „organisierten Sprengungsversuch der Einheit der deutschen Arbeiterorganisationen“. In Wirklichkeit handelt es sich um etwas ganz anderes, nämlich um einen Versuch der Generalkommission, den Funktionären und Gewerkschaftsmitgliedern eine bestimmte politische Meinung aufzuzwingen.“

Keine Parteieinheit in der Schweiz.

Die von Mitgliedern des Grütlivereins an verschiedenen Orten zur Stärkung ihrer Reihen betriebene Einverleibung anderer Parteiorganisationen hatte die Auflösung der alten Frage der Parteieinheit der schweizerischen Sozialdemokratie im Sinne der Auflösung des Grütlivereins zur Folge, mit der sie aber nicht einverstanden sind und deren Diskussion viel Entzweiung hervorrief. Die Grütlilianer verlangen zwar von anderen Organisationen, so von den Arbeiterbildungsvereinen, daß sie sich auflösen und ihre Mitglieder dem Grütliverein zuführen, sie selber geraten aber in große Aufregung, wenn umgekehrt die Genossen jener Organisationen die Auflösung des Grütlivereins verlangen. Die Entzweiung über das Verlangen nach Auflösung des Grütlivereins oder auch nur nach Änderung des Verhältnisses der Partei zu ihm im Sinne der Abschaffung der undemokratischen Vorrechte, die er sich da zu verschaffen wußte, veranlaßte die Einberufung einer außerordentlichen Delegiertenversammlung, die am Sonntag in Luzern stattfand und den erwarteten programmatischen Verlauf nahm. Mit 155 gegen 58 Stimmen wurde beschlossen, die organische Selbstständigkeit des Grütlivereins auch fernerhin aufrechtzuerhalten, eine Revision der Statuten der Partei abzulehnen und eine neuerliche Delegiertenversammlung abzuhalten, falls der schweizerische Parteitag die Selbstständigkeit des Grütlivereins antasten sollte. Der Säckelzug einiger entschlossener Grütlilianer mit dem Austritt des Verbandes aus der Partei verpuffte wirkungslos, der Leidtragende dabei würde der Grütliverein sein. Die Beseitigung undemokratischer Verhältnisse in den Beziehungen zum Grütliverein wird der nächste Parteitag aber voraussichtlich doch beschließen.

Auf der Luzerner Versammlung wurde auch über den Geschäftsabluß der Grütlilichandlung in Zürich im Jahre 1914 berichtet. Das Geschäft hatte sich bis zum Kriege recht gut entwickelt, litt dann aber empfindlich unter dessen Rückwirkungen. Der Umsatz betrug mit 75 000 Frank um 24 000 Frank weniger als 1913.

Reisebiläum.

Die „Volkswacht“ in Bielefeld erschien am 1. Juli als Jubiläumsausgabe; sie feierte ihr 25jähriges Bestehen. Die 34 Seiten umfassende Nummer enthält Erinnerungen aus der Gründungszeit und mehrere der Bedeutung des Ereignisses und den Zeitfragen gewidmete Artikel. Das Zeitungsunternehmen hat sich allmählich zur jetzigen Höhe entwickelt und besitzt heute eine 18seitige und eine 8seitige Notationsmaschine. Während des Krieges hat sich die „Volkswacht“ gut behauptet.

Aus den Organisationen.

Die Kreisversammlung für den 1. württembergischen Wahlkreis fand letzten Sonntag in Stuttgart statt. Der Bericht über den Stand der Organisation konnte kein vollstündiger sein, da die alte Stuttgarter Zeitung, die als aus der Partei ausgeschieden gilt, noch das Mitgliederergebnis und alle Materialien im Besitz hat. Am 31. März wurden in Stuttgart-Stadt rund 2000 zahlende Mitglieder gezählt, die der Landesorganisation angeschlossen sind. Dazu kommt die große Zahl der zum Militärdienst Einbezogenen. Die Ortsvereine vom Landbezirk Stuttgart gehören sämtlich der Landes- und Reichsorganisation an. Hier ist die Mitgliederzahl infolge Einberufungen und sonstiger Abgänge von rund 2900 auf 1570 gesunken. Im ganzen gehörten der Parteioorganisation am Schluß des Geschäftsjahres 8500 zahlende Mitglieder an. Die Berichte des Vorsitzenden und des Kassierers gaben ein interessantes Bild von den Parteivirren des letzten Winters.

Die Versammlung nahm auch zum „Tagwacht“-Konflikt Stellung. Sie billigte mit 40 gegen 7 Stimmen die Maßnahmen des Landesvorstandes und beschloß einstimmig, alles zu tun zur weiteren Verbreitung der „Schwäb. Tagwacht“. Der Abgeordnete Hildebrandt gab einen Bericht über die Politik der Reichstagsfraktion. Die Versammlung schloß sich durch eine einstimmig angenommene Resolution seiner Auffassung an, die sich mit der der fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes deckt. Sie beurteilt das organisierte und auf die Durchbrechung der Politik der berufenen Parteivertretungen abzielende Vorgehen der Opposition und bedauert das Verhalten des Genossen Daase, der diesem Treiben Vorstoß leistet. Die Versammlung hält es mit der

1. für Steppen	1,48 M.	abzgl. Rähzutaten 9 Pf.	= 1,39 M.
2. Handarbeit	1,-	6	= 0,94
3. Bügeln	0,60		
4. Einrichten	0,11		
5. Knopflöcher	0,10		

Arbeitslöhne für Sommerkleidung.

Maacherlöhne

des Amtes an die der Anfertigungs-

Anfertigungs-

stellen an die

Arbeiter

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

M.

*) Mit Quetschhalte im Rücken beim Mantel für Verittene Garbeligen sind extra zu bezahlen.

Für die untere Kante umlegen sind 15 Pf. extra zu bezahlen.

Stellung des Partei- und Fraktionsvorsitzenden nicht vereinbar, die Partei gegen die Entscheidungen dieser Körperschaften aufzurufen.

In einer Debatte über die Lebensmittelversorgung kam die Empörung über den Mangel, der von Händlern und Produzenten getrieben wird, und über die unzureichenden Regierungsmassnahmen zum Ausdruck. Eine einstimmig angenommene Resolution fordert die notwendigen Abhilfemassnahmen. — In die Pressekommision wurden, da die früheren Mitglieder ihre Ämter niedergelegt haben, Dr. Lindemann, Mattutat, Brüdner und Wais gewählt. Als Kreisvorsitzender wurde Genosse Oster wieder bestätigt.

In der Vertrauensmännerung des Wahlkreises Penney-Remscheid-Wettmann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen. Alle Anwesenden schlossen sich der Resolution unter schriftlich an und beauftragten den Kreisvorstand, die Resolution dem Parteivorstand und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu übermitteln.

Die erweiterte Vorstandssitzung des Wahlkreises Penney-Remscheid-Wettmann, die von Vertretern aller Ortsvereine besucht ist, protestiert energisch gegen die persönliche Hege, die gegen den Genossen Haase inszeniert wird, um ihn von seinem Posten als Vorsitzenden der Partei zu entfernen. Die Sitzung schließt sich in der Beurteilung der politischen Situation einstimmig der Auffassung an, die von den Genossen Vernstein, Haase und Kautsky in dem Aufruf „Das Gebot der Stunde“ niedergelegt worden ist, ebenso auch dem im gleichen Sinne abgefaßten Memorandum der Bezirksleitung für den Niederrhein.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg veröffentlicht eine Erklärung, in welcher er Mitteilung macht, daß in einer Sitzung des Vorstandes unter Hinzuziehung der im Bezirk angestellten WahlkreisparteiSekretäre zu den neuesten Vorgängen in der Partei folgende Erklärung beschlossen worden ist:

„Wir stimmen rückhaltlos der seit Kriegsbeginn vom Parteivorstand, von der Reichstagsfraktion und vom Parteiausschuss eingenommenen Haltung zu, die sich weder mit der grundsätzlichen Auffassung der Sozialdemokratie noch mit den Interessen des Volkes im Widerspruch befindet.“

Wir haben das Vertrauen zu den genannten Körperschaften, daß sie wie bisher jede Gelegenheit benutzen werden, den . . . Wir treten daher mit Entschiedenheit den Angriffen auf die leitenden Parteifunktionäre, die völlig unbegründet sind, entgegen und setzen in der Art und Weise, wie diese Angriffe geführt werden, die Befähigung dafür, daß die Genossen der Opposition sich der Folgen ihrer Tätigkeit, die auf eine Spaltung der Partei hinausläuft, wohl bewusst sind. Um so schlimmer ist daher ihr Tun und um so energischer müssen ihre Bestrebungen zurückgewiesen werden, denn wer die Einheit der Partei gefährdet, vergeßt sich damit in unerhörter Weise an den Interessen der arbeitenden Klasse.

Von den leitenden Parteikörperschaften erwarten wir Maßnahmen, die geeignet sind, einer Sprengung der Partei vorzubeugen.“

Der Bezirksvorstand fügt dem hinzu, daß auch die Vorstände der Kreisorganisationen von Stenbal, Jerchow, Magdeburg, Wolmirstedt, Wanzleben, Wismar, Halberstadt, Dessau und Verburg zu diesen Fragen Stellung genommen hätten. Der Vorstand von Salzweil, des letzten der dem Bezirk zugehörigen Kreise, konnte nicht tagen, weil seine sämtlichen Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen sind. Alle Vorstände haben das Vorgehen der Opposition auf das schärfste mißbilligt und zum Teil Resolutionen beschlossen, in denen dies zum Ausdruck kommt und die Haltung des Parteivorstandes und -Ausschusses sowohl wie der Reichstagsfraktion gebilligt wird.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Wahlkreisvereins Solingen hat in einer Sitzung zu den Vorgängen in der sozialdemokratischen Partei Stellung genommen und einstimmig eine Resolution angenommen, in der er das Vorgehen des Genossen Haase für berechtigt erklärt und ihn auffordert, auf seinem Posten auszuharren. Im übrigen akzeptiert der Wahlkreisvorstand den Standpunkt des Artikels „Das Gebot der Stunde“.

Gerichtszeitung.

Der Rassenbetrüger in der „Brehmschen Unterstüpfungskasse“.

Ein moderner Rattenfänger von Hameln, dessen verlockenden Weisen zahlreiche Personen von der Sorte derer, die „nicht alle werden“ gefolgt sind, stand gestern in der Person des Hausdieners Robert Dürkop vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III unter der Anklage des Rassenbetruges und der Urkundenfälschung. Die Einstellung des Verfahrens, die vor einiger Zeit gemeldet wurde, bezog sich ausschließlich auf betrügerischen Bankrott, der ursprünglich einen weiteren Anklagepunkt gebildet hatte. Der Angeklagte verbüßte zurzeit eine neunmonatige Gefängnisstrafe. Er ist zweifellos ein Genie, dem die Briefmarken als Hausdiener kein Feld für Betätigung seiner Geisteskräfte bot, er legte sich deshalb auf den Schwindel im großen, den er mit einem ersparten Kapital von 500 M. begann. Vor etwa 1 1/2 Jahren zeigte der Angeklagte durch Zeitungsinserate an, daß er im Stande sei, jedem, der ihm 1-3 M. in Briefmarken zusenden würde, nach etwa zwei Tagen den doppelten Betrag in Briefmarken zurückzusenden. Die Beträge sollten postlagernd Halensee eingeschickt werden. Die Sache sprach sich bald herum, der Angeklagte schickte tatsächlich nach 1-2 Tagen die doppelte Summe in Briefmarken ein und fandte eine kurze Leuitungsnotiz mit, die er stets mit dem Namen „Brehm“ unterzeichnete. Die Einzahlungen steigerten sich rapide, doch erkannte der Angeklagte bald, daß es ihm auf diese Weise niemals gelingen würde, eine größere Summe zusammen zu bekommen; er wußte auch, daß die Polizei auf das eigenartige Unternehmen aufmerksam geworden war und so beschwand er dann auf einige Zeit von der Bildfläche. Dann gründete er plötzlich in der Wiesenstraße 31 ein Institut, das er „Brehmsche Unterstüpfungskasse“, das nach außen hin die unscheinbare Bezeichnung „Bureau für schriftliche Arbeiten von A. Stelzer“ trug. Er blieb mit seiner Person völlig im Hintergrunde, gab sich für einen gewissen „Krüger“, zumeist aber für einen „Stelzer“ aus und behauptete, daß der eigentliche Leiter der B. U. K. ein in England wohnender Herr „Brehm“ sei. In diesem neuen Institut hat er dann in großem Maßstabe den Schwindel fortgesetzt, den er im Kleinen mit den Briefmarken angefangen hatte. Er teilte seinem alten Kundenzettel mit, daß er sein Unternehmen auf eine ganz neue Basis gestellt habe und denjenigen, die ihm Gelder einzahlten, sehr hohe Zinsen, nämlich in wenigen Tagen 50 Proz. gewähren könne. Zur Erklärung dieses Wunders teilte er auf Befragen mit, daß er ein unfehlbares Wettsystem für Wettrennen erfunden habe, welches ihm von dem teuren „Brehm“ abgekauft worden sei und in England glänzende Erfolge erzielte. In Wirklichkeit hat der Angeklagte tatsächlich sich mit der Erfindung eines solchen Wettsystems herumgequält, aber auch nicht einen Pfennig der ihm in Massen zufließenden Gelder am Totalisator gefehlt. Die Leute glaubten wirklich, daß sich das Wettsystem schon bewährt habe und Rückzahlung und hohe Verzinsung ihres hingegebenen Geldes gesichert sei. Das Vertrauen hierauf wurde dadurch verstärkt, daß der Angeklagte immer neu einlaufende Gelder zum Teil dazu benutzte, um die älteren Gelder zu verzinsen. Er konnte dies um so mehr, als die Leute, die so kolossale Zinsen einheimsten, leicht geneigt waren, die Geldsummen selbst weiter „arbeiten“ zu lassen, ja, sie noch womöglich zu erhöhen. Der Ruf dieses Tausendfüßlers, der in dieser Weise Geld herbeizubringen konnte, verbreitete sich von Mund zu Mund und von alten Seiten strömten ihm Leute zu, die sich später in den Betrugsanzeigen selbst als „die Dummen“ bezeichneten. Namentlich kleine Leute, Arbeiter und Handwerker wurden veranlaßt, ihre gesamten Ersparnisse bei der „Brehmschen Unterstüpfungskasse“ anzulegen, indem sie für jedes Familienmitglied und für Bekannte bis zu 100 M. einzahlten. Die täglichen Einnahmen wuchsen lawinenartig, so daß der Angeklagte zahlreiches Dienstpersonal anstellen mußte. Zuletzt hatte er 10 Bureauangestellte und eine Anzahl von Kassierern; auch mußten infolge des ungeheuren Andranges sechs Filialen — Zahlstellen bei Restaurateuren und

Zigarrenhändlern — eingerichtet werden. Die Geschäfte gingen derartig, daß die Angestellten den ganzen Tag über nur mit dem Ausschreiben von Quittungen beschäftigt waren. Der Angeklagte selbst unterzeichnete alle Quittungen und sonstigen Schriftstücke immer mit dem Namen „Stelzer“. Nach den Feststellungen des Buchrevisors Sundheimer sind die Einnahmen des Angeklagten ganz kolossal gewesen. Beispielsweise waren einmal im Verlaufe von 4 Tagen 42 000 M. eingezahlt und nur 21 000 M. zurückgezahlt worden, die Einzahlungen stiegen in manchen Monaten auf 150 000 M. Der Angeklagte hätte dieses Geschäft ins Unendliche fortsetzen können, wenn nicht schließlich einmal die Katastrophe durch irgend einen kritischen Zwischenfall, wie hier durch die Verhaftung des Angeklagten, eintreten mußte. Diese erfolgte, nachdem sich der Angeklagte längere Zeit verborgen gehalten hatte. Er hatte keine feste Wohnung, verbrachte seine Nächte meistens mit Dirnen oder schlief in Hotels. Bei seiner Verhaftung wurden noch 15 000 M. vorgefunden, es hätten aber etwa 65 000 M. vorhanden sein müssen. Die Staatsanwaltschaft nimmt an, daß der Angeklagte offenbar die Absicht gehabt hat, sich so lange verborgen zu halten, bis er ein genügendes Kapital zusammen hatte, mit dem er ins Ausland verschwunden wäre. — Der Angeklagte bestritt dieses und behauptete, er habe erst eine größere Summe — etwa 100 000 oder 200 000 M. — zusammen haben müssen, um nach seinem System mit Riesenerfolgen arbeiten zu können. — Staatsanwalt v. Bradke hielt es für zweifellos, daß hier ein Rassenbetrug vorlag und der Angeklagte von Anfang an auf Betrug ausgegangen ist und beantragte 3 Jahre Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Bruno Isaac hielt aus Rechtsgründen eine Freisprechung für geboten. Das Urteil lautete unter Einbeziehung der früheren Strafe auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis bei Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft.

Die Entlassung aus einer Irrenanstalt betraf ein Rechtsmittel, der jetzt das Oberverwaltungsgericht beschloß. Der Landwirt Zimmel war lange Jahre wegen Gemeingefährlichkeit in einer Irrenanstalt interniert. Seine Verwandten bemühten sich um seine Freilassung nach Berlin, weil er nicht gemeingefährlich sei. Der Berliner Polizeipräsident erhob durch eine Verfügung Einspruch gegen die beantragte Freilassung, nachdem die Anstaltsleitung ein dem Interessierten ungunstiges Gutachten erstattet hatte.

Run wurde die Einspruchsverfügung des Polizeipräsidenten im Wege der Klage angefochten.

Der Bezirksausschuß Berlin holte darauf seinerseits ein Gutachten der Anstaltsleitung ein. Dieses begutachtete, daß J. unter der Einwirkung einer inwärtigen aufgetretenen körperlichen Erkrankung, deren Besserung ausgeschlossen wäre, in einem Zustand geraten sei, der ihn jetzt nicht mehr als gemeingefährlich erscheinen lasse.

Der Bezirksausschuß entschied nunmehr, daß die Einspruchsverfügung des Polizeipräsidenten außer Kraft zu setzen sei. J. wurde alsbald aus der Anstalt zu seinen Verwandten in einem Berliner Vorort, der zum Landespolizeibezirk Berlin gehört, entlassen. Er starb nach mehreren Wochen.

Der Polizeipräsident legte Berufung ein und richtete diese gegen die Erben des Zimmel, als mitgeteilt worden war, daß J. tot sei.

Der Vertreter der Erben des Zimmel machte dagegen geltend, daß mit dem Tode J.'s die Möglichkeit der Berufung des Polizeipräsidenten erloschen sei, und daß die Berufung des Polizeipräsidenten deshalb schon als unzulässig verworfen werden müßte. Auch sei sie materiell unbegründet.

Der Polizeipräsident stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß die Berufung trotz des Todes von J. zulässig sei und daß sie auch begründet wäre. Es sei nur darüber zu entscheiden, ob seine Einspruchsverfügung zur Zeit ihres Erlasses den tatsächlichen Verhältnissen entspreche habe. Das sei aber der Fall, denn damals sei J. noch gemeingefährlich gewesen.

Das Oberverwaltungsgericht erkannte im Sinne des Polizeipräsidenten dahin, daß seiner Berufung stattgegeben, das Urteil des Bezirksausschusses aufgehoben und die Klage gegen die Einspruchsverfügung abgewiesen werde.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 8. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Gärtler
Rudolf Braunschweig
(Gebirt 1859)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 4. Juli, nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle des
alten Luisen-Kirchhofes, Berg-
mannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 21. Mai 1915 verstarb im Feldlazarett infolge Ver-
wundung unser lieber braver Kollege, der Dreher
Franz Meesters.
Wir werden ihm ein dauerndes ehrendes Andenken be-
wahren.
Die Meister und Kollegen
der Firma Knorrbremse A. G.
Abt. Kl. Dr. I. u. II.

Herr von der Heimat fiel am
27. Mai mein guter Sohn, unter
lieber Bruder, Schwager und
Onkel
Otto Nölte.
Im Namen der tiefbetrübten
Angehörigen
Laise Nölte, Adlershof.

Nachruf.
Am 13. Juni erlitt unser lieber
Freund und langjähriger Rit-
arbeiter, der Rasthakenmeister
Georg Ludwig
Unterschiedler der Landwehr im
Infanterie-Regiment Nr. 3, den
Heldentod bei einem Gefechte,
im kaum vollendeten 38. Lebens-
jahre.
Wir werden seiner in Ehren
gedenken.
Das Gesamtpersonal der Firma
Otto v. Holten, Berlin.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Einäscherung
meines lieben Mannes, unseres guten
Vaters sagen wir allen Verwandten
und Bekannten, insbesondere Herrn
Ransche sowie dem Gefangenen
Immergrün, dem Wahlverein und
den Kollegen der Firma A. Vorlig
unfern herzlichsten Dank.
1915
Berta Elsner und Kinder,
Tegel, Schöneberger Str. 67.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Gärtler
Rudolf Braunschweig
Ergebirt. 15
am 1. Juli an Schlaganfall ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 4. Juli, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Luisen-Kirchhofes in der
Bergmannstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
116/1 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nach-
richt, daß unser lieber, ältester Sohn und Bruder
Karl Zink
am 4. Juni gefallen ist.
Um stilles Beileid bittet **Familie J. Zink.**
Neukölln, Selchower Str. 31. [1915b]

Als Opfer des Völk-
krieges fiel am 14. Juni
unser lieber Vereins-
kollege und II. Kassierer
Rudolf Seidel.
Wir werden ihn vermissen.
Im Auftrage:
Der Vorstand des Sparvereins
„Hamster“.

Reuters Werte
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Möbelfabrik „Hoffnung“
Eingetragene Genossenschaft mit be-
schränkter Haftung.
Berlin, Kraussstraße 52.
Nachtrag zur Bilanz am 31. Dez. 1914.
Die Geschäftsbücher und die Ge-
samtsumme hat sich nicht vermehrt
und nicht vermindert. 54/11
Der Vorstand.
G. Bengler, Joh. Schubert.

Zentralverband der Steinarbeiter
Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Am 20. Juni starb unser
Kollege, der Sandsteinmetz
Karl Franke
im 34. Lebensjahre an Lungen-
entzündung.
Die Beerdigung erfolgte in
Weiß, wo sein kampfb. und talent-
reiches Leben ein so frühes Ende
gefunden hat.
Wir denken in dem Ver-
storbenen eines unserer tüchtigsten
Mitglieder und werden ihm ein
dauerndes Andenken bewahren.
171/5 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Portier
Max Pättsch
am 30. Juni im Alter von
41 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 4. Juli, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirch-
hofes in der Reichenow-Str. aus statt.
Die Bezirksverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges
(Brustschuß) starb im Lazarett
am 20. Juni mein innigstgeliebter
Vater und Vermögensguter Vater,
der Tapezierer
Karl Schmidt
(Alexander-Gren.-Reg. Nr. 1)
im 30. Lebensjahre. 1915b
Im tiefsten Schmerz
Anna Schmidt nebst Sohn.
Wenn Liebe könnte Wunder tun
und Tränen dich erwecken,
dann würde dich nicht im fremden
Land
Die kühle Erde bedecken.
Dir ist wohl, uns bleibt der Schmerz.

sonntag
8-10 geöffnet.
Auswahlen nach außerhalb nur gegen Nachnahme.
Besonderheit:
Weite Größen!

Für **400,000** Mark
teils Sommer-
Waren aus meinem Inventur-Ausverkauf
teils Winter-

zu folgenden Einzelpreisen:

7 3/4 statt bis 44.- Wachkostüme Staubmäntel Speldjacken Sportjacken	12 1/2 statt bis 70.- Mohair-Alpaka-Mäntel Govercoat-Mäntel bis 100 lang Wasserdichte Ledermäntel Phantasiestoff-Kostüme	23 1/2 statt bis 65.- Winter-Ulster Echte Gummimäntel Holsteiner Lederkostüme Govercoat-Mäntel auf Uchessa	38.- statt bis 135.- Eollone-Modellkostüme Blaue Kammerkostüme Seidagumme (Seiden-) Mäntel, alle Farben Schwarz-Eollone-Modellkost.
---	--	---	---

80.-
statt bis 225.-
Echte lange Seidenplüschmäntel auf
reineid. Damast.
Feinste lange Seidenplüschmäntel.
Seidenant-Kostüme m. georg. Wöck.
Lange Tuschmäntel m. eob. Pelzfut.

185.-
statt bis 570.-
Lange u. halblange Pelzmäntel unt.
Garant. beste Felle, Kürschner-
arbeit, solide Formen.
Echte rahlenmäntel mit Pelzbesatz.
Sealelectric- usw. Mäntel.

300.- bis 780.-
statt bis 1900.-
Echte Seidbisam-Mäntel,
Echte Foulie-Mäntel m. Skunks-
pelz.
Echte Persischer-Jacken (Winter-
felle), Glanzfelle.

100% Echte Zobelhemmäntel mit Alaskafuchskragen. 100
100% Des großen Andranges wegen Besuch möglichst vormittags erbeten. 100

Auswahlsondungen sofort
Trauermagazin
Westmann
Ami Zentrum 7900
I. Mohrenstr. 37a (Kolonnaden).
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Androssstraße).

Ein Opfer des Weltkrieges
wurde unser lieber Hausgenosse
Wilhelm Lengwenings
vom 35. Infanterie-Regiment
durch Bauchschuß. 64/11
Dies zeigt tieftraurig an
Familie Hahn,
Ramlersstraße 18.

Der Kinderschutz in der Kriegszeit.

Die Kinderschutzkommission der Arbeiterschaft Berlins und Umgegend hat ihren Tätigkeitsbericht über 1914/15 (1. April 1914 bis 31. März 1915) jetzt bekanntgegeben. Von den zwölf Monaten, auf die der Bericht sich erstreckt, fielen nur die vier ersten noch in die Friedenszeit. Der Krieg stellte die Kinderschutzkommission plötzlich vor eine neue Aufgabe und lenkte ihre Arbeit bis auf weiteres in andere Bahnen. Seit Jahren hatte die Groß-Berliner Kinderschutzkommission mit steigendem Erfolg sich bemüht, den Nachwuchs der Arbeiterklasse vor Ausbeutung und Vernachlässigung zu schützen und nach Kräften auch durch Binderung wirtschaftlicher Not die Ursachen solchen Kinderlebens zu bekämpfen. Bei Kriegsausbruch entschloß sie sich, über den engeren Kreis der am schwächsten gefährdeten Kinder hinaus ihre Fürsorge zu erweitern und zur Bewahrung so vieler jetzt der elterlichen Aufsicht beraubten Kinder diese in besonderen Kriegskinderhorten um sich zu sammeln.

Ueber die Arbeit der Friedenszeit meldet der Bericht, daß es auch im verfloffenen Jahre nicht an Erfolg fehlte. Bis vor Ausbruch des Krieges hatte die Kommission allgemein die Wahrnehmung gemacht, daß die den Schutzbestimmungen widersprechende Beschäftigung der Kinder durch die ständige Kontrolle etwas zurückgedrängt worden war. Hoch genug war freilich auch so noch die Zahl der Kinder, die in gegenwärtiger Weise beschäftigt wurden, und jetzt in der Kriegszeit dürfte sie wieder noch gestiegen sein. Von der alljährlichen außerordentlichen Kontrolle nahm die Kommission diesmal Abstand, weil während des Krieges ein Teil der Kinderschutzbestimmungen ruht und weil in kinderreichen Familien infolge von Not jetzt Ermahnungen, die Kinder nicht mitarbeiten zu lassen, oft fruchtlos bleiben. Auch über die regelmäßigen Kontrollen kann nur aus dem ersten Drittel des Berichtsjahres, den vier Friedensmonaten, ein Ergebnis vorgelegt werden. Von Anfang April bis Ende Juli des Jahres 1914 wurden aus den acht Reichstagswahlkreisen Groß-Berlins durch 110 Fragebogen zusammen 181 Kinder (86 Knaben und 95 Mädchen) gemeldet, die des Schutzes der Kommission zu bedürfen schienen. Es handelte sich 41mal um Uebertretungen des Kinderschutzgesetzes durch unzulässige Kinderarbeit, ferner 81mal um Vernachlässigung, 32mal um Verwahrlosung, 27mal um Mißhandlung. Das Eingreifen der Kommission hatte wieder, wie bisher, fast immer Erfolg, diesmal in 170 von 181 Fällen. In den übrigen 11 Fällen war infolge der Mangelhaftigkeit des gesetzlichen Kinderschutzes keine Abhilfe zu schaffen, doch wurden diese Kinder weiter im Auge gehalten. Aus den Uebertretungen sei erwähnt, daß eine Buchdruckerei Kinder von 12—13 Jahren in den Ferien täglich sieben Stunden bei 15 Pf. Stundenlohn beschäftigte. Mit Hilfe gewerkschaftlich organisierter Arbeiter des Betriebes wurde Abhilfe erreicht. Bei den Vernachlässigungen und Verwahrlosungen war es der Kommission fast immer möglich, durch Mißsprachen mit Eltern, Vormündern, Lehrern, Armenkommissionen eine Besserung herbeizuführen. Gegen die Mißhandlungen ist schwerer anzukämpfen, aber auch hier konnte unter dem Beistand von Ärzten, Armen- und Waisenkommisionen den Kindern oft Hilfe gebracht werden. Der Bericht hebt hervor, daß an der völligen Beseitigung der Kindererwerbsarbeit die Arbeiterklasse das lebhafteste Interesse haben muß und daß gegen Vernachlässigung und Verwahrlosung die Stadt den Kindern durch Einrichtung von Kindergärten, Kinderhorten, Kinderheimen einen wirksameren Schutz gewähren könnte.

Die Kriegsarbeit der Kinderschutzkommission begann Mitte August 1914. Kinder der Arbeiterklasse wurden an zunächst 13 und später 20 Stellen in Berlin gesammelt, unter Leitung von Frauen durch Spiel und Gesang beschäftigt, mit Mittagessen und Nachmittagskaffee beliefigt. Die Zahl der zu versorgenden Kinder stieg von täglich 500 rasch auf täglich 3000, so daß bedeutende Mittel erforderlich wurden. Der Kindervolkshilfsverein gab 93 700 Speisemarken und anfangs auch Milch. Der Magistrat bewilligte zunächst 1000 M. und später noch 3000 M., lehnte aber weitere Hilfe ab, weil Mittel nicht verfügbar seien und überdies Gelder aus der Stadtkasse nicht an eine politische Organisation gegeben werden könnten. Die Kinderschutzkommission hat zwar, wie dem Magistrat bekannt sein sollte, mit Politik nichts zu tun. Aber ihr blieb bei der Unzulänglichkeit ihrer sonstigen Geldmittel (aus dem Verbandsbeitrag und privaten Zuwendungen) nach dieser Ablehnung nur übrig, die Kriegskinderhorte zu schließen. Ausgegeben hatte sie dafür allein 7404,81 M., bei einer Gesamtausgabe von 9411,84 M. im ganzen Jahr. Die Kommission verlor auch Unterbringung von Kindern in Familien,

die sich zu unentgeltlicher Verpflegung bereit erklärten. 45 Kinder (15 Knaben und 30 Mädchen) von 2—10 Jahren wurden, nachdem Kerzstimmchen den Gesundheitszustand geprüft hatten, in solche Familien gegeben. Die Erfahrungen der Kommission sollen nicht immer angenehm gewesen sein.

Der Bericht schließt mit dem erneuten Hinweis auf die Notwendigkeit des Kinderschutzes durch vorzuehende Abwehr von Gefahren und durch Beseitigung ihrer Ursachen. Auch die Kinderschutzkommission habe im Rahmen der großen Arbeiterbewegung eine wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Aus Groß-Berlin. Abseits vom Wege.

Abseits vom Wege — das soll nicht heißen, ohne Weg und Steg, sondern nur: abseits von vielbesuchten Wegen auf einsamen Pfaden durch Wald an einen entlegenen See und an entlegenen Waldwiesen vorüber, wieder durch den Forst zurück ins städtische Getriebe. Abseits vom Wege, das heißt auch: eine leidliche Karte bei sich haben, bei bedecktem Himmel auch einen Kompaß, und es verstehen, auch einmal in einem Gewirr von Wegen den richtigen zu finden, entweder durch angeborenes Feldherrntalent oder durch das Glück, das den Mutigen auch in einem dicken, märkischen Forst nicht verläßt. Zur Ausrüstung gehört ein Päckchen mit verteilbarem Inhalt, vielleicht auch eine Trinkflasche, denn, vom Anfang und Ende des Ausflugs abgesehen, kann man hier allerhand zu sehen bekommen, bloß keine Wirtschaften. Sonst wär's ja auch kein „abseits vom Wege“.

Wir fahren vom Stettiner Hauptbahnhof mit einem der nach Norden fahrenden Personenzüge nach Melchow, der ersten Station hinter Wiesenthal, z. B. um 8.35 oder 8.40. Man kann vierter Klasse fahren, oder man nimmt eine Sonntagskarte nach Eberswalde. Billiger ist es, eine solche Karte bis Wiesenthal zu lösen und die Strecke Wiesenthal—Melchow zuzuzahlen, worüber man sich am Schalter erkundigt. Bei Melchow über die Gleise und gleich rechts neben ihnen den Birkenwaldweg in der Fahrtrichtung weiter. Den ersten Weg schräg links ab. Man hat auf der Karte in fast nördlicher Richtung den Samithsee vor sich, dem wir zustreben. Ist der Maßstab der Karte klein, dann nehmen wir ein der nach Norden führenden Waldgestelle, zeigt sie das Wegeneck ausführlicher, dann ist es reizvoller, sich mit seiner Hilfe an den See zu schlängeln. Auf beiden Wegen erreichen wir die große Waldstraße von Wiesenthal nach Heegermühle und nach ihrer Ueberschreitung gleich darauf den Samithsee. Steile, schöne Waldhänge fassen das Westufer ein. Der See gehört zum Gebiet der Finow, an der Wiesenthal liegt. Nach rechts und links schließen sich kleinere Seen an. Wir halten uns links, östlich, immer an der Grenze zwischen dem hohen Walde und den Biefen, die den schlängeligen Lauf der Finow begleiten. Jeden der kleineren, nicht immer leicht zugänglichen Seen aufzusuchen, würde zu viel Zeit beanspruchen. Wir begnügen uns mit dem Lehnsee, den wir auch durch ein vom Süden des Samithsees fast genau nach Westen fließendes Gestell bei Zeitmangel schneller erreichen können. Der hübsche Lehnsee mit seinem trotz der Dige fastigen Wiesensaum ist leicht zu überblicken. Am jenseitigen Ufer sesselt ein Wald aus schöngewachsenen Nichten (an Kiefern ist natürlich Ueberfluß). Vom See aus dem Waldpfad am hohen Ufer in der Nähe der Finowniederung nach Süden. Nicht lange, dann treten wir auf die von Wiesenthal nach Forsthaus Eiserhude führende Waldstraße hinaus und stehen auf der idyllisch einsamen, hölzernen Pöhlhölzchen über die Finow, die wir uns nun endlich von oben mit samt ihren munteren Fischlein betrachten können. Dann geht's über die Brücke ans andere Ufer und hier, abermals stets zwischen Wald und Finowwiesen, südwärts gen Wiesenthal. In der Nähe des hübschen Städtchens, das natürlich reichlich Gelegenheit zur Stärkung bietet, hat man die Wahl, ob man, über die Wehrmühle, die mit Promenadenweg und Anlagen versehene Fahrstraße zum Bahnhof einschlagen (eine starke halbe Stunde, 4.12 fährt ein guter Zug zurück), oder ob man erst in Wiesenthal einkehren will, von wo man für 30 Pf. auch mit dem Omnibus zum

Bahnhof gebracht wird. Dem aber starkes „Studern“ keine Freude macht, der geht die 35 Minuten an Anlagen und Landhäusern vorüber auch noch ab.

Es ist kein Ausflug mit „Schlagern“, obwohl die beiden Seen sehr hübsch sind und der Samithsee wohlverdienten Ruf besitzt, aber tiefer Friede herrscht hier draußen in den hohen stillen Wäldern, wie man ihn eben nur in einiger Entfernung von größeren Orten noch finden kann und wie ihn viele jetzt mehr als je ersehnen mögen.

Städtischer Gefrierfleischverkauf.

Der Magistrat wird die von der Stadtgemeinde angekauften Gefrierfleischstücke von der nächsten Woche ab in den Verkehr bringen. Der Weiterverkauf ist Berliner Fleischermeistern übertragen und sollen zunächst pro Woche 2000 Schweine ausgeschlachtet werden. Der Verkauf findet nur an zwei Wochentagen und zwar Mittwoch und Sonnabend statt. Diejenigen Fleischermeister, welche an diesem Vertrieb teilnehmen wollen, sind verpflichtet, an diesen beiden Verkaufstagen anderweitig bezogenes Schweinefleisch nicht feilzubieten. Die Abgabe des Fleisches an das Publikum findet gegen Vorzeigung von Ausweisarten statt. Pro Kopf und Woche wird bis zu einem Pfund Fleisch abgegeben, jedoch hat natürlich niemand ein Recht auf den Bezug, da der städtische Vorrat begrenzt ist. Die Maßregel ist im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung ergriffen und wenn auch der Magistrat davon absteht, den Kreis der Bezugberechtigten durch positive Vorschriften zu beschränken, so wird doch von dem sozialen Bewußtsein der besser situierten Bevölkerung erwartet, daß sie auf die Entnahme des von der Stadt feilgebotenen Gefrierfleisches verzichten wird. Kaufberechtigt sind nur Berliner Einwohner. Jeder Weiterverkauf des Fleisches, auch zum Verzehr in Gast- und Speisewirtschaften, ebenso auch die unentgeltliche Weitergabe an Personen, welche nicht in Berlin ihren Wohnsitz haben, ist untersagt. Nachdem die Bundesratsverordnung vom 24. Juni d. J. dazu die nötige Handhabung geboten hat, hat der Magistrat heute für den Gefrierfleischverkauf die obigen Anordnungen beschlossen, deren Uebertretung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft wird. Das Nähere über die Ausstellung der Fleischarten sowie über die Verkaufspreise des Gefrierfleisches wird demnächst noch bekannt gegeben werden.

Noble Werbearbeit.

Uns wird geschrieben: Auf den Schlachtfeldern finden sich Marodeure, die Gefallene und Verwundete ihres Besiges berauben. Schlachtfeldhähnen ist die Bezeichnung, die im Volke dafür als treffendste im Umlauf ist. Daran wird man erinnert, wenn man hört, in welcher Weise bürgerliche Pläster das Verbot des „Vorwärts“ benutzen, um die Abonnenten für sich einzufangen. Am Nachmittag des Dienstag dieser Woche, dem dritten Tage, nachdem der „Vorwärts“ der Zensur zum Opfer gefallen, erschien in dem Hause Rangaarder Str. 14 ein Akquisiteur der „Berliner Volkszeitung“, um dafür zu werben. Als man ihm an einer Tür bedeutete, daß hier der „Vorwärts“ gelesen würde, wurde der Herr sehr zudringlich und erklärte, das sei recht gut, denn dann könne sein Angebot ja gerade recht. Er sei davon informiert, daß der „Vorwärts“ bestimmt auf mindestens vier Wochen nicht mehr erscheinen dürfe. Da könne man doch für diese Zeit die „Volkszeitung“ abonnieren. Als ihm sehr entschieden gesagt wurde, daß er sich hier lägenhafter Mittel bediene, um dem „Vorwärts“ die Leser abzutreiben, verächtelte er auf das bestmögliche, genau unterrichtet zu sein. Wir können nicht annehmen, daß der Verlag der „Berliner Volkszeitung“ es war, der seine Werber so instruiert hat, daß man ihre Arbeit geradezu als unläuterer Wettbewerb bezeichnen möchte. Unsere Leser eruchen wir, dieser schäbigen Agitationsmethode durch treues Festhalten an unserem Blatt entgegenzutreten, denn es ist offenbar, daß dieser Vorgang nicht vereinigt dasteht.

Kriegsunterstützung in Berlin.

Die Zahl der in Berlin unterstützten Familien von Kriegsteilnehmern ist bis jetzt auf 141 660 gestiegen; während sie sich im August auf 62 980 belief. Eine verhältnismäßig noch viel stärkere Steigerung haben die für diese Zwecke aufgewendeten Beträge erfahren. An Kriegsunterstützung gelangten im Juni 4,94 Millionen Mark zur Auszahlung gegen 1,28 Millionen Mark im August. Außerdem wurden an

Vom nordöstlichen Kriegsschauplatz.

In einer Entlausungsanstalt.

Ökzpressionquartier, 24. Juni 1915.

„Hier ist unser Gefängnisheim“, sagt Stabsarzt Dr. L. und zeigt auf einen freundlichen Holzbau im Villenstil. Eine zirka 1 1/2 Meter hohe doppelsteufige Treppe führt zur Eingangstür hinauf. An den großen, geöffneten Fenstern, durch welche Licht und Luft in reichlicher Menge in das Innere des Gebäudes fluten, stehen Soldaten. Einige sind nur leicht, andere überhaupt nicht bekleidet. Sie lassen sich von der Sonne beschneiden. Derselben Vergnügen geben sich auch die halb- und ganznackten Deutschen auf der geräumigen Veranda an der Südseite des Heimes hin. Licht- und Luftbäder gehören zwar nicht zu den vorgeschriebenen Kur, aber jeder darf in dieser Beziehung seinen Neigungen ungehemmt nachgehen. Die Kur in diesem Heim zählt nicht nach Monaten oder Wochen, nicht einmal nach Tagen, sondern nur nach Stunden. So kurz auch der Heilvorgang, jeder Leidende, der das Heim aufsucht, mag sein Zustand noch so qualvoll sein, von der Kurzeit befreit, gesund und fröhlich verläßt er das Haus, über dessen Eingang folgende Einladung steht:

„Wer schmutzig ist und Läuse hat, Der kommt getrost in unser Bad. Soll sauber werden, läusefrei, Daß es ihm eine Wonne sei, Und daß mit Recht er sagen kann: Ich bin ein reiner deutscher Mann!“

Es ist eine der hinter der Front jezt nach Tausenden zählenden Entlausungsanstalten. Während die meisten von ihnen jedoch nur bescheidenen Ansprüchen genügen, darf die Anstalt, die ich nun betrete, wenn auch nicht zu den Rieseneinrichtungen, so doch zu den bestingerüsteten Anstalten gezählt werden. Durchschüttelt verlassen dieses „Gefängnisheim“ täglich 250 von ihrem Leiden Befreite. Es gibt aber auch Betriebe, wo Tag für Tag mehrere Tausende von Verlausten gereinigt werden können. Hier hat der Betrieb vier getrennte Abteilungen. Links vom Eingang sind die Anleideräume. Von hier aus begeben sich die Besucher in den Baderraum; ihre Kleider werden in geschlossenen Gefäßen der

Wäscheabteilung überwiesen. Im Baderraum stehen mehrere Badewannen. Hier unterzieht sich jeder Mann einer gründlichen Reinigung mit warmem Wasser und Seife unter genügender Anwendung von Creolin, auch Läusejod genannt. Dem eigentlichen Bade folgt eine Sonderbehandlung der Haarpartien, unter den Armen, an den Schamteilen usw. Diese Einreibungen mit einer scharfen Salbe haben sich als sehr zweckdienlich erwiesen. Man ist dahinter gekommen, daß die Kleiderläuse zu mögeln versuchen, indem sie, entgegen der bisherigen Annahme, ihre Eier in den erwähnten Haarpartien niederlegen. Das Bad allein vernichtet die Eier nicht und so konnte es vorkommen, daß Entlauste doch als Träger neuer Läuseherde in den Schützengräben zurückkehrten. Solcher Gefahr begegnet man durch die erwähnte Sonderbehandlung, die in den, den Lazaretten angegliederten Entlausungsanstalten noch gründlicher vorgenommen werden kann, indem man den Verlausten das Kopfhaar kurz schert und die übrigen Haarpartien glatt wegrasiert. In den Betrieben mit Massenfrequenz und den meistens sehr einfachen Einrichtungen unmittelbar hinter der Front muß man auf die Vorname dieser Heilmethode natürlich verzichten, sie ist zu zeitraubend und erfordert zuviel Umstände. Der in unserem Heim dem Bad entstehende reine Mann begibt sich in die wiederum von den übrigen Abteilungen vollständig abgeschlossenen Anleideräume, die durch einen besonderen Gang mit dem Baderraum verbunden sind. Saubere Wäsche findet der Gereinigte sofort vor. Der Betrieb wurde nämlich mit einem Bestand von Ersatzwäsche aufgenommen, so daß stets ein Vorrat vorhanden ist und niemand auf das Säubern und Trocknen der ausgezogenen eigenen Unterkleider zu warten braucht. Diese werden nämlich in mächtigen Kesseln ausgelöst und dann in einer Riesenzentrifuge geschleudert und getrocknet. Die Befreiung der Oberkleider von lästiger Einquartierung erfolgt auf trockenem Wege. Sie werden in einem Ofen einem Heißluftbad von über 100 Grad ausgesetzt, das verträgt kein Läusejod. Um die saubere Wäsche vor dem Ansturm neuer Einquartierung zu schützen, befehlet man sie von innen mit Schwefel, gegen den die Läuse eine starke Abneigung besitzen. — In den primitiven Anstalten direkt hinter den Schützengräben müssen die mit „Nienen“ behafteten gewöhnlich auf das Bad gänzlich verzichten. Man begnügt sich damit, die Wäschestücke auszulegen und die Oberkleider einem Dampfbad auszusetzen. In den Großbetrieben ist die Behandlung zwar immer noch ziemlich einfach, aber doch so radikal, daß kein Feind lebend herauskommt. Reißens werden die gesamten Kleider in einem Dampfbad von 100 Grad ausgeräuchert, das etwa eine halbe Stunde in Anspruch nimmt. Während dieser Zeit empfangen die Kranken eine aus-

reichende warme Dusche, wobei Seife nicht gespart wird. Auf diese Weise säubert und reinigt man auch die gefangenen Ruffen. Soweit sie in dem Gebiete hinter der Front bis zu den großen Grenzstationen bleiben, sei es als Arbeiter in privaten oder öffentlichen Betrieben, oder sonstige zu vorübergehendem Aufenthalt, erfolgt ihre Entlausung in den nächstgelegenen Anstalten. Das gleiche gilt von den hin- und herziehenden Truppen, abgesehen von großen durchgehenden Transporten. Kein Ueberläufer gelangt in die Heimat, der nicht schwarz auf weiß nachweisen kann, daß er keine blinde Passagiere ins Land bringt. Er bekommt nämlich keine Eisenbahnfahrkarte, ohne daß er einen Schein vorlegt, mit dem er nachweist, daß er entlauset worden ist, oder daß die Untersuchung seine unbedingte Sauberkeit dargetan hat. Zu diesem Zweck sind an den Grenzstationen Kontrollstellen eingerichtet, auf denen sich jeder Soldat melden muß, wenn er die Eisenbahn zu einer Fahrt ins Innere des Reiches benutzen will. Diese Vorsicht gebietet sich aus zweifachen Gründen, das Verschleppen der Läuseplage selbst ins Innere des Landes soll verhindert werden; vielleicht noch wichtiger ist der Umstand, daß die Läuse den Kleptypus übertragen können. Darin liegt eine große Gefahr, der man am sichersten durch gründliche Entlausung vorbeugt. Es mag hier noch bemerkt werden, daß die Einrichtungen dazu an manchen großen Grenzstationen in den Desinfektionsanlagen der Schiffslinien für den Auswärtigenverkehr bereits fertig vorgefunden wurden. — In dem Maße, wie die Kulturentwicklung mit dem Handwerksburschenwesen der alten Zeit, mit dem Wandern und den Kennen alten Stils mehr und mehr aufräumte, verschwand auch die Kleiderlaus. Wohl die meisten von uns kennen sie nur aus den Handwerksburschengeschichten. „Nienenjagen“, wie sie früher auf den Herbergen der Handwerksburschen üblich waren, haben selbst die Waldbrüder der jüngeren Semester nicht mehr erlebt. Nun aber brachte der Krieg Hunderttausende von Deutschen aus allen sozialen Schichten des Volkes in unmittelbare Bekanntschaft mit dem Läusezeug. Und alle, die einmal damit befaßt waren, wissen den Segen der Entlausungsanstalten zu würdigen. Offiziere und Mannschaften, Arbeiter, Beamte, Gelehrte, Kaufleute, Reiche und Arme beneiden einander um eine Entlausungskur. Trotzdem trifft man noch vielfach Leute, die es fast als eine Beleidigung, mindestens als eine Demütigung oder als etwas Beschämendes empfinden, wenn sie entlauset werden sollen. Da laße ich mir den Rhythmus, der mir folgendes berichtet: „Ich würde mich hier jeden Tag entlausen lassen, selbst wenn ich nie eine Laus gehabt hätte, nur um der Wohlthat eines Bades willen.“ Dümel, Kriegsbeschäftigter.

Mietunterstützungen lediglich für Kriegerfamilien geleistet im Juni 1.1 Millionen Mark, während hierfür im März 563 000 M., im April 577 000 M. und im Mai 744 000 M. gewährt wurden. Die Mehraufwendungen für Mietunterstützungen an Kriegerfamilien im Juni übersteigen also die im Mai gegebenen um rund 50 Prozent. (Die Mietunterstützungen, die Mietern in städtischen Grundstücken und Arbeitslosen gewährt werden, sind hierbei nicht berücksichtigt.)

Die Leistungen für Kriegerfamilien im Juni betragen demnach 6,04 Millionen Mark und seit August insgesamt 39,76 Millionen Mark.

Das Oberkommando in den Marken erläßt unter dem 1. Juli folgende Bekanntmachung: Die am 5. 8. 15 erlassene Höchstpreisbekanntmachung für Chilesalpeter wird am heutigen Tage mit der Maßgabe aufgehoben, daß der Höchstpreis für alle diejenigen Mengen von Chilesalpeter besteht, deren Besitzer oder Eigentümer bereits vor dem 1. 7. 15 eine besondere Auforderung vom Oberkommando ausgegangen ist, den Chilesalpeter der Kriegs-Chemikalien-Kriegsgesellschaft zum Höchstpreise zu überlassen.

Ein Hauswirt an einen Kriegsteilnehmer.

Einen sonderbaren Brief hat ein Berliner Hauswirt, der Eigentümer des Grundstücks Schwedter Str. 2, an den zum Heere einberufenen Ehemann einer Mieterin geschrieben.

Die Frau hatte, ehe sie diesen Mann heiratete, in dem Hause die Portierstelle übernommen und selbständig mit dem Eigentümer einen Hausreinigungsgesellschafts- und Mietvertrag abgeschlossen. Sie heiratete erst, als der Mann seine Einberufung zum Landsturm erhielt, und brachte aus erster Ehe einen elfjährigen Sohn in diese zweite Ehe. Während nun der Landsturmmann in einer Garnison nahe der russischen Grenze weilte, wurde seiner Frau erzählt, daß die Hauswirtin über sie unter Bezugnahme auf die Eheschließung eine abfällige Äußerung getan haben sollte. Die Witvin hat das später bestritten, die Kriegsfrau aber glaubt, was man ihr hinterbracht hatte, und meldete die Sache ihrem Mann. Der schrieb der Witvin einen Brief, in dem er ihr Vorhaltungen machte, und ihm antwortete dann der Wirt.

In dem Hauswirtsbrief heißt es unter anderem:

Sorgen Sie dafür, daß Ihre Frau sich nicht nur auf die Beforgung ihrer Wäsche und das tägliche Hausreinigung beschränkt, sondern sich Mühe gibt, durch andere Arbeiten noch wenigstens so viel zu verdienen, daß sie ihrem Sohne Schuhe und Strümpfe anschaffen kann, damit er nicht barfuß herumlaufen muß. Ich habe Ihnen schon einmal zu erkennen gegeben, daß mir das nicht paßt, und ich muß Sie ganz entschieden bitten, für Abhilfe zu sorgen. In meinem Hause ist dies noch nie Sitte gewesen und ich wünsche, daß diese Sitte nicht eingeführt wird.

Daß in Berlin ein Hauswirt barfuß laufende Portierkinder in seinem Hause nicht duldet, wird man vielleicht in den Wohnvierteln der wohlhabenden Bevölkerung für möglich halten. Was aber soll man dazu sagen, daß hier in einem vorwiegend von Arbeitern bewohnten Stadtteil der Eigentümer eines bescheidenen Mietshauses „diese Sitte nicht einführen lassen“ will?

Dieser empfindliche Hauswirt ähert sich dann noch weiter darüber, daß seine Portierfrau nicht nach einem Nebenverdienst suchen wolle:

Sehr, sehr viele Frauen, die jetzt in gleicher Lage sind, wie die Ihrige, haben so viel Ehrgefühl, daß sie sich bemühen, ihre im Felde stehenden Männer, die ihre Gesundheit und auch ihr Leben zur Verteidigung des Vaterlandes aufs Spiel setzen müssen, wenigstens so weit zu unterstützen, daß sie sich durch Arbeiten einen, wenn auch kleinen, Nebenverdienst verschaffen, damit den draußen stehenden Männern die Sorge um ihre Lieben nicht allzu schwer wird. Arbeit ist genug da für den, der arbeiten will. Sehen oder denken Sie nur an Frau S. . . . Es ist freilich nicht jeder Frau zugänglich, sich so zu qualifizieren, wie die es tut, aber zwischen solchem Fleiß und dem Müßiggang ist doch noch Raum genug, sich nützlich zu machen, wenn Lust dazu vorhanden ist.

Die erwähnte Frau S. . . . ist eine andere Hausbewohnerin, die bei dem Wirt eine Aufwartestelle hat. Gegenüber „solchem Fleiß“ spricht er von dem „Müßiggang“, wie wenn nicht auch seine Portierfrau sich bereits „nützlich macht“. Noch mehr zu tun, fehlt's ihr wirklich nicht an Lust, aber ihr Gesundheitszustand ist nicht danach. Seit Jahren bereits erhält sie Invalidentaxe, und bald nach jenem Hauswirtsbrief mußte sie obendrein wegen einer Rippenfellentzündung in ärztliche Behandlung gehen.

Es ist wohl nicht nötig, daß wir dem Brief weitere Worte der Erläuterung beigegeben. Nur das sei noch bemerkt, daß der Briefschreiber dem Manne die Anerkennung spendet, er sei „fleißig gewesen“. Auch fügt er schließlich hinzu: „Es tut mir leid, daß ich Ihnen das alles sagen muß, aber nachdem Sie mich dazu herausgefordert haben, muß ich es tun“. Das klingt fast, als ob das Kränken dieses an den Kriegsteilnehmer gerichteten Briefes auch dem Hauswirt selber nicht ganz entgangen ist.

Irreführende Berufsberatung.

Wie wird eine Kanone gemacht? Antwort: Man nimmt ein Loch und gießt Eisen rum. In diesen Rinderschier wird erinnert, wer beruflich gezwungen ist, eine von M. Dostol verfasste Broschüre zu lesen, die im Verlage von Oberhard v. Nestorf, Berlin, erschienen ist und den Titel führt: „Welchen Beruf wählt die Kriegswitwe?“ Rund 80 Verufe sind darin als für Kriegswitwen geeignet aufgeführt, von der Künstlerin, Köntigen-Kassistentin, Detektivin, Dentistin, Apothekerin, Heiratsvermittlerin, Kellnerin, Geschäftsfrau bis zur Aufnahme von Sommerfrischlern. Demnach wird jede Kriegswitwe, die sich über Berufsaussichten für sich durch die Broschüre informieren will, nach dem Leben genau so lang sein wie Kinder nach Beantwortung der eingangs erwähnten Scherzfrage. Es ist zu begrüßen, daß das Kuratorium der Groß-Berliner Auskunftsstellen für Frauenberufe in einer Eingabe an das Oberkommando in den Marken auf die Broschüre aufmerksam macht und sie als einen ganz besonders irreführenden „Ratgeber“ bezeichnet.

Da durch den Krieg viele Frauen, die bisher nicht gearbeitet haben, gezwungen sein werden, sich einen Beruf und dadurch Verdienstgelegenheit zu suchen, so ist damit zu rechnen, daß Broschüren mit derartigen Titeln gelauft werden. Der Kaufpreis, in diesem Falle 50 Pfennig, könnte für Beschaffung anderer Dinge aber nützlicher verwendet werden. Einige Beispiele aus der Broschüre mögen dies beweisen.

Auf Seite 18 wird einer Witwe, die das Abiturium hat und über Mittel verfügt, gesagt, daß ihr der Weg des Studiums offensteht. Das dürfte diese Frau aber auch ohne Herrn oder Frau M. Dostol wissen, auch wie lange sie studieren muß, um für den Beruf als Kertzin usw. vorgebildet zu sein. Ebenso wird eine Frau, die umfangreiche Kenntnisse der Drogen besitzt, ganz von selber auf den Gedanken kommen, daß sie sich als Drogerin ihr Brot verdienen kann. Umfangreiche Kenntnisse der Drogen erlaubt man nämlich erst nach längerem Studium oder längerer Tätigkeit im Beruf. Personen, die sich in dieser Weise betätigen haben, pflegen in der Regel aber auch über eventuelle Aussichten im Beruf unterrichtet zu sein.

Praktischer ist schon der Rat an die Heiratsvermittlerin, bei Beginn ihrer Tätigkeit zuerst die Gebühren einzuziehen, die 20 bis 500 Mark betragen (Seite 26). Aber von wem denn, von „ihm“ oder „ihr“?

Doch Scherz bei Seite. Die an einigen Stellen gegebenen „Rat schläge“ rechtfertigen durchaus die von dem Kuratorium der Auskunftsstellen für Frauenberufe gewählte Bezeichnung als „Schundratgeber“ für die Broschüre und lassen es wünschenswert erscheinen, daß diese Broschüre auf ihren „Wert“ aufmerksam gemacht werden. Durch den auf Seite 25 gegebenen Hinweis, daß Frauen in Fabriken für künstliche Blumen, Federn, Stoffmalereien und koloristische Arbeiten während der Lehrzeit für diese leichten Arbeiten 10 M. pro Woche erhalten und Aussicht auf höheren Verdienst haben, könnte bei berufsfremden Personen leicht der Anschein erweckt werden, als seien diese Berufe günstige Arbeitsgelegenheiten. Daß dies durchaus nicht der Fall und außerdem die Empfehlung zur Errichtung von Heimarbeitswerkstätten geradezu gefährlich ist, dürfte Eingeweihten genügend bekannt sein.

An einer anderen Stelle, Seite 20, fordert M. W. zur Ausnutzung von intelligenteren Lehrplänen auf, die sich Inhaberinnen von Verdienstgelegenheiten zwei Jahre hindurch verpflichten sollten. Auf Seite 24 wird Kuchmachern die Beschäftigung heranwachsender Kinder empfohlen. Es gibt ein Kinderschutzgesetz, verehrte Frau oder verehrter Herr M. Dostol.

In dieser Weise werden auf 29 Seiten Kriegswitwen „Rat schläge“ erteilt. In der Regel wird mit diesen zwar nicht viel anzufangen sein. Unter Umständen aber können sie doch zur Schädigung der arbeitenden Bevölkerung führen, nicht nur zur Schädigung von Kriegswitwen. Leider ist es nicht möglich, dies durch Abdruck einiger Stellen noch näher zu beweisen. Der Verfasser droht nämlich strafrechtliche Verfolgung selbst für den auszugsweisen Abdruck an. Wahrscheinlich war er sich von vornherein klar, daß kein Mensch die Broschüre kauft, wenn ihm Stellen daraus bekannt sind.

Wozu die Kostlage der Kriegswitwen doch alles benützt wird!

Der Raubakt eines Straßenräubers.

Der durch die Aufmerksamkeit eines Eisenbahnbeamten auf frischer Tat abgefaßt worden war, lag einer Anklage wegen wissentlicher falscher Anschuldigung zugrunde, welche gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I beschlagnahmte. — Angeklagt war der Handlungsgehilfe Paul Pfeiffer, der schon mehrfach wegen sogenannter Eisenbahnstöße vorbestraft ist. Im Juli d. J. wurde P. von dem Eisenbahnassistenten Wischniewski auf dem Bahnhof Stralau-Kummelsburg festgenommen, nachdem er in einem Abteil zweiter Klasse einen eingeschlossenen Fahrgast die Briefstange entwendet hatte. In der Verhandlung vor der Strafkammer, die mit der Verurteilung des P. zu zwei Jahren Gefängnis endete, brachte der Zeuge Wischniewski u. a. zur Sprache, daß der Angeklagte auch eine schon längere Zeit vorher gefasste Fahrgastkarte von Ueberglum in die zweite Wagenklasse benutzt habe, obwohl auf diesen Karten der Vermerk stehe, daß sie nur am Tage der Lösung gültig seien. Diese Angabe des Zeugen hatte ein neues Strafverfahren wegen Betruges gegen Pfeiffer zur Folge. Um nun dem Zeugen ein auszuweisen, erstattete der Angeklagte gegen ihn eine Anzeige wegen Meineids mit der Behauptung, P. habe fälschlich behauptet, daß sich auf jeder Fahrgastkarte der Vermerk befände, daß sie nur am Tage der Lösung gültig sei. — Das daraufhin eingeleitete Ermittlungsverfahren ergab, daß diese Angabe des Zeugen auch der Wahrheit entspricht. Der Spieß wurde nun umgedreht und das vorliegende Strafverfahren wegen wissentlicher falscher Anschuldigung gegen den Angeklagten eingeleitet. — Staatsanwaltschaftsrat Weismann beantragte sechs Monate Gefängnis, da es sich um einen recht vermessenen Raubakt handelte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis.

Beschlagnahme eines Flugblattes.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Das Oberkommando in den Marken hat am 24. Juni d. J. das als Manuskript gedruckte Flugblatt „An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands! An den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Berlin!“, datiert: Berlin, den 9. Juni 1915, mit Unterschriften einer großen Anzahl von sozialdemokratischen Parteigenossen in Vertretung der Reichstagsfraktion, beschlagnahmt. Gleichzeitig hat die genannte Reichstagsfraktion seine weitere Herstellung und Verbreitung, gleichviel ob gedruckt oder auf chemischem oder mechanischem Wege vervielfältigt, verboten.

Das Flugblatt enthält die an Fraktion und Parteivorstand gerichtete Forderung, den Burgfrieden aufzulösen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundzügen des Parteiprogramms und der Parteibeschlüsse und den sozialistischen Kampf für den Frieden zu eröffnen. — Wer das Verbot des Oberkommandos übertritt oder zu seiner Übertretung auffordert oder anregt, wird, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.

Zammelfstelle für Liebesgaben.

Für Schöneberg und die nähere Umgegend hat der Stadtverordnete Herr S. Vetter eine Unterzammelfstelle von der Staatlichen Abnahmestelle freiwilliger Gaben für das III. Armeekorps (Mark Brandenburg) übernommen, die sich in den Räumen der Zammelfstelle für Liebesgaben im neuen Rathaus, Eingang Badensche Straße, Fernsprecher Rollendort 1727, befindet.

Bei den großen Strapazen, die unsere siegreichen Truppen gerade jetzt in der Hitze auf allen Kriegsschauplätzen durchzumachen haben, sind besonders Liebesgaben in Gestalt von durstlöschenden Getränken, wie Limonaden, Mineralwasser, Fruchtjasten sowie sauren Bonbons, sehr erwünscht.

Eine stundenlange Verkehrsstockung.

gab es gestern morgen an der Ede der Friedrich- und Dranienburger Straße. Dort sind noch die Pflasterarbeiten vom Bau der Nord-Südbahn her im Gange. Der Fuhrwerksverkehr muß sich deshalb an mehreren Stellen durch Engpässe und auf Umwegen vollziehen. Gestern morgen nur geriet ein großer Rollwagen, der mit Leder hoch beladen war und vom Lehrter Bahnhof herkommend von der Friedrich- nach der Dranienburger Straße einbiegen wollte, auf eine ungepflasterte Stelle, und fuhr sich so fest, daß er nicht mehr vor- noch rückwärts konnte. Bei dem Versuch, den schweren Wagen doch noch rückwärts wieder auf das Pflaster zu bringen, versagte die Steuerung und jetzt klappte er um und fiel gerade auf die Gleise der Straßenbahn. . . . So stockte der Verkehr auf allen Linien, die diesen Weg nehmen müssen, bis der Wagen entladen, mit großer Mühe wieder aufgerichtet war und, von neuem beladen, weiter fahren konnte. Das dauerte lange Zeit und auf beiden Seiten hatten sich lange Reihen von Straßenbahnzügen angeammelt.

Bei der Sonnenwendfeier des Arbeiter-Wanderbundes ist ein Umhang verloren worden. Abzugeben bei Paerich, Oldenburger Str. 10.

Ueber „Deutschlands Weltkriegsgeographie und seine Bedeutung im Kriege“ wird Herr Dr. Richard Hennig heute Sonnabend, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im großen Hörsaal der Dreplow-Sternwarte einen mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrag halten.

Der Deutsche Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“ veranstaltet am Sonntag, den 4. und Sonntag, den 18. Juli, eine Spreewaldfahrt. Teilnehmerkarten a 5,75 M. und Auskunftsbrief durch Fernruf (Rostockplatz 1975) bei Fritz Kruse, Mariannenstr. 11, sowie in den Jahreshellen. (Siehe Inserat am Freitag, den 2. Juli.)

Aus den Gemeinden.

Kriegsfürsorge in Schöneberg.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der an Stelle des Genossen Volkensdorf gewählte Genosse Dr. Thajes in sein Amt eingeführt. — Für die Kriegswohlfahrtspflege sind bisher 3 Millionen Mark bewilligt worden; hierzu wurden noch 3 Millionen Mark nachgefordert, die bewilligt wurden. Nunmehr gab Stadtdirektor (Vize) den Ausschussbericht über Einrichtung eines Wohnmarktes vor dem neuen Rathaus. Verschiedene Petitionen, die von Begütern des Marktes eingegangen waren, wurden vom Referenten als nicht ernst anzusehen zurückgestellt. Die Gemeindevorstände behaupteten, daß ein neuer Markt ihnen über 300 000 Mark Mietausfall bringen wird. Der Haus- und Grundbesitzerverein erklärte, die Wohnungen würden leer stehen. Der Referent wies diese haltlosen Einwände zurück und empfahl Annahme der Vorlage. Thajes (Fr. Fr.) sprach sich gegen den neuen Markt aus; er hält es für unpraktisch, auf unvollständig ausgebautem Gelände einen Wohnmarkt zu errichten. Nach dem Kriege wäre es immer noch Zeit, daran zu denken. Genosse Peterson wünschte, daß der Markt sobald als möglich eingerichtet werde, damit dem Publikum Gelegenheit gegeben werde, gute und billige Waren einzulassen. Genosse Küter erwartet, daß die Vorlage sofort angenommen und nicht nach den Wünschen der Liberalen fraktion erst noch an die Kunstdeputation verwiesen werde, das wäre gleichbedeutend mit Ablehnung. Die ganze Sache sei zu kleinlich, um von Künstlern erst noch ein Gutachten darüber eingeholen, ob die Verkaufsstände lang oder quer eingerichtet werden sollen. Auch die Farbe der Böden für die Stände müsse den einzelnen überlassen bleiben. Außerdem sei es jedoch wünschenswert, wenn der Magistrat dafür Sorge, daß die künstliche Zurückhaltung des Frühlings durch die Großhändler aufgehoben werde, um die bereits bestehende Teuerung nicht noch mehr zu steigern. — Die Abstimmung, ob die Vorlage an die Kunstdeputation überwiesen werden soll, ergab Stimmengleichheit. Durch Ausschlag des Vortrages wurde dieser Antrag abgelehnt und die Vorlage des Magistrats angenommen.

Bei dem Bericht über die Klassenfrequenz der Gemeindefürsorge erklärte Genosse Bernke, jetzt keine besondere Kritik zu üben, da durch die Kinder der Flüchtlinge die Zahl etwas gestiegen sei. Von einem Aufgeben unserer Forderungen könne jedoch keine Rede sein.

Der Kolonistenverein „Grüne Aue“ petitionierte um einen Zuschuß, da von seinen 100 Mitgliedern 37 zum Heeresdienst einberufen und für die Betreffenden die Nacht bezahlt werden müßte, wenn ihnen ihre Vorräte nicht verloren gehen sollte. Da die Kolonisten nachweislich Belege beibrachten, so wurden 1000 M. bewilligt.

Das Glasreinigungsinstitut ersuchte um Gewährung einer Kriegszulage. Genosse Ost rügte hierbei, daß von den Reinigungsfrauen des Rathauses verlangt werde, außer der ihr reichlich zugewiesenen Arbeit auch die hohen Fenster zu reinigen, ohne daß dafür besonders bezahlt, während dem Unternehmer der ausbedingene Lohn und darüber geleistet werde. — Stadtrat Schüller erklärte, den Frauen wäre keine Mehrbelastung an Arbeit überwiesen worden. Das Gegenteil ist richtig. Es seien mehr Frauen, hauptsächlich Kriegsfrauen, eingestellt worden.

Bei Gewährung der Kriegsteuerzulage haben sich, wie Genosse Peterson bemerkt, Unebenheiten und Härten herausgestellt. Insbesondere geht den Straßenreinigern und Kanalarbeitern die Zulage dadurch verlustig, daß ihnen als Dienstleistungen Sonntagsarbeit und Ueberstunden mit angerechnet werden. Dadurch bekomme ein Arbeiter mit einem Kinde eine höhere Teuerungszulage als einer mit mehreren Kindern. Die Folge davon sei, daß ein erheblicher Teil der Beamten, Angestellten und Arbeiter mit einem Einkommen von annähernd 2000 M. ausfallen würde. — Stadtdirektor (Fr. Fr.) wünschte, daß an dem bisherigen Zustand nichts geändert werde. Bei Berechnung der Pensionierung werde Ueberverdienst ebenfalls angerechnet. Auch der Arbeitern brauche keine Ausnahme gemacht werden. — Die Genossen Küter und Bernke wiesen diese Ausführungen zurück und betonten, daß dies für die Arbeiter eine Bestrafung bedeute und dazu führen müßte, Ueberstundenarbeit zu vermeiden. — Stadtrat Volkensdorf wünschte, daß allen die Teuerungszulage zugute kommen möge, doch muß eine Minderung herbeigeführt werden. Der Antrag wurde mit einer Verschlechterung und siehe dieselben Härten nach sich wie vor dem. — In der Abstimmung wurde der Antrag auf Abgabe und die Magistratsvorlage angenommen. Danach wird die Kriegsteuerzulage allen denjenigen Personen gewährt, deren Dienstleistungen ausschließlich der Teuerungszulage und Familienzulage sowie der Entscheidung für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit den Betrag von 2000 M. jährlich nicht übersteigt.

Für die Unterstützung von Familien mobiler Mannschaften hat bisher die Gemeinde 5 Millionen Mark ausgegeben, bis Ende des Jahres sind jedoch 1 1/2 Millionen Mark noch erforderlich, die nachbewilligt werden müssen. Dem wurde zugestimmt.

Für die hilfsbedürftigen Deutschen in Galizien und der Bukowina wurden 500 M. bewilligt.

Ferientage in Neukölln.

Die Ferientage werden auch in diesem Jahre abgehalten. Zur Bewältigung der dadurch entstehenden Arbeit werden die Genossinnen, die über Zeit verfügen, ersucht, sich noch als Helferinnen zur Verfügung zu stellen.

Am Sonntag, den 4. Juli, soll das Kaspeler stattfinden. Der Abmarsch erfolgt mittags 1 Uhr von der Redarstraße aus mit Musik nach der Königsheide. Dort ist Gelegenheit zum Kaffeetrinken. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung. Es wird ferner gebeten, den Kindern etwas Mundvorrat mitzugeben; desgleichen sollten Getränke nur in Ueberschuss oder Gemäldebehältern mitgegeben werden, damit sich die Kinder nicht verletzen können.

Die Spielplätze für die einzelnen Bezirke sind folgende:

- 1.—7. Bezirk: Koenigsheide, Ede Wegandstraße; 8.—12. Bezirk: Turnplatz der Freien Turnerschaft an der Reichsholzstraße; 13. bis 15. Bezirk: Städtischer Sportplatz, Grenzallee; 16.—19. und 21. Bezirk: Platz an der Schule, Leffingstraße; 20., 22.—24. Bezirk: Vereinsbrauerei, Eingang Jägerstraße.

Die Spiele finden an allen Tagen, außer Sonnabends und Sonntags statt. Die Spielzeiten sind folgende: Bezirke 1.—3: Reuterplatz; Bezirke 4 und 5: Reichsholzstraße; Bezirke 6 und 7: Ede Wegandstraße; Bezirk 8: Wildenbruchplatz, am Eichenweg; Bezirk 9: Poststraße; Bezirk 10—12: Richardplatz; Bezirk 13 bis 15: Kronoldplatz; Bezirk 16: Reichsholzstraße; Bezirk 17: Hermannstraße; Bezirk 18a: Ede Wegandstraße; Bezirk 17: Stubenrauchplatz; Bezirk 18—20: Poststraße; Bezirk 21: Schillerpromenade; Ede Wegandstraße; Bezirk 22: Schillerpromenade, Ede Wegandstraße; Bezirk 23: Reichsholzstraße, Ede Wegandstraße; Bezirk 24: Karlsgartenstraße, Ede Wegandstraße.

Der Abmarsch erfolgt von diesen Stellen um 2 Uhr.

Der Freien Turnerschaft Kummelsburg ist nunmehr die Erlaubnis erteilt worden, die Schulturnhalle in der Luchstraße zu benutzen. Die Turnabende sind vorläufig wie folgt festgesetzt worden: Dienstag: 7—9 1/2 Uhr Spielabend auf dem Städtischen Sportplatz an der Hirschberger Straße; Mittwoch: 8—10 Uhr Turnabend für die Jugend- und Männerabteilungen; Donnerstag: 8 1/2—10 1/2 Uhr: Turnabend für die Damenabteilung. Der Verein, der seit langen Jahren eine vielseitige rege Tätigkeit auf allen Turnischen und sportlichen Gebieten ausübt, hat besonders die Jugendturnpflege in sein Programm aufgenommen, insbesondere, da ihm Vorturner zur Verfügung stehen, die mit Turnunterrichts-erlaubnisscheinen ausgestattet sind. Gäste sind auf den Turn- und Spielabenden willkommen.

Verbandstag der Metallarbeiter.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Diskussion über die von der Beschwerdelkommission behandelten Einzelfälle nahm in der Freitagssitzung noch einen erheblichen Teil der Zeit in Anspruch.

Unterstützungswesen

gestellten Anträge übertragen war, das Ergebnis ihrer Arbeiten vor. Rüdert-Karlstraße führte als Berichterstatter der Kommission aus: Die Kommission schlägt vor, daß vom 1. August ab die Hälfte der bisherigen Sätze der Krankenunterstützung gewährt werden.

Nach kurzer Diskussion wurde unter Ablehnung aller anderen Anträge, welche zum Unterstützungswesen vorlagen, der folgende Antrag der Kommission angenommen:

Die Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit ist vom 1. August 1915 an in der Höhe der Hälfte der bisherigen Unterstützungssätze auf die Dauer von 20 Wochen bei 14-tägiger Karenzzeit wieder einzuführen.

Ausgesteuerte und noch nicht bezugsberechtigte zum Kriegsdienst eingezogene Mitglieder, die sich nach ihrer Entlassung aus dem Heeresdienst fristgemäß (§ 5 Abs. 6) zum Verband wieder anmelden, können innerhalb sechs Wochen nach ihrer Entlassung bei Arbeitslosigkeit Unterstützung auf die Dauer von insgesamt 4 Wochen beziehen.

Ausgesteuerte erhalten die Unterstützung in der Höhe, die ihnen vor ihrem Einrücken zustand.

Richtbezugsberechtigte erhalten den niedrigsten Satz der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.

Beim späteren Bezug von aufzurechnenden Unterstützungen kommen diese Unterstützungen nach den statistischen Bestimmungen in Anrechnung.

Hinsichtlich der Stufbeiträge machte die Statutenberatungskommission folgenden Vorschlag: Der 30-Bf.-Klasse gehören wie bisher die weiblichen Mitglieder, die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren an. Die 50-Bf.-Klasse ist für erwachsene Mitglieder, die nicht mehr als 24 M. wöchentlich verdienen, und die 70-Bf.-Klasse für die Mitglieder mit einem Wochenlohn von über 24 M. Es steht den Mitgliedern, die bis 24 M. verdienen, frei, in die 70-Bf.-Klasse zu treten, auch dürfen weibliche Mitglieder in die 50-Bf.-Klasse eintreten.

Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Dann legte die Kommission ihre Äußerungen vor.

Kan folgte ein Vortrag des Verbandsvorsitzenden Schlick-Strußart über

die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften.

Er führte unter anderem aus: Vielseitige soziale Pflichten sind dem deutschen Volke durch den Krieg erwachsen. Schon vorher war das Maß der sozialen Aufgaben nicht gering. Der Krieg hat die Dringlichkeit ihrer Erfüllung mit aller Deutlichkeit dargelegt. Die Erfüllung sozialer Pflichten hat zur Voraussetzung die Anerkennung der sozialen Gleichberechtigung. In dieser Hinsicht hat uns der Krieg keinen Fortschritt gebracht. Der Zustand ist der gleiche geblieben, wie er vorher war. Noch heute sind zahlreiche grundsätzliche Gegner der sozialen Gleichberechtigung vorhanden. Es ist recht bezeichnend, daß die Militärbehörden sich veranlaßt sahen, die für sie arbeitenden Betriebe zu warnen, das Ueberangebot von Arbeitskräften nicht zur Lohnrückbildung auszunutzen. Unter Berufung auf Erlasse der Militärbehörden suchten die Unternehmer die Freizügigkeit der Arbeiter zu beschränken. Die Unternehmer mühten erst durch die Militärbehörden veranlaßt werden, Arbeiter nicht deshalb zurückzuweisen, weil sie landsturmpflichtig sind. Es soll gern anerkannt werden, daß es auch Unternehmergruppen gibt, die zu Anfang des Krieges wirklich sozial dachten. Es sei erinnert an die Kriegsausgänge und Arbeitsgemeinschaften. Doch diese Bestrebungen blieben nur vereinzelt. Sie waren ohne Einfluß auf die Haltung des Unternehmertums, das in allen wichtigen Abhängigkeiten den Standpunkt des Herrn im Hause erkennen ließ. Man hätte vor der Herausgabe solcher Erlasse auch die Vertreter der Arbeiter hören sollen. Die Maßnahmen zur Lebensmittellieferung würden besser durchgeführt worden sein, wenn man die wertvolle Bevölkerung zur Mitarbeit herangezogen hätte.

Als beim Ausbruch des Krieges die Arbeitslosigkeit einen großen Umfang angenommen hatte, erkannte der Reichsminister an, daß alles geschehen müsse, um diejenigen Volksgenossen, die der Krieg erwerbslos gemacht hat, vor Not zu schützen. Doch diese Aufgabe wurde den Gemeinden zugewiesen und in einer Weise ausgeführt, die der Arbeitslosenunterstützung in manchen Gemeinden den Charakter der Armenunterstützung nicht genommen hat. Die Arbeitslosenunterstützung hätte durch das Reich geregelt werden müssen unter Anerkennung der vollen sozialen Gleichberechtigung. — Mit der Arbeitslosenversicherung hängt die Frage der Arbeitsvermittlung eng zusammen. Auch diese Frage ist durch den Krieg in den Vordergrund des Interesses gerückt, aber von ihrer Lösung weit entfernt. Die Frage der gesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung wird immer brennender, und damit wächst die Sorge der Unternehmer, daß dadurch ihre Kampfabwehnmäßigkeit an Einfluß verlieren. Die Reichsregierung hat ja bei Ausbruch des Krieges eine Reichszentrale der Arbeitsnachweise errichtet. Sie entsprach aber den Erwartungen nicht und hat, als größere Anforderungen an sie gestellt wurden, versagt. Die Zentrale hat die Mängel auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung nicht beseitigt.

Am Schluß seines zweifelhafte Vortrages vertrat der Redner folgende Forderungen: Gesetzliche Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Genet System. Diese Frage muß noch während des Krieges gelöst werden. Regelung der Arbeitsvermittlung nach den Grundsätzen, welche der Reichstag im März dem Bundesrat unterbreitet hat. Errichtung von paritätischen Kriegsausgängen zur Schlichtung von Differenzen und Herbeiführung von Arbeitsgemeinschaften. In dieser Hinsicht muß die Regierung die Interessentengruppen zum gemeinsamen Arbeiten zusammenführen. — Wenn wir mit aller Kraft für diese unsere nächsten Aufgaben eintreten, dann können wir auf ihre Erfüllung rechnen. (Lebhafter Beifall.)

Der Verbandstag sah von einer Diskussion des Vortrages ab und nahm einstimmig folgende Resolution an:

Nach der Beendigung des Krieges werden voraussichtlich viele Kriegsteilnehmer unter einer langen und schweren Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Diesen eine ausreichende Unterstützung zu sichern, betrachtet die 12. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes als eine Pflicht und als einen Akt der Dankbarkeit und Anerkennung.

Die Generalversammlung erwartet von den Gemeinden Deutschlands, die während des Krieges die Arbeitslosenfürsorge

eingeführt haben, daß sie diese Einrichtung so lange beibehalten, bis an ihrer Stelle eine Arbeitslosenversicherung auf reichsgesetzlicher Grundlage durchgeführt ist.

Die Generalversammlung fordert in den Gemeinden, die bisher Einrichtungen zur Unterstützung Arbeitsloser nicht getroffen haben, die baldigste Einführung dieser Maßnahme.

Da nicht alle Gemeinden infolge der starken Inanspruchnahme ihrer Mittel in der Lage sind, die Kosten der Einrichtung aus eigenen Kräften zu bestreiten, fordert die Generalversammlung die Bereitstellung von Mitteln durch das Reich.

Aus anderen Rassen gewährte Unterstützungen dürfen auf die Arbeitslosenunterstützung aus städtischen Mitteln nicht angerechnet werden.

Ferner wurde beschlossen, sich an den Bundesrat zu wenden mit dem Ersuchen, die Schutzbestimmungen für Frauen und jugendliche Arbeiter wieder in Kraft zu setzen.

Zum internationalen Metallarbeiterkongress, der für nächstes Jahr in Wien angesetzt ist, bemerkt der Schlichter: Wir fühlen uns verpflichtet, die Internationale aufrechtzuerhalten und werden deshalb auch in der gegenwärtigen Zeit unsere Vorbereitungen zum Kongress treffen.

Hierauf beschloß der Verbandstag, zehn Delegierte zu dem Kongress zu entsenden.

Die weiteren Verhandlungen wurden auf Sonnabend vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Deutsche Vacuum-DeL. u. G. in Hamburg steigerte trotz Verdoppelung der Abschreibungen (743 200 M. gegen 395 800 M. im Vorjahre) ihren Jahresgewinn von 0,44 auf 0,85 Millionen Mark. Die Dividende wird verdoppelt (12 gegen 6 Proz.). Der Bericht teilt mit, daß die Gesellschaft bei Kriegsbeginn über ansehnliche Bestände an deutscher Rohware und Halberzeugnissen verfügte, die im Vergleich zu den damaligen Marktverhältnissen mit mäßigen Preisen zu Buch standen. Sie konnte den gesteigerten Anforderungen vollständig genügen, was eine entsprechende Vermehrung des Abjages zur Folge hatte. Die zu Anfang des Krieges bestehenden Verkaufsverbindlichkeiten wurden, so lange es möglich war, zu den Preisen und Bedingungen der Abschlässe erfüllt. Zum Schluß des Jahres 1914 verblieben noch ansehnliche Mengen deutscher Rohware. Unter Zuhilfenahme anderer Rohware ist es bis jetzt möglich gewesen, den Betrieb der Fabriken in vollem Umfange aufrechtzuerhalten. Wenn auch die Geschäftsentwicklung in diesem Jahr bisher zufriedenstellend war, so läßt sich doch schwer ein Urteil über die Zukunft bilden.

Lebensversicherungs-Dividenden.

In der am 23. Juni veröffentlichten Notiz unter dieser Ueberschrift ist die Dividende der Teutonia-Versicherungs-Aktiengesellschaft verlässlich mit 48 statt 20 Prozent angegeben worden. Die Leipziger Lebensversicherungs-Gesellschaft ist keine Aktiengesellschaft, sondern eine Gesellschaft auf Gegenseitigkeit. Die Dividende von 55 Prozent dieses Unternehmens kommt also den Gesellschaftern zugute.

Soziales.

Ist die Berufung verspätet?

Der Arbeiter E. R. in Sp. bezieht für die Folgen eines Betriebsunfalles von der Nordöstlichen Baugewerks-Vereins-Gesellschaft eine Unfallrente. Im Jahre 1911 begab sich R. ins Ausland und erlitt durch Schreiben aus zwei verschiedenen Orten an die Berufsgenossenschaft, ihm die Unfallrente bis zu seiner Rückkehr aufzuheben. Die Berufsgenossenschaft benutzte diesen Anlaß, die Rente unter Berufung auf § 94 Abs. III des Gewerbeunfallversicherungs-Gesetzes einzustellen; sie erließ einen dahingehenden Bescheid unter dem 6. Januar 1912. Da die Zustellung des Bescheides an den Kläger nicht erfolgen konnte, vervollständigte die Berufsgenossenschaft die Zustellung durch öffentlichen Aushang in den Räumen der Genossenschaft in der Zeit vom 11. bis 22. Januar 1912. Im Juni 1912 kam R. zurück und forderte seine Rente. Darauf wurde ihm eine Abschrift des seinerzeit erlassenen — nunmehr rechtskräftig gewordenen — Bescheides ausgehändigt. R. gab sich indessen damit nicht zufrieden, sondern suchte diesen Bescheid durch Berufung beim Oberversicherungsamt an. Das Königl. Oberversicherungsamt Groß-Berlin wies die Berufung als verspätet zurück. Indessen abgesehen von der verspäteten Berufung, die auch sachlich nicht begründet, denn § 94 Abs. III a. a. D. sei nach Ansicht des Oberversicherungsamtes durchgreifend. Diese Entscheidung wurde durch das Rechtsmittel des Rekurses angefochten. Das Reichsversicherungsamt entschied zugunsten des Verletzten. Der erkennende Senat hob das Urteil des Oberversicherungsamtes und auch den Bescheid der Berufsgenossenschaft auf. In der Begründung des Urteils des erkennenden Senats heißt es unter anderem:

In erster Linie war zu prüfen, ob die Berufung gegen den Bescheid der Beklagten vom 6. Januar 1912 noch als rechtzeitig angelegt anzusehen ist. Diese Frage hat das Reichsversicherungsamt abweichend von der Entscheidung des Oberversicherungsamtes entschieden. Die Zustellung des Bescheides vom 6. Januar 1912 ist unter Anwendung des § 155 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes durch öffentlichen Aushang in den Geschäftsräumen der Beklagten in der Zeit vom 11. bis 22. Januar 1912 erfolgt worden. Die Einlegung der Berufung durch den Kläger erfolgte erst am 26. Juni 1912, also zweifellos um mehrere Monate zu spät, es sei denn, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die öffentliche Zustellung nicht vorgelegen haben. Erste und unerlässliche Bedingung für die Anwendbarkeit der Zustellung durch öffentlichen Aushang ist, daß zuvor alle Mittel, den Aufenthaltsort des Zustellungsempfängers festzustellen, erschöpft worden sind. Vorliegend hatte der Kläger der Beklagten am 6. Juni 1911 aus La Rochelle mitgeteilt, daß er sich seit Ende Mai im Auslande befinde, und zugleich gebeten, ihm seine Rente bis zu seiner Rückkehr aufzubewahren.

Hierauf hat die Beklagte durch Schreiben vom 14. Dezember 1911 bei dem Kaiserlichen deutschen Konsulat in La Rochelle angefragt, ob R. sich noch dort aufhalte. Auf die Antwort des Konsulats hin, daß der Kläger dort unbekannt sei, hat die Beklagte den Bescheid vom 6. Januar 1912 erlassen und den Aushang desselben im Sektionsbureau verfügt. In dem Bescheide heißt es, daß die Rente gemäß § 94 Nr. 3 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes ruhe, da der Kläger seine nähere Adresse nicht angegeben habe und sein Aufenthaltssort auch durch die angestellten Ermittlungen nicht festzustellen gewesen sei. Die Beklagte hat jedoch tatsächlich außer der Anfrage bei dem Konsulat alle weiteren sachgemäßen Ermittlungen nach der Adresse des Klägers unterlassen. Sie durfte sich, wenn sie den Weg der öffentlichen Zustellung betreten wollte, jedoch nicht mit der Auskunft des Konsulats in La Rochelle begnügen, da noch weitere Nachforschungen anderer Art möglich waren. Insbesondere wäre eine Anfrage bei der Polizeibehörde in Sp. am Platze

gewesen, da der Kläger auch nach seinen Wunderschaften in früheren Jahren stets dorthin wieder zurückgekehrt war. Auch war der Beklagten, wie aus den Akten hervorgeht, bekannt, daß in Sp. die Stiefmutter des Klägers wohnte, deren alleiniger Ernährer er gewesen zu sein seinerzeit behauptet hatte. Lagen aber hiernach die Voraussetzungen für die öffentliche Zustellung nicht vor, so war der öffentliche Aushang ohne Rechtswirkung. Die Zustellung des Bescheides hat frühestens mit der am 5. Juni 1912 erfolgten Ueberlieferung einer Abschrift des Bescheides an den Kläger stattgefunden und die am 26. Juni 1912 eingelegte Berufung war deshalb rechtzeitig. Unter diesen Umständen mußte der Rekurs aber zugleich auch sachlich Erfolg haben. Der Bescheid der Beklagten vom 6. Januar 1912 ist materiell deshalb nicht gerechtfertigt, weil zur Zeit seiner Zustellung, nämlich im Juni 1912, die Voraussetzungen des § 94 Nr. 3 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes nicht vorlagen. Eine Wirksamkeit für die zurückliegende Zeit kommt nach dem noch Anwendung findenden Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz nicht in Frage.

Durch Zeugen nachgewiesener Unfall.

Unsere so oft ausgesprochene Mahnung, auch die unscheinbarsten Verletzungen anzumelden, findet leider in den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen immer noch nicht die genügende Beachtung. Aus der Praxis ergibt sich, daß eine ganze Anzahl von Verletzten von den Berufsgenossenschaften mit ihren Ansprüchen abgewiesen werden, weil der Unfall nicht erwiesen sei. In all den Fällen ist dann erst ein langwieriger, unter Umständen sich jahrelang hinziehendes Verfahren notwendig, um den Anspruch durchsetzen zu können. Der Verletzte ist beweispflichtig, er hat nachzuweisen, daß der Unfall tatsächlich stattgefunden, zum mindesten muß das Stattfinden wahrscheinlich gemacht werden. Es ist daher den Verletzten immer wieder zu raten, wenn nicht direkte Augenzeugen zugegen waren, ihre Mitarbeiter oder Vorgesetzte auch von den kleinsten Unfällen sofort in Kenntnis zu setzen.

Der Flechschneider B. aus Berlin erlitt am 27. Dezember 1912 in den ersten Morgenstunden dadurch einen Unfall, daß er sich beim Baden von geschneiten und zusammengerollten Metallstreifen an der scharfen Kante den rechten Mittelfinger riß. Anfangs wurde die Verletzung nicht beachtet, bis der Finger, dann die Hand anschwellen und Blutergüsse eingetreten war. Erst am 10. Januar begab sich der Verletzte in ärztliche Behandlung; es mußte operativ eingegriffen werden. Die Finger blieben teilweise steif.

Die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik lehnte den Anspruch auf Entschädigung ab, weil Augenzeugen des Unfalls nicht vorhanden waren, die anderen Zeugen aber Aufklärung nicht geben konnten. Auch in ihrem Endbescheid hielt die Genossenschaft an ihrem Standpunkte fest.

Der Endbescheid wurde vom Oberversicherungsamt Groß-Berlin aus formalen Gründen aufgehoben und die Sache an die Genossenschaft zurückverwiesen. Vom Versicherungsamt war der Verletzte nicht vom Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter, sondern nur von einem Sekretär vernommen worden.

Die Genossenschaft erteilte den zweiten Entscheid wiederum ablehnend. Das Oberversicherungsamt verurteilte die Genossenschaft aber zur Zahlung der Vollrente bis 18. Mai 1913, bis 19. August 1913 zur Zahlung einer solchen von 30 Proz. und von da ab von 20 Proz. Zur Begründung wurde angeführt, daß die Zeugen des Oberversicherungsamtes auf Grund ihrer praktischen Erfahrung erklärten, daß derartige Unfälle, wie der Kläger sie geltend macht, beim Flechschneiden und Baden häufig vorkommen und daß Augenzeugen sehr selten zugegen sind. Durch die Aussage des einen Arbeitkollegen, dem der Verletzte die Hand wenige Tage nach dem Unfall zeigte, werde das Stattfinden des Unfalls wahrscheinlich gemacht.

Die Berufsgenossenschaft legte Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein und wies darauf hin, daß die Zeugenaussage wertlos sei, da mehrfach widersprechende Aussagen gemacht wurden. Außerdem wurde die Höhe der Teilrente bemängelt. Der Rekurs wurde zurückgewiesen. Auch das Reichsversicherungsamt sah die Angabe des Verletzten, gestützt auf die Zeugenaussage, als wahr an und fand eine zwanglose Aufklärung für die von der Genossenschaft angeführten Widersprüche in der Aussage des Zeugen.

In diesem Fall gelang also der Nachweis über die Entstehungsurache der Verletzung. In zahlreichen anderen Fällen kann ein derartiger Nachweis nicht erbracht werden; der Arbeiter ist dann der Geschädigte.

Darum nochmals: Auch die kleinsten Verletzungen sind zu melden und sofort Zeugen des Unfalls namhaft zu machen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Endebr. 3. IV. Hof rechts, barocke, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Aufschluß und eine Zahl als Zeitschriften beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. 3. 39. 1. Sie sind für diensttauglich erachtet, auch für den Felddienst; die Nummer bezeichne nur schlechte Röhre. 2. Unterstützung wird nur an die Familie des Eingezogenen gewährt. — N. 13. Rein. — Karlshorst K. 2. Nr. 52. Wenn in Ihrem Mietvertrag steht, daß die Kündigung an den einen Mieter aus für den anderen rechtsverbindlich ist, so genügt die Kündigung an die Frau, im anderen Falle müßte sie dem Ehemann rechtzeitig zugestellt werden. Entspricht die Kündigung dieser Anforderung, dann muß die Wohnung geräumt werden. — K. 2. 24. 64.

Kautschuk Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Freitag, den 2. Juli 1915. Feiloff: Rindfleisch per 50 kg, Ochsenfleisch Ia 103—120, da. IIa 90—102, da. IIIa 82—90; Bullenfleisch Ia 98—110, da. IIa 85—97; Schweinefleisch Ia 88—100, da. mager 78—85, da. dänische 00—00, Preiser 85—90, Preiser, dänische, 80—95; Bullen, dänische, 85—92; Rindfleisch, Doppelteller 110—125; Rindfleisch Ia 115—125, da. IIa 105—113; Rindfleisch ger. gen. 70—90, da. dän. 80—88, da. boll. 00—00; Hammelfleisch; Hammelfleisch 125—128; Hammel Ia 115—124, da. IIa 105—114; Schaf 105—115; Schweinefleisch, Schweine, fetter 00—00, fetter 130—154, dän. Sauen 00—00, dän. Schweine 115—120, da. Schweinefleisch 115—120, da. dänische 00—00. Gemüse: inländisches; Kartoffeln, Riesen- 50 kg 8—9, weiße Kaiserkrone 7—8, Wagdeburger, kleine 9—9,50; Porree, Schof 0,70—1,00; Spinat 50 kg 00,00—00,00; Meerrettich, Schof 4,00—10,00; Petersilienwurzel, Schof 4,00—6,00; Radieschen, Schof 1,50—1,75; Gurken, Gorgonzola, 100 Stück 0,00; Kapuziner, Hamburger, Bund 4,00, dito beifriger 100 Bund 2,00—4,00; Tomaten, Gorgonzola, 50 kg 65,00 bis 80,00; Zwiebeln, neue 50 kg 30—34; Salat, Schof 0,70—4,50; Rettiche, bayerische, 100 Stück 8,00—12, Rostbrat, Schof 1,20—1,75; Erbsen, bayerische, 50 kg 12,00—16,00; Nohrkräuter, Schof 3,00—4,00; Birnen, 50 kg 10,00—12,00; grüne Bohnen, 50 kg 20,00 bis 30,00; Ruffbohnen 50 kg 8,00—9,00. Obst und Gemüse: 1. e: Kirchen, Werberische 50 kg 14,00—22,00, da. schlesische 50 kg 8,00—16,00; Äpfel, Amerikaner, Rüte 25—30; Stachelbeeren, unreife, 50 kg 15—18, reife 50 kg 15—25; Johannisbeeren 50 kg 20—25; Blaubeeren 50 kg 30—35; Erdbeeren 50 kg 25—60, da. Beeliger 40—45, da. boll. 50 kg 15 bis 25; Zitronen: Messina 300 Stück 25—32, da. 390 Stück 25—34, da. 150 Stück 12—14, da. 50 kg 12—15, da. 160—200 Rüte 18—19.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagmittag. Im Westen ziemlich heiter, auch im Osten größtenteils trocken und allmähliche Aufhellung; in den Tagesstunden überall warmer als heute.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 263 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Reitendes Feldjägerkorps.
Baubirection der 10. Etappen-Inspektion.
Infanterie usw.: Garde: 1., 3. und 5. Garde-Regiment a. F.; 1. und 2. Garde-Reserve-Regiment; 2. Garde-Ersatz-Regiment; Grenadier-Regimenter Franz, Elisabeth und Augusta; Garde-Püsilier-Regiment; Garde-Schützen und Garde-Reserve-Schützen-Bataillon. Lehr-Infanterie-Regiment. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Püsilier-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5, 6 (s. auch Inf.-Regt. Nr. 890), 7, 8, 12, 16, 17, 19, 20, 22, 24 bis einschl. 28, 30, 31, 33, 34 (s. Inf.-Pawl. Ftz. v. der Gortz), 37 (s. auch Inf.-Regt. Nr. 880), 40 bis einschl. 46, 52, 56, 58, 61, 68 bis einschl. 67, 69, 73, 75, 77, 79, 80, 81, 83 bis einschl. 93, 95, 96, 97, 109, 110, 111, 113, 114, 116, 112, 130, 131, 132, 135, 136, 137, 140, 141, 144, 147, 148 (s. auch Erf.-Inf.-Regt. v. Reinhard), 151, 152, 156, 158, 159, 160, 161, 164, 165, 168, 169, 170, 171, 172, 174, 175, 186, 190, 230, 232. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 1, 2, 5 (s. auch Erf.-Inf.-Regt. Kellner), 6, 7, 8, 10 (s. auch Landw.-Erf.-Inf.-Regt. Nr. 9), 11, 15, 19 (s. Inf.-Regt. Nr. 892), 20, 21 (s. auch Erf.-Inf.-Regt. Runge), 22, 26, 27, 29, 30, 32, 35, 37 (s. auch Erf.-Inf.-Regt. Leimbach-Jenzen), 38, 40, 48, 51, 53, 56, 57, 59, 60, 61, 65, 66, 67, 68, 71, 72, 76, 77, 84, 87, 90, 91, 93, 94, 99, 109, 110, 111, 116, 118, 120, 201, 203, 206, 209, 213, 214, 216, 217, 218, 219, 221, 222, 223, 228, 229, 230, 231, 232, 236, 237, 249, 250, 251, 254 bis einschl. 259, 261, 262, 263, 265, 268. Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 8, 28, Königsberg II und III, Kellner, Leimbach-Jenzen, v. Ruybaum, v. Reinhard und Runge. Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 1. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 4, 5, 10, 19, 21, 22, 23, 24, 27 bis einschl. 31, 34, 37, 39, 46 (s. auch Erf.-Inf.-Regt. Leimbach-Jenzen), 49, 52, 57, 61, 66, 71, 72, 75, 76, 85, 87 (s. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 80), 99, 116, 118 und a. Gumbach. Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 5 und 9. Infanterie-Bataillon Freiherr v. der Gortz. Brigade-Ersatz-Bataillone: 2. Nr. 5, Nr. 10, 11, 16, 22, 23, 26, 30, 31, 35, 37, 39, 41, 44, 49, 50, 79, 86. Landsturm-Infanterie-Bataillone Barmen, Briesg (s. Inf.-Regt. Nr. 890), II Darmstadt, Deutsch-Krone (s. Erf.-Inf.-Regt. Runge), II Osnabrück, I Kotten, II Münster (s. Inf.-Regt. Nr. 890), Schlawa, St. Wendel, I Ziffert (s. Erf.-Inf.-Regt. v. Ruybaum). Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone Gardsershof und Schwedt a. O. Etappen-Sammel-Kompagnie Nr. 10 der 2. Armee. Jäger-Bataillone Nr. 4, 5, 7, 14; Reserve-Bataillone Nr. 2, 3, 5, 8, 11, 20, 22, 23. Reserve-Maschinengewehr-Kompagnie Nr. 61. Feld-Maschinengewehr-Bug Nr. 202 (s. Inf.-Regt. Nr. 86), Reserve-Bestellungsmaschinengewehr-Abteilung Nr. 4. Kavallerie: 1. Garde-Dragoon; 2. Garde-Mann; Dragoon Nr. 5 (s. auch Jäger zu Pferde Nr. 5), 7, 18, 21; Husaren Nr. 11 (s. Jäger zu Pferde Nr. 8), 13, 14, 18; Reserve-Husaren Nr. 5; Mannen Nr. 1, 2, 12, 16; Reserve-Regiment Nr. 1, 8, 5; Jäger zu Pferde Nr. 1 (s. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 94), 7, 8; Reserve-Abteilungen Nr. 48 und 80. Feldartillerie: 4. Garde-Regiment; Regiment Nr. 5, 7, 15 (s. Gebirgs-Kanonen-Batterie Nr. 2), 22, 23, 26, 34, 40, 43, 44, 45, 46, 47, 52, 57 (s. Landw.-Feldart.-Abt. der 4. Landw.-Div.), 58, 59 (s. auch Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 8), 87 (s. Gebirgs-Kanonen-Batterie Nr. 2), 70, 74, 75 (s. auch Feldart.-Regt. Nr. 83), 83, 104, 229, 233 (s. Feldart.-Regt. Nr. 40), 241; Reserve-Regimenter Nr. 6, 7, 20, 22, 30, 45, 52, 67, 70; Landwehr-Abteilung des 1. Armeekorps und solche der 4. Landwehr-Division; 1. Landwehr-Batterie Nr. 76 (s. Ref.-Feldart.-Regt. Nr. 30). Gebirgs-Kanonen-Batterie Nr. 2. Fuhrartillerie: Regiment Nr. 4, 7, 8, 14, 15; Reserve-Regimenter Nr. 13, 15; Reserve-Bataillon Nr. 26; Landwehr-Bataillon Nr. 8; Batterie Nr. 240; Reserve-Batterie Nr. 26. Pioniere: 1. Garde-Bataillon; Regiment Nr. 18, 23, 24, 25, 29, 30, 31; Bataillone: II. Nr. 2, I. Nr. 4, II. Nr. 14, II. Nr. 15, I. Nr. 16, I. Nr. 21, I. Nr. 26, 27, I. und II. Nr. 28 (Leipziger Pionier-Regt. Nr. 31); Reserve-Bataillone Nr. 33, 39; Versuchs-Kompagnie; Kompagnien Nr. 69, 111; Reserve-Kompagnien Nr. 44, 77; 1. Landwehr-Kompagnie des 6., 2. des 18. und 1. Landsturm-Kompagnie des 14. Armeekorps; Abteilung der 4. Kavallerie-Division. Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 109, 110, 111, 114, 126; Schwere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 3, 17, 41, 139, 141. Minenwerfertrupp des 40. Reservekorps. Verkehrsstruppen: Reserve-Eisenbahn-Baufkompagnie Nr. 27. Armee-Fernsprech-Abteilung v. Strang. Festungs-Signalkorps Nr. 124. Train: Reserve-Fuhrparkkolonne Nr. 83. Feldbäckereikolonne Nr. 115. Artillerie-Munitionskolonnen: 6 des 7. Armeekorps. Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 3 des 4. Armeekorps; Reserve-Sanitäts-Kompagnie Nr. 61 des 41. Reservekorps. Armierungs-Bataillone. Artilleriedepot Reg. Bewachungs-Kommando des Gefangenenlagers I Münster.

Die Verlustliste Nr. 264 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:
Feldintendanturen der 49. und 79. Reservedivision.
Infanterie usw.: Garde: 3. und 4. Garde-Regiment a. F.; 2. Garde-Reserve-Regiment; Grenadier-Regimenter Alexander, Franz und Elisabeth; Garde-Schützen und Garde-Reserve-Schützen-Bataillon. Lehr-Infanterie-Regiment. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Püsilier-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5, 6, 8, 9, 11, 12, 13, 17, 19 (s. auch Inf.-Regt. Nr. 892), 20, 26, 35, 38, 39, 42, 43, 46, 48, 49, 51, 54, 56, 57, 58 (s. auch Inf.-Regt. Nr. 881), 59, 63, 64, 65, 67, 68, 70, 75, 76, 81, 83, 85 bis einschl. 89, 92, 93, 94, 96, 97, 98, 111, 112, 113 (s. auch Gren.-Regt. Nr. 1), 114, 115, 116, 117 (s. auch Garde-Gren.-Regt. Franz), 130, 131, 132, 135, 136, 137, 140, 142, 143, 144, 145, 147, 148, 149, 150, 153, 154 (s. Inf.-Regt. Nr. 831), 156, 158, 160, 164, 165, 166, 168, 169, 175, 331, 332, 334. Regiment v. Kurnatowski von der Truppenabteilung Gleditz. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 1, 2, 3 (s. auch Erf.-Inf.-Regt. Königsberg II), 5, 7, 8, 9, 15, 19, 20, 21, 22, 24, 26, 27, 29, 31, 34, 38, 71, 72, 77, 79 bis einschl. 84, 86, 87, 89, 91, 110, 111, 130, 212, 213, 214, 216, 217, 221, 222, 223, 231, 236, 237, 256, 258, 265, 266. Ersatz-Infanterie-Regiment Königsberg II. Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 4. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 6, 9 (s. auch Landw.-Inf.-Regt. Tiehl), 10 (s. auch Landw.-Erf.-Inf.-Regt. Nr. 9), 18, 19 (s. Inf.-Regt. Nr. 831), 21, 24, 31, 33, 46, 48, 51, 77 und Regiment Tiegl. Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 5, 9. Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 7, 21, 40, 43. Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 11 (s. Landw.-Erf.-Inf.-Regt. Nr. 5), 21 (s. Landw.-Erf.-Inf.-Regt. Nr. 2), 88. Landsturm-Infanterie-Bataillone 2. Raden (s. Inf.-Regt. Nr. 892), Misch (s. Inf.-Regt. Nr. 894), I Wodum, 3. Goblitz (s. Inf.-Regt. Nr. 892), I Diedenhofen, Kattowitz (s. Inf.-Regt. Nr. 834), Reddinghausen, I Saarhaus (s. Regt. v. Kurnatowski), Schlawa, 4. Trier (s. Inf.-Regt. Nr. 831). Zusammengeführtes Landsturm-Bataillon Marienwerder-Rastenburg (s. Regt. v. Kurnatowski). Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillon V. Weg und 7. Bataillon des 6. Armeekorps. Jäger-Bataillone Nr. 2, 5; Reserve-Bataillone Nr. 2, 11, 17. Garde-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1; 2. Maschinengewehr-Kompagnie Kamur; 4. Ersatz-Maschinengewehr-Kompagnie des 1. Armeekorps; Feld-Maschinengewehr-Bug Nr. 205 (s. Inf.-Regt. Nr. 88).

Kavallerie: 1. und 2. Garde-Dragoon; Kürassiere Nr. 4, 5; Schwere Reserve-Reiter Nr. 1; Dragoon Nr. 2; Husaren Nr. 4, 11; Mannen Nr. 8, 13; Reserve-Mannn Nr. 9; Jäger zu Pferde Nr. 2, 11, 12; 2. Landwehr-Üstodon des 8. Armeekorps; Reserve-Abteilung Nr. 79.
Feldartillerie: 4. Garde-Regiment; Regiment Nr. 2, 8, 16, 20, 33, 37, 47, 50, 53, 57 (s. 2. Landsturm-Batterie des 6. Armeekorps), 59, 60, 61, 63, 72, 74; Reserve-Regimenter Nr. 19, 26, 46, 64; 2. Landsturm-Batterie des 6. Armeekorps; Gebirgs-Kanonen-Batterie Nr. 3.
Fuhrartillerie: Regiment Nr. 1, 2, 4, 6, 7, 9, 11, 15, 18, 20; Reserve-Regimenter Nr. 3, 7, 13, 15; Bataillon Nr. 56; Reserve-Bataillone Nr. 26, 27, 36.
Pioniere: 1. Garde-Bataillon; Regiment Nr. 18, 19, 23, 24, 25, 29, 31, 36; Bataillone: I. Nr. 3, I. Nr. 4, III. Nr. 8, I. Nr. 9, I. Nr. 11, II. Nr. 14, I. Nr. 16, II. Nr. 27, I. Nr. 28; Ersatz-Bataillone Nr. 4, 5; Kompagnie Nr. 103; Reserve-Kompagnien Nr. 77, 82; 1. Landsturm-Kompagnie des 6. Armeekorps; Abteilung der 1. Kavallerie-Division. Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 106.
Verkehrsstruppen: Betriebsamt Nr. 1 der Militär-Eisenbahn-Direktion Nr. 3. Fernsprech-Abteilung des 10. Armeekorps. Feldfliegertruppe.
Train: Fuhrparkkolonne Nr. 7 des Gardekorps. Etappen-Bäckereikolonne Nr. 5 der Armee-Abteilung v. Strang.
Munitionskolonnen: Infanterie-Munitionskolonnen Nr. 1 des 7. Armeekorps; leichte Munitionskolonnen der 2. Kavallerie-Division; Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 3 des 4. und Fuhrartillerie-Munitionskolonnen Nr. 3 des 17. Armeekorps.
Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 3 des 10. und Nr. 3 des 15. Armeekorps und Kompagnie Nr. 54; 3. Ersatz-Sanitäts-Kompagnie Mainz. Reserve-Feldlazarett Nr. 109. Armierungs-Bataillon Nr. 33.

Die württembergische Verlustliste Nr. 212 bringt Verluste des Inf.-Regt. Nr. 120; Ref.-Inf.-Regt. Nr. 121; Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 122; Grenadier-Regt. Nr. 123; Landw.-Inf.-Regt. Nr. 124; Inf.-Regt. Nr. 125; Landw.-Inf.-Regt. Nr. 126; Ref.-Dragoon-Reg.; Feldart.-Regt. Nr. 13, 39 und 110; 2. Feld-Pionier-Komp.; 3. Landst.-Pionier-Komp.; Freiwillige Sanitäts-Kolonnen Waldsee; Verluste durch Krankheiten; Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Aus aller Welt.

Eine französische Munitionsfabrik zerstört. Eine Explosion zerstörte am Donnerstagnachmittag die Munitionsfabrik in Marseille. Neunzig Personen, in der Mehrzahl weibliche, die in der Fabrik beschäftigt waren, wurden getötet und zehn schwer verletzt. Die Ursache des Unglücks wird auf Unvorsichtigkeit zurückgeführt.

Kriegszeitungen.

Das Lesebedürfnis der im Felde stehenden Soldaten scheint gegenüber dem in Friedenszeiten kaum nachgelassen zu haben. Vieles ist es im Verhältnis zu der verfügbaren geringen Ruhe und allen übrigen Begleiterleistungen sogar noch gestiegen. Trotzdem den Soldaten allerhand Lesezeitung ins Feld geschickt wird und auch die Verbindung mit ihrer gewohnten Tagespresse aufrecht erhalten ist, macht sich bei ihnen doch noch das Bedürfnis geltend, Ergebnisse aller Art auch aus der näheren Umgebung ihres Wirkungsbereiches zu erfahren. Dies hat zur Begründung der sogenannten Kriegszeitungen geführt, die auf deutscher Seite schon in verschiedenen Exemplaren anzutreffen sind. Aber auch bei den feindlichen Truppen ist diese Erscheinung anzutreffen. Die der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ mitteilt, betätigen sich ebenso wie zahlreiche deutsche Feldgrauen Buchdrucker auch die in Frankreich zu o-a Föhnen einberufenen Gutenbergsöhner im Dienste der schwarzen Kunst. Unter ihrer tatkräftigen Mithilfe erscheinen nicht weniger als vierzehn Zeitungen an der französischen Front, denen es zum Teil auch an derbem Humor nicht mangelt. Die stärkste Auflage von allen diesen Blättern hat der „Rigobosche“, der täglich erscheint und für einen Sou zu haben ist.

Eine Kartoffelschlacht in der Neumark.

Aus Triesen bei Friedeberg (Neumark) wird der „Freisinnigen Zeitung“ berichtet: Auf dem hiesigen Wochenmarkt forderte ein Händler aus Eichbrunn für seine Kartoffeln sieben Mark für den Zentner, worauf sich ein Sturm der Entrüstung unter den vielen Hausfrauen erhob, da in den Nachbarorten Friedeberg, Arnswalde und Landsberg nur 4 bis 2,50 Mark für den Zentner gefordert wurden. Die mit Recht empörten Frauen drangen auf den Wagen des Händlers von allen Seiten ein, wocauf sich der Mann mit der Peitsche zur Wehr setzte. Die Peitsche wurde ihm von den Frauen entziffen, die ihm selbst damit über den Kopf schlugen und sein Gesicht zertrugten, so daß das Blut in Strömen floß. In dem Kampf bekam eine Frau Schweinefüße und mußte vom Markt weggetragen werden. Schließlich griff die Polizei ein und belegte die Kartoffeln mit Beschlagnahme, worauf unter behördlichem Schutz die Kartoffeln mit 4 Mark und 4,50 Mark verkauft wurden, so daß der Vorrat bald geräumt war. Die „Frei. Ztg.“ bemerkt dazu, daß es kaum glaublich sei, daß jetzt noch ein Händler 7 Mark für den Zentner Kartoffeln verlange. Es sei daher den Frauen nicht zu verübeln gewesen, wenn darob ihr Blut in Wallung geraten sei und es zu einer regelrechten Kartoffelschlacht kam.

Eine Verfügung des preussischen Kultusministers.

Der preussische Kultusminister gibt bekannt: „Es ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß kirchlich Kindern einer Landschule von ihrem Lehrer verboten worden ist, barfuß zur Schule zu kommen. Ein derartiges Verbot mag in Friedenszeiten in Fällen, in denen eine besondere Veranlassung dazu vorliegt, gerechtfertigt sein. Während der Kriegszeit ist — zumal auf dem Lande und in ländlichen Verhältnissen — von einem solchen Verbot schon deshalb abgesehen, weil es den Eltern wegen der gesteigerten Preise nicht immer leicht fallen wird, ihre Kinder mit dem notwendigen Schuhwerk zu versehen.“

Parteiveranstaltungen.

Reuttl. Jugendsektion. Morgen Sonntag: Ausflug nach Rothbus. Treffpunkt früh 6.55 am Götlicher Bahnhof. Fahrzeug 4.60 Mark. Zusammenkunft mit der Rotbusler Jugend und Besuch des Schoemanschen Grabes.
Arbeiter-Samariterbund. Lehrstunden haben nächste Woche: Kolonne Berlin, Abteilung II: Montag, den 5. Juli, Zwinge-mänder Str. 42. Vortrag des Bundesvors. D. Stein.
Freitag, den 3. Juli, Köpenicker Str. 62: für sämtliche Mitglieder. Teilmehmer und Gäste. Vortrag Dr. Popp: „Ueber die Augen“, mit Ausstellung von Modellen usw. Anfang pünktlich 9 Uhr abends. Die Lehrstunde der III. Abteilung fällt aus.
Kolonne Reinickendorf: Rosenbal: Montag, den 5. Juli, am Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Anders, Hauptstr. 93: Vortrag und Uebung.

Eingegangene Druckschriften.

Arbeiter-Jugend. Die sechsten erschienenen Nr. 14 des sechsten Jahrganges hat u. a. folgenden Inhalt: Unser Weg. (Schluß) — Sommer-abend. Gedicht von H. Winger. — Kellner! Von H. Lenningson. (Schluß) — Die Biologie des Krieges. — Dem Bruder. Gedicht von Derr. — Die Kunst der Japanner. Von Adolf Behme. (Mit Abbildungen.) — Ueber die Ermüdung. Von H. Wipshay. (Mit Abbildung.) (Schluß) — Aus der Jugendbewegung.
Neues Leben. Monatschrift für sozialistische Bildung, herausgegeben von A. Grimm u. S. Lorenz. 1. Jahrg. 8. Heft. Zahl. 3,50 Mark. Unions-Druckerei, Bern.
Die Sozialdemokratie am Scheidewege. Von E. Kolb. 50 Pf. Ged u. Cie., Karlsruhe i. B.
Bismarck. Grundzüge seiner Politik. Von Dr. Th. Scheffer. 90 Pf. geb. 1,20 Mark. — Von der Gottesordnung in der Welt. Von Dr. Th. Scheffer. 50 Pf. Verlag der Deutschen Kanzlei, Berlin-Steglitz.
Kriegsziele und Deutscher Idealismus. Von H. Weisbach. 50 Pf. — Uralte, Ufrainer und die Interessens Deutschlands. Von Dr. C. Dewitz. 1 Mark. A. Curtius, Berlin W. 35.
Das Englische Geschicht. England in Kultur, Wirtschaft und Geschichte von Prof. H. Holtz u. a. 1 Mark. Ullstein u. Co., Berlin SW. 68.
Universal-Bibliothek 5761/63: Das Buch vom Fürsten Bismarck. Von G. Heffner. — 5764/65: Kriegsgelehrte des Deutschen Reiches. Organisationsheft. Herausgegeben von A. Vannier. — 5766: Auf verlorenem Posten. Geschichte von J. B. Demall. — 5767: Sophontide. Tragödie von E. Geibel. — 5768: Kriegsnovellen. 3. Band. Beiträge von J. v. Briesen u. a. — 5769: Brettspiele für einen. Von D. Gato. 5770: Oesterreichisches Kriegstagebuch. I. Von R. Parllan. Einzeln. 90 Pf. G. Reclam, Leipzig.
Karte zur Uebersicht der gegenwärtigen Kriegslage in Europa und den Mittelmeerländern. 1 Mark. D. Reimer, Berlin SW. 48.
Kriegsberichte aus dem Großen Hauptquartier. 4. Die deutschen Truppen in der Karpaten. Die Kämpfe bei Rantier. — 5. Aus den Kämpfen im Osten. — 6. Die Kämpfe zwischen Raus und Wofel. — 7. Die Durchbruchschlacht in Galizien bis zur Einnahme von Przemyß. Einzelnummer 15 Pf. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.
Die Tat. Sozialistische Monatschrift für deutsche Kultur. Heft 4. Viertel. 3 Mark. E. Dieckhoff, Jena.
Der Deutsche Krieg. Heft 33: Der englische Volkscharakter. Von J. H. Schöningh. — Heft 34: Der Krieg und die Geschichts-funktionen. Von Prof. Dr. H. Reiffers. — Einzeln. 50 Pf. — Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.
Bericht über die Verhandlungen des Allgemeinen Fürsorge-Erziehungstages 1914 in Halle. 88 S. — Allgemeiner Fürsorge-Erziehungstag, Hannover-Neefeld.
Belgien unter deutscher Verwaltung. Von G. A. Frech u. A. Wiffing. 60 Pf. — Sächsisches Monatsheft, München.
Bismarcks Erde. Von G. Velbrück. 1 Mark. Ullstein u. Co., Berlin SW. 68.
Gute und böse Geister. Kleine Erzählungen von Lucie Widena. 66 S. Schweizer Deutsch- und Verlagsanstalt, Zürich.
Internationale Rundschau. 1. Jahrg. 1. Heft. 50 Pf. Art. Anstalt Drei-Bühl, Zürich.
Rein vollständige Vaterlandslieber mit Klavierbegleitung von J. Waldmann. 1 Mark. Selbstverlag, Berlin.
Vaterland und Sozialdemokratie. Von E. Kolb. 1,50 Mark. — Soziale Moral in China und Japan. Von E. B. Jenfer. 1 Mark. — Wesen und Aufgaben des bürgerlichen Radikalismus. Von E. Bernheim. 1 Mark. — Versuch einer Theorie der Produktion. Von H. Heffner. 4 Mark. — Die deutsche Volkswirtschaft im Kriege. Von F. Gulenburg. — Das Problem der Arbeitsverteilung und seine Lösung mit Hilfe von Vernunftrecht und Rechtsstaat. Von A. Diener. 2,50 Mark. — Produktion, Absatz, Preisbildung von Mollerer, Leipzig. Von Dr. E. Kahn u. a. 10,00 Mark. — Dunder u. Humblot, München u. Leipzig.
Deutschland als Weltbürger. Von J. H. Aug. 1,25 Mark. Union Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.
Kriegsjahrbuch 1914 für Volk und Jugend. Herausgegeben von Prof. Dr. E. Kolb. 1,80 Mark. U. G. Leubner, Leipzig.
Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1913. (11. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt.) Bearbeitet im Kaiserl. Statistischen Amt. 1,60 Mark. G. Heymann, Berlin W. 8.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch Pichelswerder, an der neuen beim Alten Freund. Geertstraße

Erzählungen.

- Romane u. dgl. zu bedeutend herabgesetzten Preisen liefert, soweit der Vorrat reicht, die Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Jeder Band 50 Pf. (Die meisten sind gebunden)
Das weiße Kreuz in Drontom Roman von Robert Schöndel. 121 Seiten
Der Schmuggler Erzählung von Robert Schöndel. 139 Seiten
Die Witwenserin Roman von Robert Schöndel. 144 Seiten
Die Glasblende Erzählung von Ernst Freygang. 168 Seiten
Aus ländlichen Hütten Novellen von Henri Gauthier. 62 Seiten
Verworfenene Novellen von Hans Döhring. 230 Seiten
Eine königliche Letztion Ein Traum von John Hall. Von William Morris. 128 Seiten
Africa Erzählungen. Von Guy de Maupassant. 200 Seiten
Das Herz auf der Stirn Roman von Maurus Jodel. 144 Seiten
Der Flüchtling Erzählung von Maurus Jodel. 79 Seiten
Märtyrer des Herzens u. Zwei Frauen Erzählungen von R. Jodel.
Die Gasse Geschichten von Stefan Gschwinn. 103 Seiten
Des Orients Traum Roman von G. A. Dostojewsky. 232 Seiten
Gen Jipahan Erzählungen von Pierre Loti. 237 Seiten
Gunita Ein Gedicht aus Indien. Von Leopold Jodel. 140 Seiten
Gedichte Von Johannes Wedde. Eine Auswahl aus den gesammelten Werken. 83 Seiten
Reife Ähren Betrachtungen, Gedanken u. Bemerkungen aus den Schriften und Briefen von E. Zola. 159 Seiten
Ruffische Volkstypen Erzählungen von G. A. Dostojewsky. 127 Seiten
Rufland Volkliche Betrachtungen von Maxim Gorki. 85 Seiten
Das Glend der neuen Welt Von Robert Cantor. 255 Seiten
Zelten der Zeit Sieben Borträge von W. Morris. 200 Seiten



